No 105 | Oktober 2026

IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung



Grund und Boden

Über das IRS

Das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) erforscht die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen und räumlichen Veränderungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Menschen räumlichen Wandel aktiv gestalten. Forschende aus Geographie, Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft und Architekturgeschichte bringen dabei unterschiedliche Perspektiven zusammen. Das IRS arbeitet für die Gesellschaft und mit ihr: Wissen entsteht gemeinsam mit Akteuren aus der Praxis. Die Forschung des IRS leistet einen Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung von Städten, Dörfern und Regionen.

Mit seinen Wissenschaftlichen Sammlungen unterhält das IRS ein einzigartiges Spezialarchiv für die Bau- und Planungsgeschichte mit einem Schwerpunkt auf der DDR-Zeit sowie den Transformationsjahren seit 1990.



Zum Titelbild

Unser Titelbild zeigt Bauarbeiten für die U-Bahn-Linie A in Buenos Aires, die erste U-Bahn Südamerikas. Es spiegelt viele Themen dieses Hefts: Bodeneigentum, die Umwandlung landwirtschaftlichen Bodens in Bauland, die unerwartete Rolle der Bodenfruchtbarkeit in der Urbanisierung wie auch die Bedeutung der physischen Eigenschaften des Bodens für den Bau – etwa von U-Bahn-Tunneln.

Impressum

IRS AKTUELL No 105
Oktober 2026

ISSN 0944 7377
Bei Abdruck wird ein Belegexemplar erbeten.

Herausgeber:
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)
Flakenstraße 29-31
D-15537 Erkner
Tel. 03362 793 0
www.leibniz-irs.de

Leitung:
Prof. Dr. Oliver Ibert
Julia Warmers

Redaktion:
Dr. Felix Müller,
Claudia Roth

Layout/Bildredaktion:
Andreas Paßens

Abonnements:
kontakt@leibniz-irs.de

Druck:
Druckteam Medien GmbH, Berlin

Auflage:
1300

Bildnachweise

Titel: Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv: Bildarchiv der Philipp Holzmann AG / Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.; S.7 oben, S. 9 oben, S. 10, S. 14, S. 40, S.42: Wissenschaftliche Sammlungen IRS; S.8 oben: fleno.de, Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0; S.8 unten: Regura, Wikimedia Commons; S.12-13: IRS / Anastasia Betsa; S.16: „Los Elevadores de Granos en la Republica Argentina," in Anales de la Sociedad Rural Argentina 73, no.2 (February 1939): 121–130, Buenos Aires; S.17: Karte der Argentinischen Republik: Seelstrang, A. von, und A. Tourmente. A. Larsch, 1875. Bibliotheque nationale de France, département Cartes et plans, GE C-1237; S.18: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Philipp Holzmann AG; S.19: Coverbild in: Anales de la Sociedad Rural Argentina 73, no. 2 (1939): Buenos Aires; S.22 A. Cassidy, UBC Geography/Flickr, CC BY 2.0 creativecommons.org/licenses/by/2.0; S. 24: „Architektura SSSR " 1975(2): 36. Im Bestand des OSA Archivum. S.26: Bestand des Zentr. Staatsarchivs für wiss. und techn. Dokumentation, St. Petersburg; S.28-29: Asurnipal, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0; S.30: Levnagy, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0; S.31: Rumän. Histor. Museum, Fotograf unbekannt; S.32: Joadl, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0; S.34-35: Bellevue Immobilien 1/1994; S.37: Aad van der Drift, Wikimedia Commons, CC BY 2.0, creativecommons.org/licenses/by/2.0; S.38 Bundesstiftung Aufarbeitung, Ann-Christine Jansson, Bild DDR Demo Arbeitslosigkeit Treuhand 00931003; S.39 oben: MPIfG/Astrid Dünkelmann; S.41: Thomas Linßner für Magdeburger Volksstimme; S.43: Cornell University – PJ Mode Collection of Persuasive Cartography; S.44: Wikimedia Commons, Open Government Licence v3.0; S.46, 50, 51 rechts, 53 links, 55 rechts: Detlef Hecht; S.47: Staubi59, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0; S.48-49: SPBer, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0; S.54-55 Mitte: Bodow, Wiki Commons, CC BY-SA 4.0, creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0; S.57,3 v.o.: Alice Dornbusch; S.59, oben: Nicole Sithole; 2. v.o.: Vladimír Čičmanec ; 3. v.o.: Charlie Ashfield; 4. v.o.: Mildred Endam Acha; unten: David Gogishvili; S.61: Nottingham Trent University; S.66 oben: Alexander Rentsch; S.66 unten: ZZF/Miriam Pütz; alle anderen Fotos: IRS



Liebe Leserinnen und Leser,

wer über die Rolle des Bodens in der jüngeren Geschichte nachdenkt, dem kommen schnell Assoziationen zur Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten. Möglicherweise ist es daher kein Zufall, dass die Geschichtswissenschaft bisher einen Bogen um den Begriff des Bodens gemacht hat, zumindest als genuine Forschungskategorie. Unser Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ will das ändern und zeigen, dass sich durch die Beschäftigung mit dem Boden in all seinen Facetten viele historische Entwicklungen besser verstehen lassen. Kerstin Brückweh und ihr Team haben diese Ausgabe wissenschaftlich begleitet und mit Beiträgen ausgefüllt. Darin erfahren Sie unter anderem, wie Permafrostböden Bau- und Planungsstandards beeinflusst haben, und wie postsozialistische Bodenpolitik rumänische Städte chaotisch wachsen ließ (ab Seite 10).

Sicher ist Ihnen aufgefallen, dass ich auf dem Foto dieses Mal nicht alleine bin. Am 1. Juni haben wir unsere neue administrative Direktorin Julia Warmers am IRS begrüßt. Sie vertritt das Institut gleichberechtigt mit mir und verantwortet seine administrativen, organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten im Vorstand. Mit Julia Warmers haben wir eine erfahrene Wissenschaftsmanagerin und Führungspersönlichkeit gewonnen, die zuletzt an der Universität der Künste in Berlin das Referat für Fördermittel und Kooperationen leitete. Julia Warmers ist mit viel Energie und Tatendrang gestartet. Ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit.

Das größte administrative Projekt des IRS seit seinem Umzug nach Erkner geht bald in die heiße Phase: Im Frühjahr 2027 werden wir unser Hauptgebäude in Erkner freiziehen und damit dessen Kernsanierung und denkmalgerechten Umbau einleiten. Bis dahin werden weiter eifrig Kisten gepackt und der Umzug in die Ausweichquartiere organisiert. Wir sind dankbar, dass Mittel vom Land Brandenburg und dem Bund diese Sanierung möglich machen. Die meisten Mitarbeitenden werden für die Bauzeit ihre Schreibtische woanders aufstellen müssen – aber 2029 kehren wir in ein modernes, attraktives Gebäude zurück.
Noch von meinem gewohnten Schreibtisch am Flakenfließ in Erkner aus wünsche ich Ihnen nun eine anregende Lektüre.

Ihr Oliver Ibert



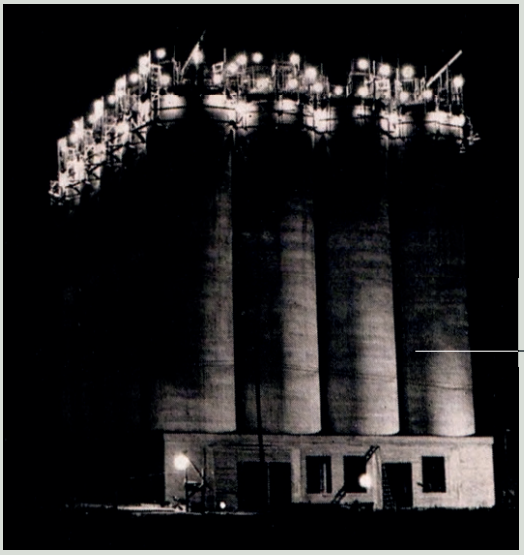
Wissenschaftlicher Direktor des IRS

In dieser Ausgabe

IRS AKTUELL
Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

Grund und Boden

6 Schlaglichter



10 Bodenfragen

Boden war in der Geschichte immer wichtig, die historische Forschung hat ihn aber nicht als analytische Kategorie verwendet. Das ändert sich.

16 Schwarzerde zu Wolkenkratzern

Ab dem 19. Jahrhundert wuchs die Landwirtschaft in der argentinischen Pampa, und mit ihr wuchsen die Städte. Der Boden spielte eine Schlüsselrolle in der Beziehung zwischen Urbanisierung und Landwirtschaft.



22 Was kostet der Permafrost?

Auftauende Permafrostböden verursachen teure Schäden an Infrastruktur und Siedlungen. Doch schon vor der Erderwärmung war Permafrost ein großer Kostenfaktor für nordwärts expandierende Staaten.

28 Stadtränder vom Grund her neu gedacht

Die Ränder rumänischer Städte haben sich seit der Revolution chaotisch entwickelt. Die spezielle Bodenpolitik Rumäniens hatte darauf einen entscheidenden Einfluss. Eine Reise durch die Forschungsliteratur.

34 **Grundstück mit Villa zu verkaufen**

Ab 1990 wurde in Ostdeutschland ein kapitalistischer Immobilienmarkt neu aufgebaut. Die Eigenschaften von Grund und Boden waren leichter in Marktwerte zu übersetzen als die Qualitäten von Gebäuden.

40 **Haus ohne Grund**

Egal ob Sozialismus oder Kapitalismus – eine Trennung zwischen Wohneigentum und Grundeigentum führt zu Problemen. Das zeigt ein Vergleich zwischen Ostdeutschland und Großbritannien.



46 **Wem gehört die Niederlausitz?**

Vom Tagebau zum Yachthafen: Die Entwicklung der Lausitz seit der DDR-Zeit lässt sich als Abfolge von Boden-Aneignungen erzählen. Eine Geschichte in Bildern.

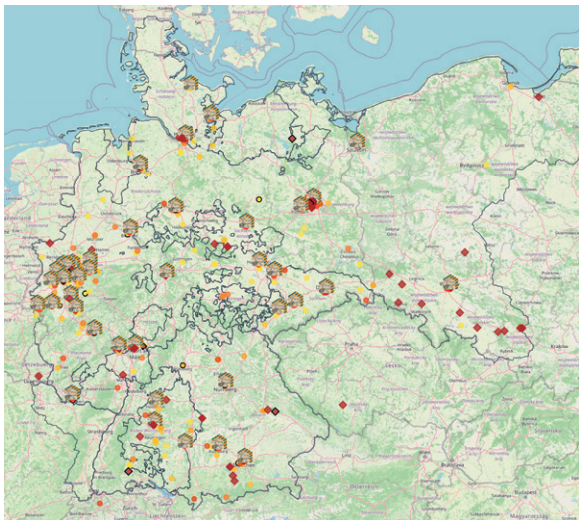
56 **Menschen am IRS**

62 **Frisch gedruckt**

64 **Zurückgeblickt**

67 **Vorausgeschaut**

Karten des Reichtums



Was wissen wir heute über die Reichen, die in deutschen Städten leben? Weniger als vor 100 Jahren. Denn zwischen 1912 und 1914 veröffentlichte der Publizist und ehemalige Regierungsrat Rudolf Martin die „Jahrbücher des Vermögens und Einkommens der Millionäre“. Sie enthalten detaillierte Angaben zu Wohnadresse, Beruf, Einkommen und Vermögen von reichen Personen im Deutschen Kaiserreich– Angaben, die heute unmöglich zu bekommen sind.

Historikerin Eva Gajek am IRS und Soziologin Daria Tisch, bis 2025 Wissenschaftlerin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, haben die historischen Daten gemeinsam mit einem Team systematisch digitalisiert und räumlich verortet. Das Ergebnis: Ein Set von drei frei zugänglichen Online-Karten. Eine Karte visualisiert aufs Haus genau, wo die Reichen wohnten und wie viel sie besaßen. Zu jeder dokumentierten Person ist vermerkt, ob Nachfahren in heutigen Reichenlisten auftauchen. Die zweite Karte zeigt die Berufe der Millionäre: War jemand Banker, Unternehmerin oder Privatier? Die dritte Karte macht die familiären Beziehungen der Kölner Millionäre sichtbar. Das digitale Kartenset ist das erste große Ergebnis des Projekts „RichMap – Where the Rich Live“, das die Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbs Kooperative Exzellenz fördert. Unter dem Titel „Der Millionär von nebenan“ berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4. Juli über die Karten.



Zum Kartenset auf dem Onlineportal stadt-raum-geschichte.de

Jubiläum: 100 Jahre Plattenbau

Zum hundertjährigen Jubiläum des Plattenbaus brachte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) im Juli 2026 einen Rückblick auf dessen wechselvolle Geschichte, in dem auch IRS-Stadtforscher Matthias Bernt zu Wort kam. Die Story wurde breit aufgegriffen und erschien in über 150 Einzelmedien. Unter dem Titel „100 Jahre Plattenbau: vom Wohntraum zum sozialen Brennpunkt?“ berichtete beispielsweise ZEIT Online am 29. Juli.

Die ältesten Plattenbauten stehen im Ostberliner Bezirk Lichtenberg. Aber sie stammen nicht aus der DDR-Zeit. Schon 1926 wurden mit der Splanemann-Siedlung für Kriegsversehrte im Ortsteil Friedrichsfelde erstmals Wohnhäuser in Plattenbauweise errichtet – damals noch zweigeschossig und mit Spitzdach. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Wohnraumknappheit in Ost und West immer wieder auch mit industrialisiertem Bauen beantwortet.

Der Ruf von Plattenbausiedlungen schwankte stark, gerade in Ostdeutschland: von der modernen Wohnutopie für alle zum Ort des Niedergangs und von dort zum Rettungsanker in einem gestressten Wohnungsmarkt, wo auch ärmere Menschen und Geflüchtete eine Bleibe finden. Heute steht das Thema Plattenbau (oder „modularer Wohnungsbau“) wieder auf der Agenda, als mögliche Antwort auf die Wohnungsnot.

Das IRS – ein Ort des Wandels



Was haben Plastik und das IRS gemeinsam? Am heutigen Standort des IRS in Erkner wurde ab 1910 Bakelit produziert, der erste vollsynthetische, industriell hergestellte Kunststoff der Welt. Nach dem Krieg wurde hier der „VEB Plasta, Kunstharz und Pressmassenfabrik Erkner“ neu gegründet. 1995 zog das noch junge IRS in das frühere Labor- und Verwaltungsgebäude des Bakelitwerks – und erforscht seitdem räumlichen Wandel an einem Ort des Wandels.

Nach über 30 Jahren steht nun eine Grundsanierung und denkmalgerechte Modernisierung des IRS-Hauptgebäudes an. Im Frühjahr 2027 geht es los. Dafür müssen die IRS-Mitarbeitenden ihre Schreibtische räumen und sie in zwei Ausweichquartieren in Erkner aufstellen. Über den Baufortschritt an unserem Gebäude werden wir berichten – bis wir 2029 in unser modernisiertes Domizil an historischem Ort ziehen.

Wer diesen besonderen Ort des Wandels kennenlernen möchte, kann das jetzt zum Beispiel auf **Instagram** tun.

Zoom-Call im Bad

Wie verändert sich das Leben von Menschen, wenn sie remote arbeiten – also online über Distanz und nicht direkt beim Arbeitgeber? Eine extreme Variante von Remote Work erforscht Anna Oechslen im EU-Projekt „REMAKING“: Sie sprach mit geflüchteten Ukrainer*innen, die in Deutschland für ukrainische Arbeitgeber tätig sind, und beobachtete ihren Alltag. Sie fand heraus: Remote Work bietet Geflüchteten vor allem Kontinuität. Bereits vor der russischen Vollinvasion im Februar 2022 haben viele von ihnen remote gearbeitet. Es in Deutschland, Tschechien oder Polen weiter zu tun, bedeutet das Gehalt zu sichern, mit Kolleg*innen in Kontakt zu bleiben, die eigene berufliche Identität und Position nicht aufzugeben.

Doch was unmittelbar naheliegt, kann längerfristig zum Problem werden: Die Wohnungen sind meistens klein, und ein Schreibtisch allein reicht nicht für den Job. Kinder sind laut, brauchen Platz und fordern Aufmerksamkeit – für einen Zoom-Call geht es deshalb notfalls ins Bad. Der Kontakt mit der direkten Umgebung in Deutschland kann darunter leiden. Deutsch zu lernen fällt schwerer, und eine mögliche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt verzögert sich.



Über ihre Ergebnisse spricht Anna Oechslen im Interview mit Stephan Karkowsky auf **radioeins „Die Profis“**:

Die Grenzen der Soziologie

Die Erforschung von Grenzen stand bislang nicht im Zentrum der Soziologie. Doch das ändert sich gerade. Die Nachwuchsforschungsgruppe „Grenzen und Gedächtnis“ am IRS fragt nach dem Grenzgedächtnis in vier europäischen Grenzregionen: also danach, welche Rolle die Grenze – auch wenn sie schon lange offen ist – im Denken und Handeln, in Alltagsroutinen und in Selbstbeschreibungen der Menschen spielt. Unter Leitung der Soziologin Vivien Sommer forschen Tabea Chaudhri, Marike Flömer und Veronika Warzycha an der deutsch-polnischen, der deutsch-schweizerischen, der deutsch-dänischen sowie der irisch-nordirischen Grenze.

Im Februar 2026 gründete Nachwuchsgruppenleiterin Vivien Sommer gemeinsam mit Annett Bochmann (Humboldt-Universität zu Berlin), Ulla Connor (Universität des Saarlandes) und Dominik Gerst (Universität Leipzig) den Arbeitskreis Grenzsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Dieselbe Gruppe veröffentlichte das Dossier „Über Grenzen. Erkundungen zu einem soziologischen Grundbegriff“ auf dem Portal Soziopolis. Im einleitenden Essay „Die Grenzen der Soziologie. Warum es eine eigene Perspektive braucht“ plädieren die Herausgeber*innen dafür, die Grenze stärker als Grundbegriff der Soziologie zu etablieren. Das Dossier finden Sie auf soziopolis.de



„Schusterkate bei Flensburg” von fleno.de, Quelle: Wikimedia Commons, Lizenz: CC BY-SA 2.0

Wie Kommunen den Klimawandel bewältigen

Seit Jahresbeginn 2016 kamen mehr als 14.000 Menschen durch Hitze ums Leben. Das schätzt das Robert-Koch-Institut. Die meisten Städte in Deutschland sind auf die Auswirkungen des Klimawandels noch schlecht vorbereitet. Am IRS erforscht die Forschungsgruppe „Lokale Klimapolitik“ schon seit 2017, warum manche Städte bei Klimaschutz und Klimaanpassung vorangehen und andere nicht. Im Februar 2026 erschien das Buch „Deutsche Kommunen im Klimawandel“. Es präsentiert Ergebnisse und zeigt, wie ein aktiver Umgang mit dem Klimawandel in Kommunalpolitik und -verwaltung gestärkt werden kann. Die Gruppe setzt die Arbeit ihrer 2025 verstorbenen Leiterin Kristine Kern fort.

Im Juni wurde IRS-Wissenschaftlerin Julia Teebken in den Wissenschaftlichen Beirat Klimaanpassung des Berliner Senats berufen. Für sie hat der Extremsommer 2026 vor allem ein Gerechtigkeitsproblem offengelegt. Denn manche müssen auch bei 40 Grad mit dem Fahrrad Essen ausliefern, während andere sich in ein klimatisiertes Büro zurückziehen können. Nach ihrer Auffassung müssen Ungleichheiten bei Wohnraumversorgung und Arbeitsbedingungen auf den Tisch. Im Beirat will sie sich dafür einsetzen, dass Klimaanpassung stärker mit anderen Politikfeldern zusammengedacht wird. Unter dem Titel „Die größte Lüge des Sommers ist, dass wir alle gleich schwitzen“ berichtete die Süddeutsche Zeitung am 11. August.

„Radweg in Tübingen 2024”, Foto: Regura, Wikimedia Commons, Lizenz CC0 1.0



Neue Forschungsagenda für kommunalen Klimaschutz. Veröffentlichung zu Ehren der Umweltpolitik-Forscherin Kristine Kern†

Wer war Josef Kaiser?



Karl-Marx-Allee mit Kino International 1964

Seine Gebäude sind ikonisch. Die Berlinerinnen und Berliner kennen sie, doch die meisten wohl nicht den Architekten dahinter. Das Kino International und das Café Moskau in der Karl-Marx-Allee gehören zu seinen bekanntesten Bauten. Seit dem 28. August 2026 widmet die Berlinische Galerie Josef Kaiser (1910 bis 1991) die erste umfassende Ausstellung.

In der Ausstellung sind auch bislang kaum bekannte Originalzeichnungen aus den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS zu sehen – darunter Entwürfe für einen nicht realisierten Erweiterungsbau des DDR-Außenministeriums sowie Pläne für ein geplantes Varieté- und Revuetheater.

Der am IRS erschlossene Teilnachlass Josef Kaisers umfasst neben Entwürfen für seine Hauptwerke auch Pläne für Wohnbauten und ein Nationaltheater in Budapest sowie theoretische Arbeiten. Dazu gehört etwa sein Artikel von 1954 zu den „Methoden des sozialistischen Realismus in der Architektur“.

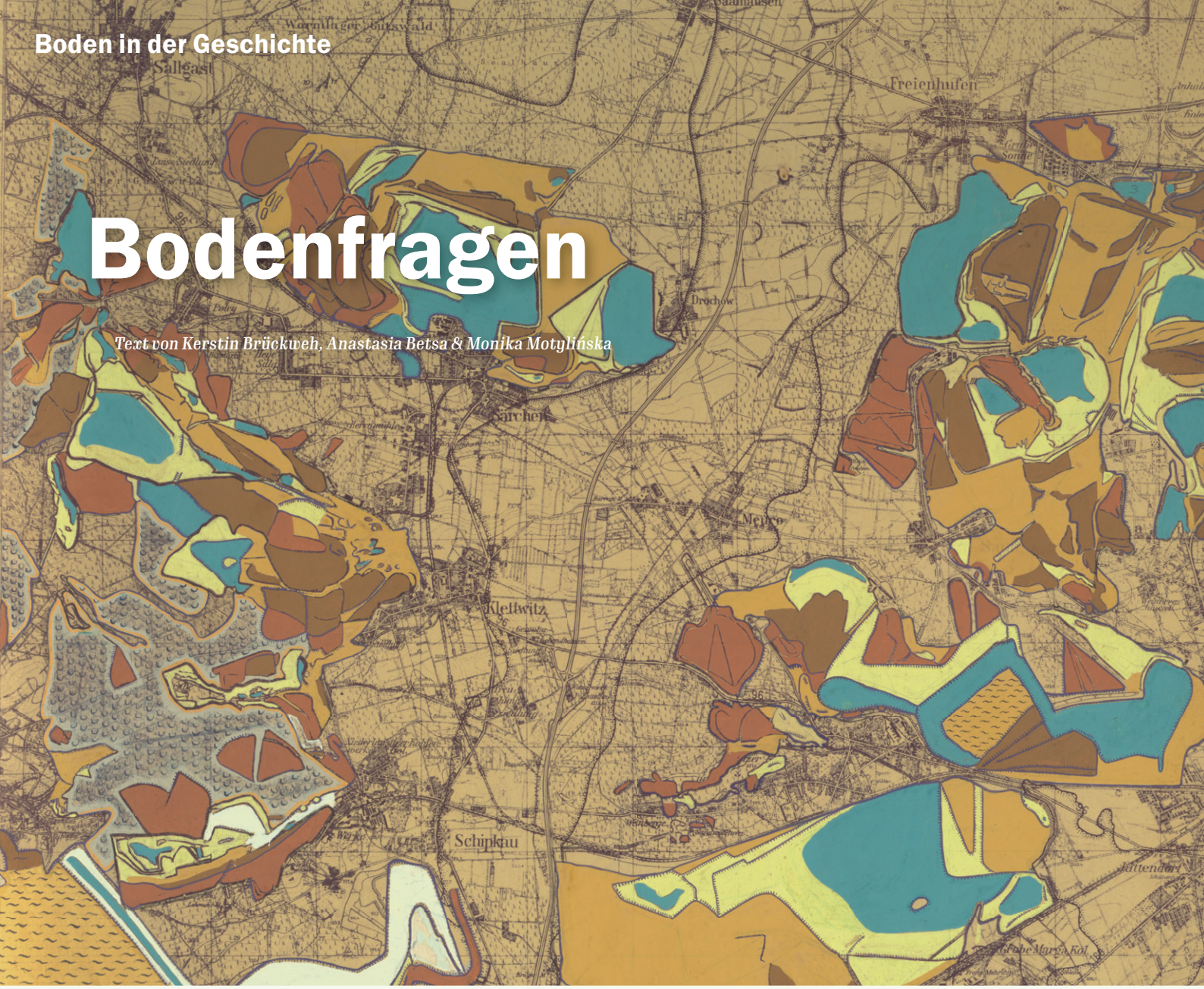
KI: In der Fläche hinterher

Ist Deutschland bei künstlicher Intelligenz hoffnungslos abgehängt? Ganz so eindeutig ist es nicht. Denn die deutsche KI-Landschaft ist von extremen Brüchen durchzogen, regional wie auch mit Blick auf Unternehmen und Branchen. Hier setzt der KI-Atlas an, den der Wirtschaftsgeograph Andreas Kuebart erarbeitet hat. Darin führt er Daten zu KI-Nutzung, technischer Performance von KI-Modellen, Finanzierung, Infrastrukturen und Unternehmensstandorten aus verschiedenen Quellen zusammen und bereitet sie regional differenziert auf.

Die Daten zeigen: Start-up-Gründungen und Investitionen in KI konzentrieren sich in Deutschland auf wenige „Superstar-Cluster“ – im wesentlichen München und Berlin. Genutzt wird KI in Deutschland hauptsächlich zur Lösung technischer Probleme. In der Fläche – außerhalb der großen Zentren, im unternehmerischen Mittelstand und in der Breite der Anwendungsfelder – hängt Deutschland hinterher. Für Finanzierung ist die KI-Branche von den USA abhängig, und insbesondere die digitale Souveränität sollte ausgebaut werden. Potenziale sieht Andreas Kuebart in der Nutzung von Open-Source-Modellen.



Kuebart, Andreas (2026).
KI-Atlas Deutschland.
Eine räumliche Analyse von Forschung, Ökonomie und Souveränität.
IRS Dialog 1/2026.
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner.



Bodenfragen

Text von Kerstin Brückweh, Anastasia Betsa & Monika Motylińska

Grund und Boden, Landfläche, Erde, Untergrund, Substrat – das Wort „Boden“ hat viele Bedeutungen. In dieser Vieldeutigkeit macht der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS den Boden zum Mittelpunkt seiner Forschung. Er fragt danach, wie eine so umfassende Betrachtung des Bodens aus der Vergangenheit zum Verständnis der Gegenwart beiträgt.

Wenn in wissenschaftlichen Diskussionen das Wort „Turn“ auftaucht und damit ein Wendepunkt signalisiert wird, ist allen klar, dass sich der Blick auf Altbekanntes gerade ändern soll. Bestehende Konzepte und Erklärungsmuster geraten dann unter Druck, ein neuer Denkrahmen wird populär. In Ausgabe 263 der renommierten Zeitschrift *ARCH+ Architektur und Gesellschaft* ruft der Architekturtheoretiker und *ARCH+*-Herausgeber Anh-Linh Ngo nun den „Soil Turn“ aus: Um Stadtnatur (das Thema dieser Ausgabe von *ARCH+*) als Ort ökologischer, historischer und sozialer Prozesse lesen zu lernen, soll man mit dem Boden anfangen, so Ngo. Im IRS-Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ haben wir schon seit einiger Zeit den Boden als ein Kernthema im Blick. Im letzten Jahr haben wir dazu unser Leitprojekt „Geschichte von unten – revisited. Boden als vernachlässigte Grundlage historischer Prozesse im ‚langen‘ 20. Jahrhundert“ entwickelt, das uns nun für die nächsten Jahre begleiten wird.

„Böden speichern nicht nur Kohlenstoff oder filtern Wasser, sie tragen auch Geschichte“, schreibt Anh-Linh Ngo in *ARCH+*. Das ist auch in der Geschichtswissenschaft bekannt, aber bisher immer nur in Teilen der Disziplin, wie der Umwelt- oder der Rechtsgeschichte, erforscht worden. Es fehlt hingegen ein Zugang zum Boden, der ihn in seiner Komplexität ernst nimmt und umfassend in ein Konzept zur Erforschung der Vergangenheit gießt. Was also wollen wir im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ erreichen? Was bedeutet der „Soil Turn“ für uns, und wie wird er unsere Forschung beeinflussen?

Zuerst einmal sind wir alle Historiker*innen. Mal kommen wir stärker aus der allgemeinen Geschichte, mal eher aus der Stadt- und Planungsgeschichte oder aus der Architekturgeschichte. Wir alle haben in den letzten Jahren festgestellt, dass wir aus unterschiedlichen Richtungen auf einen gemeinsamen Kern gestoßen sind: Boden. Aus einer alltagsgeschichtlichen und einer gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive geht es um Wohnen, Wohneigentum und soziale Ungleichheit. Damit kommen wir unmittelbar zu Verrechtlichungen von Boden im Grundbuch und zum alltäglichen Aneignen von Wohnraum, der auf eben diesem Boden steht. Aus wirtschaftsgeschichtlicher und politikgeschichtlicher Perspektive sind besonders historische Zäsuren zentral, nicht zuletzt das Ende des Kalten Krieges. Mit Zäsuren gehen Neuordnungen von Boden einher, wobei Boden je nach Zeitabschnitt und ideologischen Vorgaben kommerzialisiert oder auch enteignet, kollektiviert und nationalisiert werden konnte. Aus umweltgeschichtlicher Sicht steht im Mittelpunkt, dass Boden langsamer als andere Umweltmedien wie Wasser oder Luft auf seine Behandlung reagiert. Einmal verbrauchte Böden sind schwer wieder zu Fruchtbarkeit anzuregen, toxische Belastungen lassen sich unter Umständen gar nicht entfernen. Aus einer architekturgeschichtlichen Sicht hat nicht zuletzt das im Dezember 2015 unterschriebene Pariser Klimaabkommen ein Überdenken von etablierten, extraktiven und ausbeuterischen Prozessen der Architekturproduktion angeregt. Baustoffe wie Beton oder Holz wurden neu betrachtet.

In unserem Leitprojekt fragen wir vor diesem vielfältigen Forschungshintergrund danach, inwieweit sich die Geschichtsschreibung ändert, wenn wir Boden als ein Konzept betrachten, das zuvor getrennte Teilbereiche der Geschichte verbindet. Welche Erkenntnisse gewinnen wir, wenn wir nicht aus den jeweiligen Teildisziplinen der Geschichte auf den Boden schauen, sondern den Boden selbst zum Ausgangspunkt machen?

Boden ist „messy“

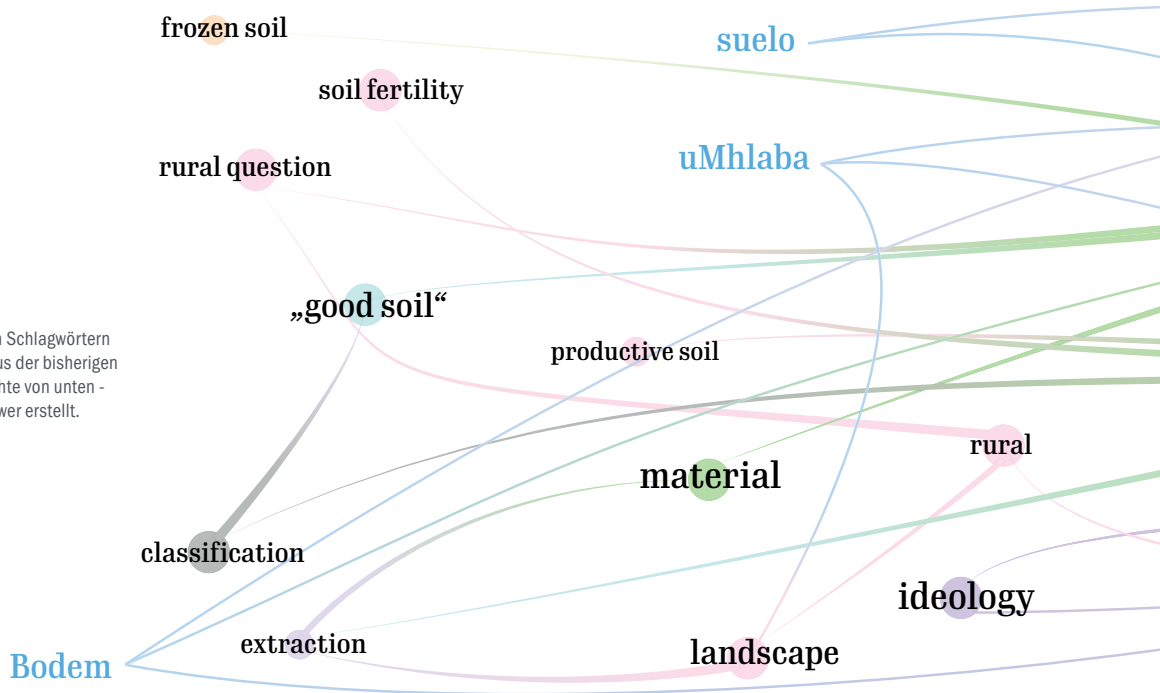
Der Charme dieses Vorgehens liegt darin, dass Boden selbst „messy“ ist, also chaotisch, zugleich aber inklusiv und vielfach anschlussfähig. Das heißt, wir nehmen das Phänomen in der gesamten Komplexität ernst, die das deutsche Wort „Boden“ viel treffender zum Ausdruck bringt als die englischen Teilbegriffe von „land“, „soil“, „territory“ oder „ground“. Der Begriff des Bodens bezieht sich auf Land im Sinne eines Teils der Erdoberfläche; auf Grund im Sinne von Grundbesitz und physischem Untergrund für das Bauen; auf Erde, also der Textbuchdefinition nach das „aus organischen Stoffen und Mineralien bestehende feinkörnige Gemisch, das die Grundlage des Pflanzenwachstums darstellt“. Boden ist alles auf einmal: fruchtbarer Boden, rechtliches Eigentum, ökologische Grundlage, Quelle politischer Macht und Ideologie, Raum wirtschaftlicher und sozialer (Re-)Produktion sowie ästhetische Ressource für nationale Visionen und Identitäten. Die nationalsozialistische Begriffsbildung von „Blut und Boden“ mit all ihren Folgen ist vielleicht auch durch diese Anschlussfähigkeit allen im Gedächtnis, weit über den deutschsprachigen Kontext hinaus.

In der historischen Forschung ist der Boden nicht zuletzt als Ressource in den Blick geraten, die geschützt, verschwendet und beansprucht wird. Gerade diese produktivistische Wahrnehmung hat historische Akteure in ihrem Umgang mit dem Boden geleitet. In der Geschichte wird der Boden als Ressource in zwei Dimensionen geteilt: in seiner Vertikalität als Erde oder Untergrund und in

seiner Horizontalität als Eigentum oder Territorium. Diese Verbindung zwischen Oberfläche und Material ist in allen Maßstäben, vom Territorium über Ackerland und Eigentum bis hin zum Baugrund, relevant und muss gemeinsam berücksichtigt werden. Für uns – und das ist vielleicht der erste Schritt zu einem integrierenden Forschungskonzept – sind die Dimensionen *vertikal* und *horizontal* deshalb zentrale Vokabeln, wenn wir über Boden sprechen. Hinzu kommt eine weitere konzeptionelle Grundlage: Soziologie und Anthropologie haben herausgearbeitet, dass der Boden nicht natürlich und objektiv gegeben ist. Als handlungsrelevante Größe entsteht er durch subjektiv unterschiedliche Wahrnehmungen und Interessen. Für einen Bauern ist Boden nicht dasselbe wie für einen Steuereintreiber, wie die Anthropologin Tania Murray Li es in ihrem Artikel "Assembling a resource for global investment" ausdrückt. Der Boden wird schließlich durch soziale Konstruktion zu dem, was er für uns ist: durch Messung, Kategorisierung, Aushandlung und Bewertung. Der Wissenschaftssoziologe Bruno Latour lieferte in seinem Essay „Circulating Reference – Sampling the Soil in the Amazon Forest" eine lebendige Schilderung, wie Forscher*innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen im Amazonas-Regenwald nach und nach ein gemeinsames Bild der dortigen Bodenprozesse hervorbringen.

Eine kurze Geschichte des Bodens

Die Bedeutung des Bodens als Grundlage für den Großteil der Nahrungsmittelproduktion kann für das menschliche Leben gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Alle Gesellschaften waren von jeher vom Boden abhängig, auch nomadische Kulturen oder die oft stereotypisierend beschriebenen „Jäger und Sammler". Mit dem Beginn des Ackerbaus und der Viehzucht trat die Abhängigkeit allerdings deutlich stärker zutage. Als die Menschen begannen, den Boden zu bewirtschaften, entwickelte sich eine enge und wechselseitige Bindung zwischen Menschen und Boden. Dessen Fruchtbarkeit wurde zu einer zentralen Größe. Sie entschied darüber, wie viele menschliche Grundnahrungsmittel produziert werden konnten. Agrarische Überschüsse wiederum ermöglichten die Entstehung urbaner Zentren und schließlich den Aufbau von Imperien. Damit im Übergang zum Kapitalismus der Boden als Grundlage für die landwirtschaftliche Rohstoffproduktion rentabel genutzt werden konnte, musste er zunächst eingezäunt und privatisiert werden, sodass wenige Grundbesitzer riesige Flächen bewirtschaften konnten. Wie der Historiker Jürgen Osterhammel in seinem Buch „Die Verwandlung der Welt", einer monumentalen Geschichte des 19. Jahrhunderts, feststellt, war diese Ordnung des Bodens „eine Grundoperation der Moderne."

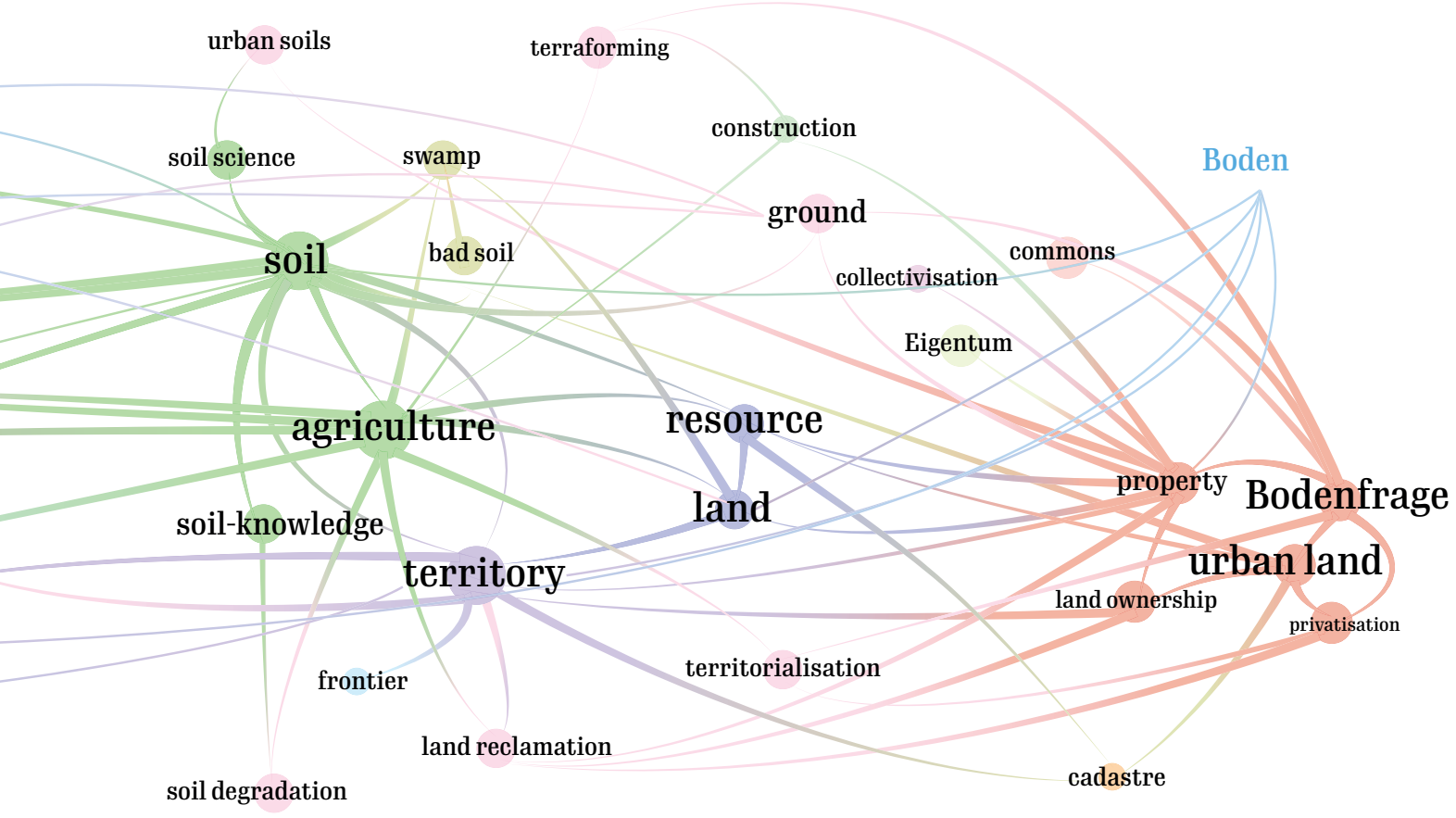


Vorläufige bibliographische Visualisierung von Schlagwörtern zum Thema Boden und deren Ko-Okkurrenz aus der bisherigen Literaturdatenbank des Leitprojekts „Geschichte von unten - revisited". Sie wurde mit der Software VOSviewer erstellt.

Böden sind jedoch nicht unendlich; weder horizontal in ihrer Ausdehnung in der Fläche noch vertikal in ihrer materiellen Beschaffenheit. Durch die Ausbreitung von Getreideanbau wie auch durch die Intensivierung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion erschöpfen die Böden allmählich und unumkehrbar.

In einem regionalen Versorgungssystem werden Agrarprodukte von Menschen und Tieren vor Ort verzehrt und gelangen als organische Materie in Form von Abfällen und oder auch Kadavern in die Felder zurück. Diese Kette wird durch den Verkauf und den Verzehr von Agrarprodukten in fernen, oft städtischen Märkten unterbrochen. Darüber hinaus führt die Ausrichtung der industrialisierten Landwirtschaft auf maximale Effizienz zu Praktiken, die den Boden schneller als sonst erschöpfen: Monokulturen beanspruchen die Böden einseitig, synthetische Düngung führt zu Übersäuerung und Unkrautvernichter zerstören Bodenorganismen. Die schwindende Bodenfruchtbarkeit wurde in Europa und den USA schon im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Thema. Doch die Tatsache, dass die Lebenszyklen von Böden deutlich länger sind als die menschlichen, verschleiert das Problem bis heute. Und den Verbraucher*innen bleibt der Blick auf die aufgebrauchten Böden für gewöhnlich erspart.

Ende des 19. Jahrhunderts hat die neue Wissenschaft der Bodenkunde das Verständnis vom Boden erweitert und zugleich Territorien als fruchtbar lesbar gemacht. Vasilii Dokuchaev, der russische Wissenschaftler, der als Vater der Bodenkunde gilt, betitelte seine erste Studie von 1875 „schwarze Erde“ – „Chernozem“ auf Russisch. Nach seinen Recherchen zur russischen und ukrainischen Schwarzerde entwickelte Dokuchaev eine Theorie der Pedologie, der zufolge Böden natürliche Körper sind, die von den örtlichen Gegebenheiten abhängen: vom Klima, von geologischen Schichten, Topografie, Pflanzen und Tieren. Die mit Dokuchaev begonnene und in den 1920er-Jahren institutionalisierte Bodenkunde sah den Boden als lebende Einheit. Das Ziel dieser neuen Disziplin war es, „gute“ Böden zu kartieren, um ihr landwirtschaftliches Potenzial einzuschätzen. In diesem Sinne war die Bodenkunde zentral für die Aneignung und Kultivierung von Land im Russischen Reich und darüber hinaus.



Die Idee der „Kultivierung“ findet sich auch im europäischen Imperialismus. Imperialistische Landnahme wird mit dem Bezug auf (aus europäischer Sicht) „fehlendes“ Privateigentum oder die angebliche „mangelnde“ Bodenbewirtschaftung durch indigene Bevölkerungen gerechtfertigt. Frontierwirtschaften sind ein besonders deutliches Beispiel dafür. Die Grasländer der US-amerikanischen Prärien und der argentinischen Pampas besaßen dieselben Eigenschaften, bevor sie von Europäern besiedelt und intensiv bewirtschaftet wurden. Die indigenen Bevölkerungen nutzten sie jedoch ganz anders: für mobile Beweidung, Jagd, Sammeln oder den kleinräumigen Anbau. Die Idee von „guten“ Böden ist politisch, da die „Qualität“ von Böden letztlich von den jeweiligen menschlichen Nutzungsweisen abhängt – und diese können enorm variieren. Eine Deutung von „schlechten“ und „guten“ Böden setzt dementsprechend eine Klassifizierung voraus, die festlegt, welche Nutzungen überhaupt legitim sind. Und diese ist nicht naturgegeben, sondern sozial konstruiert.



Eigenheime in Erfurt 1978, Foto: Dr. Rietdorf

Bauen und ordnen

Boden wird nicht nur in der agrarischen Produktion gesellschaftlich verhandelt, sondern auch in jedem Bauprojekt. In solchen Fällen wird noch einmal deutlich, dass der Boden nicht objektiv gegeben ist, sondern auch wissenschaftlich konstruiert wird, meist aus einem unmittelbaren Praxisbezug heraus. Das zeigt sich beispielsweise anhand von Auseinandersetzungen mit besonderen technischen Herausforderungen – wie dem Wolkenkratzerbau auf einem durch den Bergbau unterhöhlten Boden in Südafrika oder bei Infrastrukturprojekten auf Permafrostboden in Sibirien. Der Permafrost war hier nicht als Ressource selbst relevant, sondern als wichtige Einflussgröße bei der Erschließung von Ressourcen während der russischen Kolonisation Sibiriens. Geologen im 19. Jahrhundert taten sich schwer damit, ihn in der Ordnung der Dinge eindeutig zu verorten, da er sich in einem ungemütlichen Zustand zwischen Boden und Eis befindet. Im frühen 20. Jahrhundert haben Bodenkundler*innen in der Tradition von Dokuchaev seine Entstehungs- und Veränderungsprozesse beschrieben. Ingenieure untersuchten für Bauprojekte seine strukturellen Eigenschaften. Erdausgrabungen im gefrorenen Boden waren jedoch kostspielig. Permafrost neigt außerdem dazu, zu schwellen und zu schrumpfen, was bereits gebaute Straßen und Gebäude in Gefahr brachte.

Die Arbeit am Boden ist nicht auf ländliche Räume beschränkt – und manchmal gibt es überraschende Verbindungen zwischen ländlicher und städtischer Bodenbearbeitung. Ausgrabungen und Nivellierungen sind der erste Schritt jedes Bauprojekts, von Einfamilienhäusern bis hin zu Wolkenkratzern und Autobahnen. GEOPÉ, ein großes Bauunternehmen in Argentinien vor dem Zweiten Weltkrieg, nutzte 1937 das Bild einer Baggerschaufel, die Erde abwirft, um der argentinischen Öffentlichkeit seine Leistungsfähigkeit zu demonstrieren. Die Bildunterschrift gab genau an, wie viele Kubikmeter Erde (15 Millionen) das Unternehmen in den letzten 25 Jahren ausgehoben hatte. Dabei ist der Bulldozer ein Nachfahre landwirtschaftlicher Maschinen, die US-Kolonisten bei ihrer Westexpansion eingesetzt hatten.

Betrachtet das Bauingenieurwesen den Boden in seiner vertikalen Dimension als Material mit physischen Eigenschaften, so richtet sich die Bodenfrage, wie Planer*innen sie diskutieren, auf den Boden in seiner horizontalen Dimension: als Fläche, als Träger von Eigentumsverhältnissen und als Gegenstand von Spekulation. Die Bodenfrage ist hier eng mit der Wohnungsfrage verbunden. Die Spannung zwischen individuellem und kollektivem Eigentum ist zentral in dieser Betrachtung. Die sozialistischen Regierungen in der Sowjetunion und Osteuropa haben versucht, eine Alternative zum Privateigentum und zu den dadurch entstandenen Ungleichheiten zu finden. So führten sie ein Regime ein, in dem Grund und Boden in Volkseigentum überführt wurden und der Staat alleine die gesamte Bau- und Planungstätigkeit koordinieren konnte. Oft wurden diese Veränderungen durch Enteignungen und Verstaatlichungen durchgesetzt, was große soziale Unruhen auslöste. Der Grad, in dem sich diese Maßnahmen durchsetzen konnten, unterschied sich von Land zu Land. Und letztlich gelang es den kommunistischen Eliten nicht, das Privateigentum bis zum Ende des Kalten Krieges vollständig zu ersetzen. Mit dem politischen Umbruch von 1989/90 wurde der Privatisierung

eine zentrale Rolle bei den Transformationsprozessen der ehemaligen sozialistischen Staaten und der Einführung einer neoliberalen Marktwirtschaft zugeschrieben. Dabei erwies sich die Annahme, dass Grundeigentum schnell und problemlos wieder eindeutig und rechtssicher in private Hände überführt oder gar sozial gerecht verteilt werden könne, bald als Illusion.

Was wir vorhaben

Nach diesem Ritt durch die Geschichte des Bodens kommen wir zurück zum Anfang: Worum geht es uns? Was wollen wir erreichen? Unser Ziel ist es, einen substanziellen Beitrag zum – bisher nur initial ausgerufenen – „Soil Turn" zu leisten. Es geht uns darum herauszufinden, ob sich Boden als analytischer Rahmen eignet, um Geschichte zu schreiben, über die Grenzen einzelner Fachbereiche wie Umweltgeschichte, Rechtsgeschichte oder Politikgeschichte hinweg. Das ist ein hehres Ziel. Es könnte sogar noch ausufernder werden, wenn der Bereich der Geschichte als wissenschaftliche Disziplin verlassen wird und das geisteswissenschaftliche Konzept auch in die Sozial-, vielleicht sogar Naturwissenschaften eingebracht wird. Dafür gilt es zunächst einmal klein anzufangen. Einige Grundlagen haben wir hier bereits beschrieben. Wir wollen die verschiedenen Dimensionen des Bodenbegriffs zusammenführen: die materiellen, praktischen und diskursiven, die horizontalen und vertikalen.

Darüber hinaus suchen wir nach Anleihen aus vergangenen, wirklich erfolgreichen Turns. Da ist zum Beispiel der *Spatial Turn*, der in den Sozialwissenschaften die Aufmerksamkeit für räumliche Zusammenhänge etabliert hat; dafür, dass räumliche Umgebungen, wie etwa Nachbarschaften, nicht nur Kulissen sozialer Prozesse sind, sondern, dass sie diese prägen und von ihnen geprägt werden. Der Spatial Turn ist nach und nach auch in der Geschichtswissenschaft angekommen. Seine Erkenntnisse wollen wir mit den Ideen und Ergebnissen des *Material Turns* verflechten. Dieser verschob den Blick weg von abstrakt beschriebenen gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen hin zu Materialität und Praktiken. Gemeint ist damit beispielsweise, dass die materiellen Eigenschaften von Beton bei einer Analyse der Bauwirtschaft nicht außen vorgelassen werden können. Teils werden Dinge nun selbst als Akteure verstanden. Das passt zum Boden, denn der Boden ist in unseren Augen ein eigenwilliges Ding, das gewissermaßen über ein Eigenleben verfügt. Wie passen nun die Annahmen und empirischen Arbeiten, die einerseits durch den Spatial Turn und andererseits durch den Material Turn inspiriert sind, zusammen? Das ist eine unserer ersten Fragen. Wir gehen ihr über verschiedene Teilfragestellungen in weit verteilten Untersuchungsräumen nach: von Sibirien über Rumänien, (Ost-)Deutschland, Großbritannien bis nach Südafrika und Argentinien.

Autorinnen

Prof. Dr. Kerstin Brückweh ist Historikerin und leitet den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv". Sie forscht zur Geschichte des Wohnens, des Eigentums, zur langen Geschichte der „Wende" und zu sozialwissenschaftlichen und statistischen Selbstbeobachtungen von Gesellschaften.



Anastasia Betsa ist Doktorandin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv". Sie erforscht den Zusammenhang zwischen Urbanisierung und landwirtschaftlicher Expansion in Argentinien im 19. und 20. Jahrhundert.



Dr. Monika Motylińska ist Architekturhistorikerin und Leiterin der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt". Sie forscht besonders zur Architekturproduktion im „Globalen Süden" im 19. und 20. Jahrhundert.



Zum Weiterlesen

Brownell, Emily (ed.) (2026).
Grasping Soil: A Syllabus and Essays for the Environmental Humanities.
The White Horse Press, Winwick.

Brückweh, Kerstin (2025).
Wohnen. In: Gatzka, Claudia C. & Levsen, Sonja (Hrsg.). Neue Wege zu einer Geschichte der Bundesrepublik.
suhrkamp, Berlin, 451-476.

Jeldes, María; Sprute, Paul & Motylińska, Monika (2025).
Ground Realities: Material Interactions in the Construction of the Buenos Aires Subway, 1933–44.
Technology and Culture, 66 (3), 799-826.

Uekötter, Frank (2012).
Die Wahrheit ist auf dem Feld: Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft.
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Bristol.

Schwarzerde zu Wolkenkratzern

Text von Anastasia Betsa

Ab dem späten 19. Jahrhundert wuchs die argentinische Landwirtschaft rapide, und die Hauptstadt Buenos Aires wuchs mit. Die fruchtbare Schwarzerde der argentinischen Pampa bot die Grundlage für beides. Doch die Beziehung zwischen Urbanisierung und Boden war ausbeuterisch. Sie führte das Land in wirtschaftliche Abhängigkeit und den Boden in die Erschöpfung.



Staatlicher Getreideelevator in Villa Constitución, 1938.

Am 17. Dezember 2025 herrschte im EU-Viertel in Brüssel alles andere als Weihnachtsstimmung. Stattdessen: Barrikaden, Feuer, Transparente und Hunderte von Traktoren. Das seit Jahrzehnten in Verhandlungen befindliche Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Handelsblock Mercosur stand kurz vor der Ratifizierung, und Zehntausende Landwirte protestierten lautstark dagegen. Ihre Kritik: Das geplante Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay sei unfair für die EU-Landwirte, weil die südamerikanische Konkurrenz sie aufgrund niedrigerer Sozial- und Umweltstandards preislich unterbieten könne. Eine zentrale Streitfrage drehte sich um Agrarchemikalien. Düngemittel und Pestizide, die in der EU streng reglementiert oder sogar verboten sind, können in den Mercosur-Staaten ungehindert eingesetzt werden. Genau solche Chemikalien werden von der europäischen Industrie produziert und auch nach Südamerika exportiert – dank des Abkommens, das am 1. Mai 2026 vorläufig in Kraft trat, noch leichter.

Diese Handelskonstellation – billige südamerikanische Agrarprodukte gegen europäische Industrieexporte – ist jedoch nicht neu. Sie hat ihre Anfänge bereits im späten 19. Jahrhundert. In dieser Zeit wurde beispielsweise in Argentinien eine hoch leistungsfähige, exportorientierte Landwirtschaft aufgebaut und in die Weltwirtschaft integriert. In derselben Zeit wuchsen auch die Städte Argentiniens, speziell seine Hauptstadt Buenos Aires. Wie hängen die beiden Entwicklungen zusammen? Und was haben sie mit Argentiniens Position im Welthandel zu tun? Als Stadthistorikerin interessieren mich diese Fragen.

Üblicherweise wird der Zusammenhang zwischen Agrarexpansion und Urbanisierung mit wirtschaftlichen und demographischen Effekten erklärt: Landwirtschaft braucht Arbeitskräfte und ernährt Menschen. Mehr Menschen kommen ins Land, sie brauchen Wohnraum und Infrastruktur. Die Wirtschaft wächst und mit ihr die Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Diese Erklärung ist nicht unbedingt falsch, aber sie übersieht etwas Wesentliches: den Boden. Er spielt darin, wenn überhaupt, nur die Rolle einer Fläche, die bebaut wird. Dabei geht der Einfluss des Bodens viel weiter. Seine materiellen Eigenschaften haben eine Wirkung, genauso wie die Art, wie Akteure ihn bewerten, ihm Bedeutungen zuschreiben und mit ihm umgehen. Meine These ist: Über das Wechselspiel von Materialität und menschlicher Bewertung des Bodens sind Urbanisierung und Agrarexpansion miteinander verbunden – nicht nur als quantitativ zusammenhängende Größen, sondern als miteinander verwobene Prozesse. In meinem Promotionsprojekt gehe ich dieser Verbindung



Karte der Argentinischen Republik von Arthur von Seelstrang und A. Tourmente im Maßstab 1:4.000.000, 1875.

nach. Dabei fokussiere ich die Zeit von 1875 bis 1945. Um die Entwicklung in Argentinien nachzuvollziehen, analysiere ich historische Karten, Gesetzestexte, Debatten in zeitgenössischen landwirtschaftlichen Fachzeitschriften und Unternehmensberichte von Bau- und Industrieunternehmen wie GEOPÉ, IG Farben oder Bunge & Born.

Extraktive Landwirtschaft

Doch von welchem Boden reden wir überhaupt? Die feuchte Pampa im Zentrum Argentiniens war das Kerngebiet der argentinischen Landwirtschaft. Die Region wird von Buenos Aires, Rosario, Santa Fe, Córdoba und Bahía Blanca umschlossen. Hier lag der Weizen- und Maisgürtel der 1910er-Jahre, hier erstreckt sich heute der Sojagürtel. In den 1850er-Jahren war dieses Gebiet noch eine weite Graslandschaft, die nur spärlich von Gauchos, indigenen Gemeinschaften und *criollo estancieros*, also der großgrundbesitzenden kolonialen Elite Argentiniens, besiedelt war. Innerhalb von sechs Jahrzehnten entwickelte sich die Pampa zu einer der weltweit



Das 88 Meter hohe COMEGA-Hochhaus in Buenos Aires, erbaut 1933.

führenden Agrarexportregionen. Zugleich entstanden am Rand der Pampa einige der am stärksten urbanisierten Gebiete Südamerikas. Besonders die Hauptstadt Buenos Aires wuchs ab den 1870er-Jahren rasant. Bis 1945 hatte sich die ehemalige Kolonialstadt zu einer bedeutenden Metropole entwickelt, die sich Südamerikas erster U-Bahn und der ersten Wolkenkratzern des Kontinents rühmen konnte (Ausgabe 101 von IRS Aktuell berichtete darüber). Der rasche landwirtschaftliche und städtische Wandel wäre nicht möglich gewesen ohne den speziellen Boden der Region, den Pampalöss: eine feine schwarze Erde, die ungewöhnlich humusreich, tief und wasserspeichernd ist.

Die Bodeneigenschaften allein bestimmten aber nicht den Kurs der Urbanisierung. Der Weg vom Humus zum Wolkenkratzer führte über die Logik des internationalen kapitalistischen Wirtschaftssystems, innerhalb dessen der Boden ab dem späten 19. Jahrhundert bewertet und in Wert gesetzt wurde. Dieser Weg der landwirtschaftlichen Expansion in Argentinien war extraktiv. Was heißt das? Der Begriff des Extraktivismus bezeichnet ein ausbeuterisches Modell der Gewinnung natürlicher Ressourcen. Dabei werden Rohstoffe in weitgehend unverarbeiteter Form exportiert, oft in imperialen und kolonialen Abhängigkeitsstrukturen. Der Extraktivismus umfasst die Ausbeutung oder Marginalisierung von Arbeitskräften, die Enteignung von Land und die unwiederbringliche Ausbeutung der Natur. Landschaften werden dabei grundlegend verändert, in der Fläche und in der Tiefe.

Üblicherweise geht es in der Extraktivismusforschung um den Abbau von Mineralien, Metallen und fossilen Rohstoffen. Seit den 1990er-Jahren wird der Begriff auch für die Landwirtschaft verwendet, jetzt als Agrarextraktivismus. Lateinamerikanische Agrarsoziolog*innen und Agrarökonom*innen beschreiben damit ausbeuterische Dynamiken im Agrarsystem. Ein Beispiel aus der heutigen Zeit sind Flex Crops wie Soja und Palmöl. Diese Nutzpflanzen, in Argentinien etwa Soja, werden in gigantischen Größenordnungen für Tierfutter, Proteinkonzentrate, Kraftstoff-Ethanol und Biodiesel angebaut, oft auf umweltzerstörende Weise und losgelöst von jedem lokalen Bedarf. Der weit verbreitete Anbau von gentechnisch veränderten und extrem resistenten Nutzpflanzen treibt außerdem den Einsatz von umweltschädlichen Unkrautvernichtungs- und Düngemitteln voran. Agrochemische Giganten wie das US-Unternehmen Monsanto, heute Teil des Bayer-Konzerns, machen damit riesige Umsätze. In Argentinien wird beispielsweise das Monsanto-Herbizid Glyphosat (Markenname „Roundup“) in großen Mengen eingesetzt.

„Leeres“ Land

Ich betrachte Agrarextraktivismus historisch, als einen langfristigen, kontinuierlichen Prozess. Die Weichen dafür wurden in Argentinien in der Frontierexpansion der Pampa gestellt. Das Wort „Frontier“ ist bekannt von der europäischen Besiedelung der USA von Ost nach West. Hier, in den Prärien der USA, ging die Ausbreitung des Agrarkapitalismus von Anfang an mit Enteignung, Marginalisierung und Umweltzerstörung einher. Wie die Geografin Silvia Secchi zeigte, schuf der Staat die Voraussetzungen dafür, indem er Land für die Infrastrukturen der Extraktion – etwa Bahnlinien – bereitstellte. Gleichzeitig war der Agrarkapitalismus der Prärien zentral für städtische Entwicklung. In seinem Buch „Nature’s Metropolis“ beschrieb der Historiker William Cronon den Aufstieg Chicagos zum Handelsknotenpunkt im Mittleren Westen. Die Stadt verband ihr landwirtschaftliches „Hin-

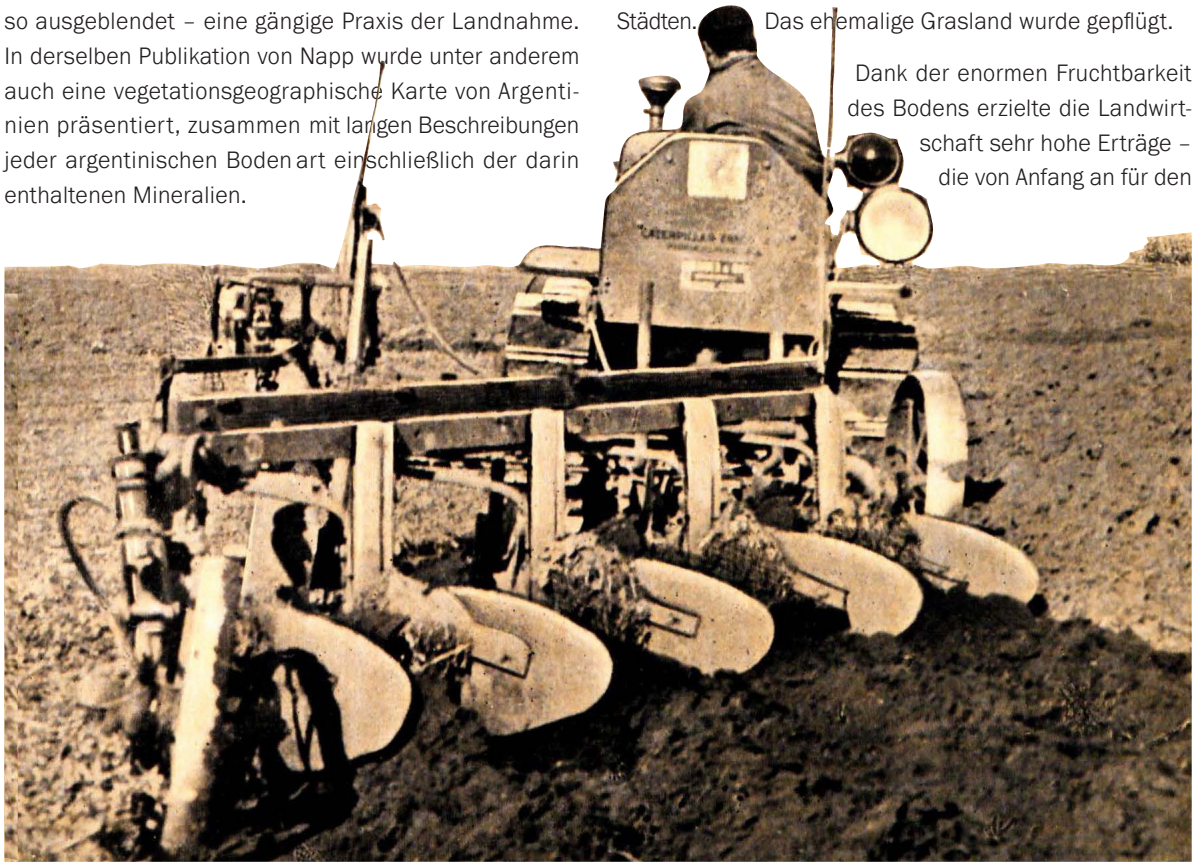
terland," die Prärien, mit der Metropole New York sowie den globalen Märkten – und wuchs in der Folge bis 1890 auf über eine Million Einwohner. Wir können die Frontierexpansion in den USA also als eine Art Blaupause dafür betrachten, wie Boden zu einer ökonomischen Ressource gemacht wird, und wie Agrarextraktion die Urbanisierung vorantreibt.

Eine analoge Entwicklung lässt sich in Argentinien feststellen. Am Anfang der Frontierexpansion stand dort, wie so oft, eine Kartierung. Der ostpreußische Militärtopograph Arthur von Seelstrang zog 1863 nach Buenos Aires. Im Jahr 1875 erstellten von Seelstrang und ein gewisser A. Tourmente (sein Vorname ist nicht überliefert) die erste Landkarte Argentiniens. Diese wurde wiederum in die Publikation des deutschen Geographen Richard Napp aufgenommen, mit der Argentinien sich auf der Weltausstellung 1876 in Philadelphia präsentierte. Das ist deshalb bedeutsam, weil die „International Exhibition of Arts, Manufactures, and Products of the Soil and Mine", so der Titel der Expo, einen starken Fokus auf die Themen Boden und Ressourcen hatte. Argentinien wurde dort als „offenes", „verfügbares" Territorium präsentiert. Die Karte stellte weite Teile des Landes als leer dar. Die dort lebenden indigenen Bevölkerungsgruppen wurden so ausgeblendet – eine gängige Praxis der Landnahme. In derselben Publikation von Napp wurde unter anderem auch eine vegetationsgeographische Karte von Argentinien präsentiert, zusammen mit langen Beschreibungen jeder argentinischen Bodenart einschließlich der darin enthaltenen Mineralien.

Solche Karten begleiteten die Feldzüge, in denen das argentinische Militär zwischen 1878 und 1885 die Pampa und Patagonien eroberte. Die Historiker*innen und Anthropolog*innen Walter Delrio, Diana Lenton, Marcelo Musante und Marino Nagy kamen zu dem Schluss, dass der argentinische Staat dabei einen Völkermord an der indigenen Bevölkerung verübte. Staatliche und später private Initiativen ermutigten Siedler aus dem verarmten ländlichen Europa, sich in den nun mutmaßlich entleerten Pampas niederzulassen und dort Landwirtschaft zu betreiben. So liest man in der deutschsprachigen Monatsschrift *La Plata* im Jahr 1873, „dass es in dem fruchtbarsten Theile der Argentinischen Provinz Santa Fe, woselbst bekanntlich sich viele blühende, von europaeischen Einwanderern bewohnte Colonien befinden, eine grosse Ackerbau-Ansiedlung gegründet" wurde. Das führte zu einer massiven Einwanderungswelle und starkem wirtschaftlichem Wachstum.

Die Bodennutzung änderte sich damit grundlegend. Die europäischen Einwanderer bauten großflächig Weizen und Mais an, die die höchsten finanziellen Erträge versprachen. Ihr Verhältnis zum Boden war vom Gewinninteresse geprägt. Einen Großteil der Feldarbeit erledigten Saisonkräfte aus Europa, die Landeigentümer wohnten in den Städten. Das ehemalige Grasland wurde gepflügt.

Dank der enormen Fruchtbarkeit des Bodens erzielte die Landwirtschaft sehr hohe Erträge – die von Anfang an für den



Historischer Moorpflug in Argentinien. Coverbild der Anales de la Sociedad Rural Argentina im Februar 1939.

Export bestimmt waren. Zugleich begann der Boden, sich zu verändern. Durch das Pflügen wurde der Humus der Erosion und dem Luftsauerstoff ausgesetzt, der organisches Material schnell zersetzte. Geerntetes Getreide wurde abtransportiert, der Boden bekam kein organisches Material zurück. Wichtige Mineralstoffe, die nur im Humus gebunden für die Pflanzen zugänglich sind (wie Phosphor), wurden verbraucht und nicht ersetzt. Doch zunächst fiel das nicht auf. Die humusreiche Schwarzerde hatte tiefe Reserven und blieb lange äußerst fruchtbar.

Vom Exporterlös zum Immobilienkapital

Der folgende Aufstieg des Agrarkapitalismus in der Pampa war eng mit Großgrundbesitzern sowie mit ausländischen Märkten und Kapital verbunden. Die wichtigsten Akteure dieser Wirtschaft waren große Exportunternehmen wie Bunge & Born, Louis Dreyfus oder Weil Hermanos. Die Entstehung von Bunge & Born kann auf das Jahr 1817 zurückverfolgt werden, als Johann Peter G. Bunge in Amsterdam eine Firma gründete. 1851 eröffnete er in Antwerpen ein Handelshaus namens Bunge & Co. Mitglieder der Familie Bunge wanderten schon Anfang des 19. Jahrhunderts nach Argentinien, wo sie Handel trieben und in prominenten argentinischen Familien heirateten. Ernesto Bunge, der Enkel von Johann, emigrierte im Jahr 1876 nach Argentinien und gründete im Jahr 1882 mit seinem Schwager Jorge Born die Firma Ernesto Bunge & Jorge Born S.A., um argentinische Produkte nach Antwerpen zu exportieren: zunächst Häute und Wolle, bald vorwiegend Getreide für den Weltmarkt. Die Deutschen Jorge Oster und Alfredo Hirsch (von ihm wird noch die Rede sein) kamen 1897 nach Argentinien und erlangten als Experten im internationalen Getreidehandel führende Positionen in der Firma. Bis 1910 kontrollierten die drei ursprünglich europäischen Unternehmen Bunge & Born, Dreyfus und Weil Hermanos 80 Prozent der gesamten Getreideproduktion in Argentinien. Noch heute gehören Louis Dreyfus und Bunge (ehemals Bunge & Born) zu den vier Unternehmen, die den globalen Agrarhandel dominieren.

Der Konzern Bunge & Born hatte Dutzende Tochtergesellschaften. Eine davon war COMEGA (Compañía Mercantil y Ganadera S.A.). Ihre einzige Aufgabe war die Vertretung der persönlichen Interessen und des Vermögens von Alfredo Hirsch. Im Jahr 1931 gab sie beim Bauunternehmen GEOPÉ, einem Tochterunternehmen des deutschen Bauunternehmens Philipp Holzmann, ein Gebäude in Auftrag. Das COMEGA-Hochhaus wurde zum ersten Wolkenkratzer in Buenos Aires und zur Ikone des architektonischen Modernismus. Der Bau in die Höhe erlaubte es, eine kleine Grundstücksfläche maximal auszunutzen und so besonders effizient Kapital zu investieren. In kürzester Zeit wurde der Höhenrekord vom SAFICO- und später dem Kavanagh-Hochhaus gebrochen – beide ebenfalls ikonische Gebäude, die die wachsende Skyline von Buenos Aires prägten. Die in wenigen Händen konzentrierten Gewinne aus dem Getreideexport wurden also in urbanes Immobilienkapital und letztlich Stadtwachstum umgesetzt.

„Wir verarmen die Erde“

In der Weltwirtschaftskrise ab 1929 zeigte sich die Krisenanfälligkeit des einseitig exportorientierten Geschäftsmodells der argentinischen Landwirtschaft. In den frühen 1930er-Jahren konnten argentinische Landwirte aufgrund der sehr niedrigen Getreidepreise und der schwankenden Nachfrage in Europa ihre Ernte zum ersten Mal nicht direkt verkaufen. Der Staat sprang ein. Er kaufte die Produkte und bewahrte sie auf, bis sich der globale Markt erholte. Dafür wurde Infrastruktur benötigt. Deshalb verabschiedete der argentinische Kongress das Gesetz 11742, das für die Entwicklung eines „allgemeinen Netzwerks von Getreideelevatoren“ sorgen sollte. Elevatoren, eine Erfindung aus dem 19. Jahrhundert, dienen zugleich der Aufbewahrung, der Sortierung und dem Weitertransport von Getreide. Idealerweise wurden die massiven Bauten an infrastrukturellen Knotenpunkten errichtet, so etwa im Hafen von Buenos Aires. Das Getreide wurde üblicherweise in speziellen Säcken (teilweise hergestellt von Bunge & Born) per Eisenbahn angeliefert, in Elevatoren sortiert und dann weiter transportiert, üblicherweise per Schiff. Argentinien hatte bis in die 1930er-Jahre kein staatliches Netzwerk von Elevatoren, sondern nur verstreute private Bauten. Ende des Jahrzehnts befanden sich dann schon mehrere staatliche Elevatoren im Bau. Somit manifestierte sich der Getreidehandel in Form von Bauten entlang seiner Lieferkette.

Die globale Wirtschaftskrise war nicht die einzige Krise für die argentinische Agrarwirtschaft der 1930er: Die Fruchtbarkeit des Pampabodens ließ zu dieser Zeit spürbar nach. Fachzeitschriften begannen, sich intensiv mit Fragen von Erosion und nachlassenden Erträgen zu beschäftigen. Im Jahr 1939 beschrieb ein gewisser Dr. Italo Vigliano die Situation in der Landwirtschaftszeitschrift *Sociedad Rural* besonders treffend: „Wir verarmen die Erde und exportieren Fruchtbarkeit.“ In seinem Artikel entwickelte Vigliano ein Narrativ, das unserem heutigen

Verständnis von Agrarextraktivismus nahe kommt: Mit jedem exportierten Getreidekorn werde auch ein Stück Bodenfruchtbarkeit exportiert, und die verlorenen Nährstoffe kämen nicht von allein in den Boden zurück. Böden verlören mit ihren Mineralien organische Substanz und würden anfällig für Wind- und Wassererosion. Damit verlören sie ihre Struktur und ihre Fähigkeit zur Nährstoff- und Wasserspeicherung. Vigliano äußerte sich auch dazu, dass der Großteil der Produktion exportiert wurde. Im Jahr 1939 hatte Argentinien Agrarprodukte seit 66 Jahren exportiert. Anhand der exportierten Tonnen von Weizen, Leinen, Mais und Hafer errechnete Vigliano, dass seit 1873 6.244.000 Tonnen Stickstoff, 2.420.000 Tonnen Phosphor, 1.729.000 Tonnen Kalium und 217.000 Tonnen Kalk „exportiert" worden seien, die der Boden über Tausende von Jahren angesammelt hatte. Vigliano schloss seinen Text mit der – aus seiner Sicht unbeantworteten – Frage, was Argentinien dafür als Kompensation erhalten habe.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde das agroextraktive Modell also in den landwirtschaftlichen Kreisen Argentiniens als problematisch erkannt. Doch was bei vielen große Sorgen auslöste, begriffen andere als Gelegenheit. Alfredo Hirsch war seit den 1920ern daran interessiert, sich an der argentinischen Chemieindustrie zu beteiligen. Nach einer gescheiterten Kooperation mit der britischen Imperial Chemical Industries (I.C.I.) begann Bunge & Born mit dem französischen Unternehmen Kuhlmann zusammenzuarbeiten. 1938 stellten die beiden Firmen gemeinsam eine Schwefelsäurefabrik südlich von Buenos Aires fertig. Schwefelsäure wird unter anderem zur Herstellung von chemischen Düngemitteln verwendet.

Untrennbar verbunden

Italo Vigliano und seine Zeitgenossen verstanden den Agrarextraktivismus als ein Problem des ländlichen Raums. Das wird typischerweise auch heute noch so gesehen. Wir nehmen Stadt und Land meist als getrennte Sphären wahr – Buenos Aires erscheint als rein städtisch, die Pampas als rein ländlich. Tatsächlich war der Agrarextraktivismus aber ein unabdingbarer Bestandteil der Urbanisierung Argentiniens. Über dieses System wurde und wird das Land in urbane Prozesse integriert: Gewinne aus der Agrarproduktion fließen in die städtische Bauwirtschaft, während die landwirtschaftliche Produktion auf städtische Infrastrukturen angewiesen ist. Agrarextraktivismus endet also nicht an den Grenzen der Stadt. Stattdessen integriert er Stadt und Land und trägt zugleich zur Urbanisierung des Landes bei. Stadt und Land sind so eng miteinander verflochten, dass sie sich nur gemeinsam verstehen lassen. Der Boden ist der Schlüssel dazu.

Autorin

Anastasia Betsa ist Doktorandin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv". Sie erforscht den Zusammenhang zwischen Urbanisierung und landwirtschaftlicher Expansion in Argentinien im 19. und 20. Jahrhundert.



Zum Weiterlesen

Bertilorenzi, Marco; Fumian, Carlo & Gozzini, Giovanni (eds.) (2025).
A History of the Global Wheat Trade: Actors and Dynamics (1840-1914).
Routledge, London.

Cronon, William (1992).
Nature's Metropolis: Chicago and the Great West.
Norton, New York.

Jeldes, María & Müller, Felix (2024).
Buenos Aires: Made in Germany?
In IRS Aktuell, 101 (April 2024), 16-21.
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner.

Zum Weiterhören

Podcast „Der Vernichter"

Der amerikanische Agrochemie-Konzern Monsanto wurde 2018 von Bayer übernommen. Neben anderen umstrittenen Chemikalien stellt das Unternehmen auch das weit verbreitete Herbizid Glyphosat her.
Die Toxizität von Glyphosat für Mensch, Boden, Wasser und Luft ist gut dokumentiert. Bayer versuchte, das Herbizid durch ein Bundesurteil vor Tausenden von Klagen in den USA zu schützen. Im Juni 2026 gab der amerikanische Supreme Court Bayer Recht. Die auf ZEIT Online erschienene Podcastserie „Der Vernichter" zeichnet die Geschichte von der Monsanto-Übernahme bis zum Rechtsstreit vor dem Supreme Court nach.

zeit.de/serie/der-vernichter

Was kostet der Permafrost?

Text von Ksenia Litvinenko & Anastasiya Halauniova

Der Permafrost taut infolge der Erderwärmung auf. Dies führt zu Schäden an Gebäuden und zu astronomischen Kosten. Dass Permafrost als Kostenfaktor wahrgenommen wird, ist jedoch nicht neu. Seit über 100 Jahren arbeiten Staaten mit arktischen, polarnahen und hochalpinen Gebieten sich an den besonderen Bedingungen von Permafrostböden ab. Der Wunsch, industriell nach Norden zu expandieren, forcierte eine enge Zusammenarbeit von Ingenieurwesen, Bodenkunde und Raumplanung.

Landschaft mit tauendem Permafrost in der Provinz Nunavut (Kanada). Foto: A. Cassidy, UBC Geography/Flickr. Lizenz: CC BY 2.0.

Als Permafrost wird Boden bezeichnet, dessen Temperatur zwei aufeinanderfolgende Jahre oder länger bei oder unter Null Grad Celsius bleibt. Er liegt unter ungefähr 15 Prozent der Landfläche der Nordhalbkugel – hauptsächlich in Sibirien, Alaska, Kanada und Grönland. Die menschengemachte Erderwärmung lässt ihn großflächig auftauen und setzt dabei Kohlendioxid und Methan in die Atmosphäre frei, was die globale Erwärmung beschleunigt. Der Tau verursacht auch Straßenschäden, er gefährdet die Pipeline-Infrastruktur in Alaska, er lässt Wohnblocks in Sibirien absinken und Industrieanlagen einstürzen. Regierungen in Washington, Moskau, Ottawa oder Oslo stellen den Permafrost zunehmend als Quelle drohender wirtschaftlicher Verluste und Kosten dar. Das russische Umweltministerium schätzt, dass sich die Schäden bis zum Jahr 2050 auf 57 Milliarden Euro belaufen werden. Für Alaska rechnet eine Studie in der Fachzeitschrift *Communications Earth & Environment* mit 37 bis 51 Milliarden Dollar an Gebäude- und Straßenschäden bis zur Jahrhundertmitte.

Man könnte meinen, diese Auseinandersetzung mit dem Permafrost als finanzielle Größe sei ein neues Phänomen, verursacht durch den Klimawandel und seine Folgen. Doch schon seit über 100 Jahren wird der Permafrost als Kostenfaktor verhandelt. Er wurde zum Gegenstand eigener Zweige der Bodenforschung und Ingenieurswissenschaft. Er gab Anlass zu komplexen Risikokalkulationen und Kostenabwägungen. Und in unsrem Untersuchungsfall Russland, später der Sowjetunion, wurde der Umgang mit dem Permafrost zu einem viele Jahrzehnte andauernden Staatsprojekt. Wir interessieren uns für diese historische Verbindung zwischen Staat, Wert und Permafrost, da sie uns Aufschluss darüber geben kann, wie Wirtschafts- und Machtinteressen unser akademisch organisiertes Wissen über Naturphänomene und den Umgang damit heute beeinflussen.

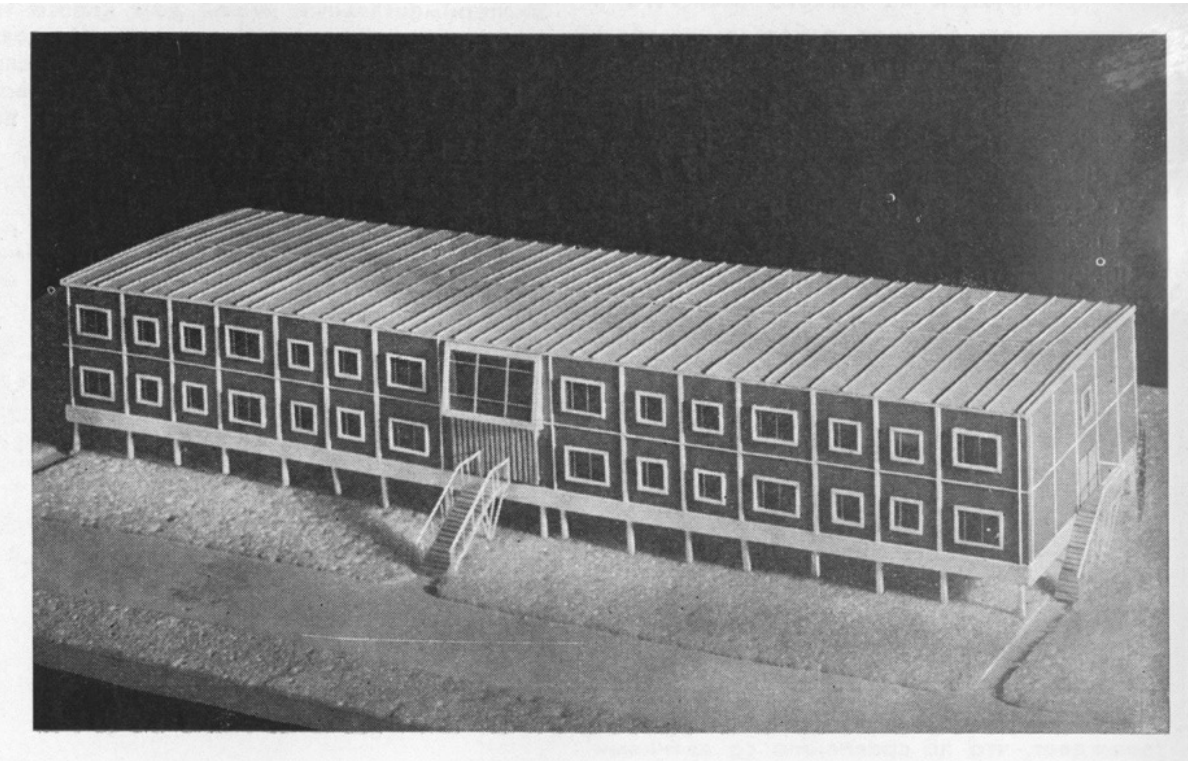
An der Grenze der Staatmacht

Einen der ersten Anstöße für das infrastrukturelle Engagement der Regierung mit dem Permafrost in Russland lieferten die Planung und der Bau der Transsibirischen Eisenbahn ab den 1870er-Jahren. Unter Zar Alexander III. verfolgte die russische Regierung das Ziel, Moskau mit der Hafenstadt Wladiwostok am Pazifik zu verbinden. Der Bau hatte wirtschaftliche und geostrategische Hintergründe: Es ging um Handel, die landwirtschaftliche Erschließung des östlichen Russlands und militärische Präsenz in Asien. Die Bahn wurde abschnittsweise gebaut, und im Lauf der Zeit entstanden unterschiedliche Streckenvarianten.

Im Jahr 1895 begann der Bau der Trans-Baikal-Eisenbahn vom Ostufer des Baikalsees bis zur Kleinstadt Sretensk am Fluss Schilka. Daran beteiligt war auch der Eisenbahningenieur Nikolay Bogdanow. Auf diesem Streckenabschnitt sahen sich die Bauarbeiter mit den besonderen Eigenschaften des dort vereinzelt vorkommenden Permafrosts konfrontiert. Unter dem Gewicht und der thermischen Belastung durch die neuen Bauwerke blieb das im Boden enthaltene Eis nicht stabil. Durch periodisches Auftauen sanken die Bahndämme ab und die Gleise versanken im Boden. Oder umgekehrt führte der gefrierende Untergrund zu einer Anhebung des Bodens. An den Wänden großer Bahnbetriebswerke entstanden Risse aufgrund von Bodensenkungen und -hebungen. Bogdanow kam zu dem Schluss: Das unter „guten“ geologischen Bedingungen funktionierende „europäische“ Bauwissen, das im westlichen „Herzland“ des russischen Imperiums kultiviert wurde, stieß auf dem sibirischen Permafrostboden an eine physische und räumliche Grenze.

1912 veröffentlichte Nikolay Bogdanow ein Buch mit dem Titel „Wetschnaja merslota i stroitel’stwo na nej“ („Gefrorene Erde und die gebauten Strukturen auf ihr“). Darin führte er seine Diagnose zur Grenze von Wissen und Staatsmacht – und erklärte den Eisenbahnbau zum Startpunkt einer systematischen ingenieurwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Permafrost. Bogdanow argumentierte, dass das Fehlen geeigneter Bautechniken für Permafrostbedingungen die Entwicklung der Landwirtschaft, des Wasserbaus und die Ansiedlung von Regierungsbeamten behinderte. Diese Schritte waren Schlüsselkomponenten eines viel größeren Projekts, das mit dem Bau der Transsib einen entschiedenen Schub bekam: der Kolonisierung Sibiriens und damit der Ausdehnung russischer Staatsmacht. Bogdanows Buch richtete sich zwar überwiegend an ein ingenieurwissenschaftliches Fachpublikum. Er gab aber auch weitreichende Empfehlungen für eine möglichst effektiven Lenkung staatlicher Investitionen, die helfen sollten, die Grenzen der Staatmacht zu verschieben.

So plädierte er für die Einrichtung von Wetterstationen, die den gefrorenen Boden und seine Wechselwirkung mit Bauwerken kontinuierlich beobachten sollten. Bogdanow argumentierte, dass ein solches geologisches und meteorologisches Überwachungsnetzwerk weitaus kostengünstiger sei als die Instandsetzung mangelhaft



Modell (realisiert) des Labor- und Wohngebäudes des Permafrost-Labors in Amderma, bestehend aus einem Stahlrahmen und isolierten Aluminiumplatten. Ein am Institut LenSNIIEP umgesetztes Versuchsprojekt. Architekten: V. Tankayan und N. Vasilyeva; Ingenieure: Yu. Novichkova und A. Kostrov. Veröffentlicht in *Architectura SSSR*, 1975.

errichteter Gebäude. Er veranschaulichte diesen Punkt am Beispiel der Eisenbahnwerkstätten in Tschita: Nach dem Auftauen des Bodens unter ihnen waren die Werkstätten teils abgesackt. Das habe den Staat allein an Reparaturkosten fast „eine Million Rubel" gekostet. Nikolay Bogdanow machte also die Erforschung des Permafrostbodens zu einer staatsökonomischen Frage, für die sich auch Verwaltungsbeamte und politische Entscheidungsträger zuständig fühlen sollten. Wissenschaftliches Wissen sollte helfen, Kosten zu senken.

Gut investiertes Geld

Nach dem Zusammenbruch des Russischen Reiches und der Gründung der Sowjetunion wurden Erschließungsprojekte in Sibirien, im Fernen Osten und in der Arktis vorangetrieben. Bogdanows Ideen kamen dabei zur Anwendung. Ab Ende der 1920er-Jahre finanzierte die Regierung der Sowjetunion die ersten experimentellen Permafrost-Forschungsstationen. Eine der frühesten, die experimentelle Permafrost-Station in Skovorodino nahe der chinesischen Grenze, wurde 1927 im Zuge von Instandhaltungsarbeiten an der Amur-Eisenbahn (ebenfalls ein Abschnitt der Transsibirischen Eisenbahn) errichtet. Die Station untersuchte die Druckfestigkeit gefrorener Böden und verglich die Leistungsfähigkeit verschiedener Fundamenttechniken im Zeitverlauf. Damit half sie dabei, neue Bauprinzipien zu etablieren, die später zur gängigen Praxis wurden: zum Beispiel Pfahlfundamente, die im Permafrost verankert sind. Solche Fundamente verhindern eine Wärmeübertragung vom Gebäude in den Boden und helfen so, ihn gefroren zu halten.

Das Permafrostlabor in der arktischen Hafensiedlung Amderma an der Küste der Karasee veranschaulicht vielleicht am besten, warum Investitionen in teure Forschungsstationen als notwendig angesehen wurden – und warum sie der richtige Weg waren, um die Stabilität gebauter Strukturen zu sichern. Das Labor wurde Mitte der 1970er-Jahre in einer Siedlung errichtet, die ursprünglich für den Fluoritabbau gegründet und später für militärische Zwecke umgenutzt worden war. Das in Leningrad ansässige und auf „Bau im Norden" spezialisierte Büro LenSNIIEP hatte es entworfen. Die Architekt*innen konzipierten den Amderma-Komplex sowohl als Forschungseinrichtung als auch als architektonisches Experiment. Er umfasste Permafrostlabore, Unterkünfte

für Personal, einen Wintergarten und mehr. Das Gebäude selbst wurde mit der genannten Pfahlbaumethode auf Permafrost errichtet (siehe Abbildung links).

Die Wahl des Baumaterials spiegelte wider, dass es vor Ort keine Bauindustrie mit eigenen Materialquellen gab: Aluminiumplatten mit einer zusätzlichen Isolierschicht zur Wärmedämmung wurden im rund 900 Kilometer entfernten Hafen von Dikson maßgefertigt. Stahlrahmen wurden aus Leningrad (heute Sankt Petersburg) angeliefert, das über 2.000 Kilometer südwestlich von Amderma liegt. Aluminium war teuer und kam in der sowjetischen Bauindustrie sonst nur selten zum Einsatz. Aber in diesem Fall wurde viel Geld und Arbeit investiert, um leichte, vorgefertigte Systeme zu entwickeln, die sich für den Ferntransport und die schnelle Montage in nördlichen Regionen eigneten. Viele zeitgenössische Versuchsprojekte blieben Prototypen. Die Anlage in Amderma wurde dagegen tatsächlich realisiert.

Ihre hohen Kosten sowie ihre technische und logistische Komplexität zeigen, dass Verantwortliche derartige maßgeschneiderte Konstruktionen für die Permafrostforschung als langfristig wirtschaftlich ansahen. Das durch sie gewonnene Wissen ermöglichte tatsächlich eine zuverlässigere Vorhersage des Bodenverhaltens. Permafrostboden galt zwar noch als eine sensible Umwelt für Bauprojekte, aber Fachleute sahen das Risiko zunehmend als kalkulierbar an. Es konnte mit Hilfe wissenschaftlicher und ingenieurtechnischer Eingriffe beherrscht werden – wenn auch zu hohen Kosten.

Kolonisierung 2.0?

Während Ingenieure in der späten Zarenzeit die Erforschung des Permafrostbodens als Mittel der Kolonisierung betrachteten, kam im sowjetischen Diskurs ein alternativer Begriff auf: *Oswojenije*. Das Wort ist nicht eindeutig zu übersetzen. Es bedeutet wörtlich „sich zu eigen machen“ und kann sich auf so unterschiedliche Vorgänge beziehen wie das Erlernen eines Berufs, das Urbarmachen von Land und die Erschließung des Weltraums. Die Inbesitznahme von Land kann – vom Ergebnis her – mit *Oswojenije* gemeint sein, aber dem Wort selbst fehlt die Konnotation von Gewalt, die einer Kolonisierung oder Eroberung innewohnt. In den 1920er- und 1930er-Jahren gewann es im sowjetischen Sprachgebrauch zur Expansion in Sibirien an Bedeutung und ersetzte zunehmend (wenn auch nicht vollständig) den Begriff der Kolonisierung. Der akademische Diskurs stellte *Oswojenije* oft als eine gemeinnützige Beziehung zwischen dem „Kernland“ und den weniger industrialisierten und integrierten Gebieten dar. Das Konzept wurde mit einer positiven Idee von regionaler Entwicklung in Verbindung gebracht, mit staatlichen Infrastruktur-Investitionen und der Kultivierung von Fachwissen. Ressourcen sollten im Interesse des Gemeinwohls umverteilt werden – auch dies war gemeint, wenn von *Oswojenije* die Rede war.

Die Praxis sah anders aus. Während der stalinistischen Industrialisierung stützte sich *Oswojenije* häufig auf Zwangsmaßnahmen. Indigene Gemeinschaften wie die Nenzen, die Sacha und die Ewenken wurden enteignet und vertrieben, um ihr Land für industrielle Zwecke nutzen zu können. Bei den Bauarbeiten wurde routinemäßig Zwangsarbeit durch Gulag-Häftlinge eingesetzt. Boden, Luft und Wasser erlitten durch industrielle Verschmutzung und mangelnde Aufsicht dauerhafte Schäden. In der Permafrosttechnik betraf die „Erschließung“ auch indigenes Wissen und indigene Konzepte: In der Sprache der Sacha bezeichnet das Wort „alaas“ eine sogenannte Thermokarst-Senke – eine Senkung in der Permafrostlandschaft, die durch abschmelzendes Eis entsteht, und in der sich Seen und Wiesen bilden können. Die in Nordostsibirien lebenden Sacha nutzen diese nassen Inseln saisonal zum Weiden von Pferden oder als Hauwiesen. Während ihre Lebensweise durch den aggressiven Abbau von Rohstoffen (vor allem Diamanten, Gold und Zinn) und durch Assimilationspolitik an den Rand gedrängt wurde, fand also eines ihrer Wörter Eingang in den technischen Wortschatz der sowjetischen Permafrost-Experten.

Das Konzept des *Oswojenije* wurde im Lauf des 20. Jahrhundert immer wieder neu interpretiert. Nach Stalins Tod im Jahr 1953 folgte in der UdSSR für kurze Zeit eine als „Tauwetter-Periode“ bekannte Phase. Der Ökonom Samuil Slavin war zu dieser Zeit Leiter der Kommission für Nördliche Probleme an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der zentralen staatlichen Planungskommission Gosplan. Er nutzte diese Gelegenheit für eine Umdeutung der Nordexpansion. Im Gegensatz zum früheren stalinistischen Denken, das Industrialisierung als wichtigste Zielmarke definiert hatte, betonte Slavin – auch – die „menschliche Dimension“. Er hob die Bedeutung der Lebensqualität der Siedler sowie die Bereitstellung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur als Erfolgsindikatoren hervor. An ihnen sollte sich nun orientieren, ob eine Region als „assimiliert“ oder „nicht assimiliert“ galt. Auch betrachtete er den „sowjetischen Norden“ nicht mehr als statische Einheit, sondern als eine flexible Größe mit einer Grenze, die sich im Lauf

der Zeit verschob: Je weiter *Oswojenije* und industrielle Integration voranschritten, desto kleiner wurde nach Slavins Auffassung der verbleibende „Norden“.

Nach Norden teurer

Die Permafrostforschung bildete auf dem Weg nach Norden, gemeinsam mit Architektur, Stadtplanung und weiteren angewandten Disziplinen, eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Der Permafrostforscher Nestor Tolstikhin hob sein Fachgebiet allerdings besonders hervor. In seinem 1974 erschienenen Buch, „Obschtscheje Merslotowedenije“ („Allgemeine Geokryologie“), schrieb er, das Ergebnis der Expansion werde „weitgehend durch den Entwicklungsstand der Permafrostforschung als Wissenschaft und den Grad bestimmt, in dem die Errungenschaften der Permafrostwissenschaft in der Praxis genutzt wurden“.

Ganz praktisch geschah das zum Beispiel mit Hilfe von Zonierungskarten und Diagrammen, die Planungsexpert*innen erstellten und den Entscheidungsverantwortlichen vorlegten. Ein Beispiel dafür findet sich in einem Bericht aus dem Jahr 1975 über die industrielle Entwicklung Westsibiriens (siehe Abbildungen unten). Das Leningrader Forschungs- und Projektinstitut für Stadtplanung hatte das Dokument erarbeitet und legte es dem Staatlichen Komitee für Bauwesen vor. Darin empfahl das Institut, in dem riesigen Gebiet zwischen Tjumen und der arktischen Karasee die Förderung von Erdöl und Erdgas strategisch voranzutreiben.

Die Planer*innen prognostizierten dabei einen durchgängigen Anstieg der Erschließungskosten von Süden nach Norden. In der wird der von Permafrost bedeckte, aber vom Meer aus schwer zugängliche Teil Nordwestsibiriens (auf der Karte mit der Nummer 1 gekennzeichnet) als „besonders komplex“ für die „Erschließung“ eingestuft. Je weiter man nach Norden käme, desto komplexer und kostspieliger sei das Bauen, und der Permafrost sei ein entscheidender Grund dafür. Nordwestsibirien, das von durchgehendem Permafrost, „extremen“ kalten Temperaturen und dünner Verkehrserschließung geprägt war, stuften die Autoren als besonders kostspielig ein: Klimaangepasste Wohnformen, speziellen Fundamenttechniken, transportable Ausrüstung, erhöhter Arbeits- und Logistikaufwand – all das müsse bezahlt werden. Die Baukosten schätzten sie auf bis zu „121 Prozent“ höher als in den Städten in der zentral-westlichen Sowjetunion. Zahlen wie diese flossen in Entscheidungen über große Industrie- und Infrastrukturprojekte ein.



„Einstufung der Region nach dem Komplexitätsgrad der Stadtentwicklung“. Die Karte erschien im Bericht „Methodische Leitlinien für die Stadtentwicklung in den nördlichen Regionen Westsibiriens (Siedlungsentwicklung, Planung und Ausbau der technischen Infrastruktur von Siedlungsgebieten)“, 1975.

Erneute Grenzverschiebung?

Ähnlich wie heute ist Permafrostboden also schon seit dem 19. Jahrhundert nicht nur ein Naturphänomen, sondern ein Kostenfaktor – und als solcher Gegenstand strategischer Analysen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen. Der Zeitraum ist dabei kein Zufall. Er fällt zusammen mit der Kolonisierung des Nordens und der industriellen Expansion des modernen Staates. Was sich heute allerdings geändert hat, ist die Dringlichkeit, mit der Regierungen und Unternehmen angesichts des auftauenden Permafrosts um Lösungen ringen; wie sie versuchen, umweltadaptives ingenieurwissenschaftliches Wissen zu mobilisieren, um den Auswirkungen der menschengemachten Erderwärmung im Norden Herr zu werden.

Den ursprünglich an den Permafrost angepassten Bauten entzieht tauender Permafrost buchstäblich das Fundament. Ein solches Absacken wurde auch als Ursache eines großen Industrieunglücks im sibirischen Norilsk im Mai 2020 ausgemacht: Die Stützpfeiler eines Dieseltanks konnten die Last nicht mehr tragen und der Tank brach, woraufhin rund 21.000 Tonnen Diesel in die Umwelt gelangten. Dieses Beispiel zeigt die dramatischen Folgen der Schmelze. Der Wandel ist jedoch nicht nur schwerwiegend, er beschleunigt sich auch über alle bestehenden Berechnungen hinaus. Wieder einmal stößt also das vorhandene Wissen über den Permafrost an eine Grenze. Bestehende Modelle bilden das Verhalten des Bodens nur noch unzureichend ab. Das Versprechen, dass Forschung und Planung langfristige Kosten zuverlässig kompensieren können, gilt nicht mehr.

Zugleich läuft bereits ein neues Rennen um Rohstoffe in den nördlichen Regionen: Seltene Erden, Öl, Gas, Gold, Kupfer, Eisenerz, Diamanten und viele weitere Ressourcen wurden unter dem arktischen Meeresboden oder unter tauenden Permafrostschichten an Land gefunden. Ihre Förderung wird unweigerlich erneut schwere Umweltschäden und neue Treibhausgasemissionen verursachen. Erneut können wir uns industrielle Vorstöße in die sich wandelnde Landschaft wie eine kontinuierliche Verschiebung von Grenzen vorstellen. Und erneut könnte die Forschung zum Anhang des Expansionsstrebens werden.

Statt jedoch das beschleunigte Auftauen des Permafrosts als ein Problem zu behandeln, das weitere technokratische Lösungen erfordert, könnten wir diesen Moment auch als Chance nutzen: als Gelegenheit, den Glauben an die Notwendigkeit einer weiteren industriellen Expansion und Ressourcenausbeutung im Norden kritisch zu hinterfragen.

Autorinnen

Dr. Ksenia Litvinenko ist Architekturhistorikerin und Walter-Benjamin-Stipendiatin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie erforscht die Entwicklung von bautechnischem und architektonischem Wissen im Sozialismus.



Dr. Anastasiya Halauniova ist Stadt- und Umweltsoziologin und Assistenzprofessorin an der Durham University. Sie erforscht die Beziehung zwischen politischer Macht, Wissen und „natürlicher“ Umwelt.



Zum Weiterlesen

Chu, Pey-Yi (2020).

The Life of Permafrost: A History of Frozen Earth in Russian and Soviet Science.

University of Toronto Press, Toronto / Buffalo, NY.

Stadtränder vom Grund her neu gedacht

Text von Ana Clementina Irimină



Nach der Revolution von 1989 wuchsen rumänische Städte in die landwirtschaftliche Fläche, die sie umgab – ungeordnet, infrastrukturell schlecht versorgt und sozial unausgewogen. Wie kam es dazu, und welche längeren Entwicklungslinien stecken dahinter? Im Mittelpunkt steht die Frage des Eigentums an Boden und wie sie im postsozialistischen Rumänien politisch beantwortet wurde.

Voriges Jahr wurde bei der Berlinale der Spielfilm „Kontinental `25“ des rumänischen Regisseurs Radu Jude mit dem Silbernen Bären für das beste Drehbuch ausgezeichnet. Dessen Hauptfigur ist die Gerichtsvollzieherin Orsolya (gespielt von Eszter Tompa) aus der rumänischen Großstadt Cluj-Napoca, die einen alten Mann aus seiner improvisierten Unterkunft im Heizungsraum eines Wohnhauses evakuieren muss. Die Immobilie wurde verkauft, in ihr soll ein Luxushotel entstehen. Doch kurz bevor er ausziehen soll, nimmt sich der Mann das Leben. Orsolya findet ihn tot in seiner provisorischen Wohnung und ist davon zutiefst erschüttert. Der Rest der Geschichte dreht sich darum, wie die Frau versucht, dieses tragische Ereignis zu verarbeiten.

Obwohl er eine fiktive Geschichte erzählt, greift Radu Judes Film doch die sehr realen Verwerfungen in der Entwicklung rumänischer Städte während der letzten 37 Jahre auf: die wachsenden Immobilienmärkte mit wohlhabenden Investoren, die Städte verändern und dabei die Ärmsten der Gesellschaft ausgrenzen; das Wachstum an den Stadträndern, wo ungeregelt und oft ohne die nötigen Infrastrukturen gebaut wird, wo die Verkehrsnetze schlecht sind und dennoch die Bebauungsdichte sehr hoch ist. Die Hauptfigur Orsolya selbst wohnt in einem neuen Eigenheim in einem Vorort von Cluj. Der Film endet wortlos mit wechselnden, kontrastierenden Kulissen von verfallenen, engen Sozialsiedlungen und modernen, teils prunkvollen Neubauwohnungen an den wachsenden Rändern der Stadt.



Brașov (deutsch: Kronstadt, ungarisch: Brassó), Großstadt in Siebenbürgen, Rumänien, Foto: Asurnipal, Lizenz: Wiki Commons, CC BY SA 4.0

Als Historikerin interessiert mich, wie diese besonderen Räume im postsozialistischen Rumänien neu entstanden sind. Ich stehe noch am Anfang der Forschung für mein Dissertationsprojekt, das Aspekte der Eigentums-, Planungs- und Gesellschaftsgeschichte verbindet. Es nimmt die baulichen Entwicklungen an den Rändern rumänischer Städte unter die Lupe und sucht nach deren Ursachen. Ein guter Moment zu fragen: Was wissen wir schon über den Wandel suburbaner Räume in Rumänien? Was haben Historiker*innen und Forschende anderer Disziplinen herausgefunden? Und wo hat das Verständnis noch Lücken?

Dies ist eine Reise durch verschiedene Orte und Zeiten in Rumänien, vor allem aber verschiedene intellektuelle Zugänge und konkrete Forschungsarbeiten, die mich inspiriert haben und wichtige Grundlagen für meine eigene Arbeit bilden. In der Geschichtswissenschaft ist die Entwicklung des suburbanen Raums in Rumänien noch kaum erforscht. Ich stütze mich deswegen auch auf Forschungen aus der Geographie und der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Historische Studien zu städtischen und ländlichen Gebieten nutze ich ebenfalls als Referenzen. Zwei Überlegungen leiten mich dabei: Erstens gehe ich nicht von einer „Stunde null“ aus. Obwohl die Revolution in Rumänien 1989 eine wichtige Zäsur war, bauten die Veränderungen, die folgten, doch auf dem auf, was davor bereits bestand. Und zweitens stehen Fragen von Eigentum und Bodennutzung für mich im Zentrum: Debatten, politische Interessen, Verwirklichungswünsche, die Regelung von Eigentumsrechten und Rückgabeansprüchen – das Thema hat viele Facetten. Und es ist, so viel kann ich jetzt schon sagen, der Schlüssel, um die komplexe Transformation der städtischen Randgebiete in Rumänien nach 1989/90 zu verstehen.

Wohnen am Stadtrand – auch im „Ostblock“

Suburbanisierung, also das Wachstum von Vororten und die Verlagerung von Wohnraum und Gewerbe dorthin, wird oft als etwas beschrieben, das nur im kapitalistischen „Westen“ stattfand. Doch auch die Städte im „Ostblock“ erlebten Erweiterungen am Stadtrand, nur anders. Im kapitalistischen Westeuropa wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Eigenheime an den Rändern der Städte oder in deren Umland gebaut. Dieser Prozess wurde von Faktoren wie der Automobilisierung, der Randwanderung vieler Arbeitsplätze, den hohen Lebensunter-



Der Vorort Floreşti der rumänischen Großstadt Cluj-Napoca: Foto: Levnagy, Wiki Commons, Lizenz: CC BY SA 4.0



Harris, Richard & Lehrer, Ute (2018).

The Suburban Land Question: Introduction.

In: Dies. (Hrsg.). The Suburban Land Question. A Global Survey.

University of Toronto Press, Toronto / Buffalo, NY.

haltungskosten in der Kernstadt und dem Wunsch nach einer ruhigeren, naturnahen Wohnlage angetrieben. Am Stadtrand konnte man als Privateigentümer*in im Vergleich zur Innenstadt auf größeren, preiswerteren Baulandparzellen leben. Aspekte der Nachhaltigkeit, wie der hohe Landverbrauch und Energie- und Infrastrukturkosten, wurden damals nicht bedacht.

Doch auch in den sozialistischen Ländern wurde das Bauen auf der „grünen Wiese“ als wichtiger Bestandteil des Städtebaus betrachtet. Hier wurde der Grund und Boden nach 1945 in Volkseigentum überführt. Das Eigentum am Grundstück und das Eigentum am Gebäude wurden voneinander getrennt. Somit verfügte der Staats- und Parteiapparat alleine über den Boden und konnte auch die gesamte Bau- und Plantätigkeit koordinieren. Dementsprechend konnten private Initiativen im urbanen Raum nur selten verwirklicht werden. Stattdessen wurden große Wohnungsbauprojekte am Stadtrand geplant, die das Wohnungsproblem lösen sollten. Diese Großbauwohngebiete realisierte man in Plattenbauweise. Sie zeichneten sich oft durch eine hohe Bebauungsdichte und eine kompakte Form aus.



Hirt, Sonia (2018).

Alternative Peripheries: Socialist Mass Housing Compared with Modern Suburbia,

in: Harris, Richard & Lehrer, Ute (Hrsg.). The Suburban Land Question. A Global Survey.

University of Toronto Press, Toronto / Buffalo, NY.

Die Architektin Sonia Hirt sieht den Bau dieser sozialistischen Großwohnsiedlungen nicht im Gegensatz zu den westlichen Suburbanisierungsprojekten, auch wenn sie sich in ihrer Bauweise und -form unterscheiden. Stattdessen stellen sie nach ihrer Auffassung zwei Varianten der Moderne dar, die dieselbe Frage beantworten: Wie kann Stadt- und Wohnraum passend gestaltet werden und so auch das jeweilige politische System legitimiert werden? Über rein ästhetische Fragen gehen auch die Stadtforscher*innen Richard Harris und Ute Lehrer hinaus. Sie fragen nach dem Wandel der Bodennutzung und der damit zusammenhängenden Bewertung des Bodens. Sowohl die sozialistischen Großwohnsiedlungen als auch die Eigenheime im westlichen Europa waren nur durch die Umwandlung von Agrar- in Bauland möglich. Während im ländlichen Raum Eigenschaften wie seine Fruchtbarkeit relevant sind, spielt in der Stadt vor allem seine Lage eine wichtige Rolle. So ist der Stadtrand ein Ort, wo sich sowohl die Nutzung als auch die Bewertung des Bodens grundlegend ändert, unabhängig vom Wirtschaftssystem. Im kapitalistischen System führt die Umnutzung zu einem deutlichen Anstieg des monetären Werts.

Revolution ohne Elitenwechsel

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems sollten die betroffenen Staaten nach westlichem Muster reformiert werden. Zu dieser Transformation gehörte die Abkehr von der Ein-Partei-Diktatur, die Einführung eines neoliberalen Marktsystems und eng damit verbunden auch die Privatisierung von staatseigenen Unternehmen und Ressourcen. Für die Stadtentwicklungen nach 1989/90 waren vor allem die Privatisierung von Grund und Boden und die Neuordnung – oft Dezentralisierung – der staatlichen und kommunalen Stadt- und Regionalplanung von Bedeutung. Das Tempo und der genaue Ablauf dieser Prozesse variierten von Land zu Land. Rumänien ist das einzige Land des ehemaligen „Ostblock“, in dem die Revolution 1989 nicht friedlich verlief. Hier kulminier-

ten die gewaltvollen Proteste in der Erschießung des Diktators Nicolae Ceaușescu und seiner Frau Elena am ersten Weihnachtstag 1989. Ihre Leichen wurden anschließend im Fernsehen gezeigt. Trotz dieses drastischen Umbruchs kam es nicht zu einem umfassenden Elitenwechsel, sondern die Macht wurde von zweitrangigen Funktionären der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura übernommen. Dies hatte einen langsamen, unstrukturierten und von Korruption geprägten Transformationsprozess zur Folge.

Sehr deutlich tritt das in den politischen Debatten und den Gesetzgebungsprozessen zu Eigentumsfragen zutage – etwa zum Umgang mit enteignetem Grund- und Wohneigentum. Hier gingen wichtige Forschungsimpulse von der Rechtsgeschichte aus. Die Rechtswissenschaftlerin Mihaela Şerban fasste die langwierigen politischen Debatten zusammen, die zu dem 1995 verabschiedeten Restitutionsgesetz führten. Dieses Gesetz erlaubte nur dann die Restitution, wenn die Alteigentümer*innen noch als Mieter*innen in ihren Wohnungen lebten oder die Wohnungen leer standen. Diese Vorgehensweise wurde von der regierenden Nachfolgerpartei der ehemaligen Kommunisten unterstützt, die Restitution ablehnte. In Vorbereitung auf den EU-Beitritt Rumäniens revidierte dieselbe Partei, nun erneut an der Regierung, ihre Haltung mit einem neuen Gesetz im Jahr 2001. Dieses sah den Anspruch auf Restitution der enteigneten Alteigentümer*innen vor, erkannte aber auch die Reglungen von 1995 an, so dass in den davon betroffenen Fällen keine Rückgabe, sondern nur eine Entschädigung möglich war. Şerban untersuchte außerdem die Konflikte zwischen Alteigentümer*innen und Mieter*innen, wie auch die Argumente, auf die sich beide Gruppen beriefen. Sie zeigt, dass beide Seiten zwar von der Institution Eigentum überzeugt waren, aber der staatlichen Rechtspraxis grundsätzlich misstrauten.

Restitution und Landnutzung: Drei Raumtypen, drei Geschichten

Fragen von Restitution und Eigentum hatten starke Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. Und auch hier wurden sie zum Spielball politischer Interessen. Das zeigt die Anthropologin und Historikerin Emanuela Grama, die die Transformation der Bukarester Altstadt in der kommunistischen und postkommunistischen Zeit untersuchte. Grama arbeitete heraus, dass erhaltende Investitionen wie auch ihre Unterlassung davon abhingen, welche Bedeutung der Altstadt im kulturellen Erbe Rumäniens zugeschrieben wurde – und dies wandelte sich im Lauf der Zeit. Für die Zeit ab 1990 argumentiert die Autorin, dass die politische, ex-kommunistische Elite den Stadtteil, der schon in den 1980er-Jahren in einem schlechten Zustand war, zunächst bewusst weiter verfallen ließ, um dadurch mögliche Restitutionsforderungen abzuschrecken. In den verfallenen Altbauten lebten vorwiegend finanzschwache Haushalte. Nachdem 1995 das oben genannte Gesetz erlassen wurde, konnten die meisten Bewohner*innen der Altstadt es sich nicht leisten, ihre Wohnung zu kaufen. Diese blieben weiterhin in staatlicher Obhut. Laut Grama hätten die lokalen Behörden nun die Möglichkeit weiterer Restitutionsforderungen als Ausrede genutzt, um weiterhin nicht in die Gebäude zu investieren. Ab Anfang der 2000er-Jahre hätten sie dann im Rahmen der Vorbereitungen für den EU-Beitritt versucht, diesen Ort umzuwerten und ihn als Beweis



Grama, Emanuela (2019).
Socialist Heritage. The Politics of Past and Place in Romania.
Indiana University Press, Bloomington, IN.



Şerban, Mihaela (2018).
Regime Change and Property Rights Consciousness in Postcommunist Romania.
In: Law & Social Inquiry.



Demonstrierende und Kräfte der Miliția (rumänische Polizei unter der direkten Kontrolle der Kommunistischen Partei) während der rumänischen Revolution im Dezember 1989, Magheru Boulevard, Bukarest

für die europäische Vergangenheit und Zugehörigkeit Rumäniens zu stilisieren. Trotz des Gesetzes von 2001, das die Rückübertragungen ermöglichen sollte, hätten staatliche Akteure weiterhin versucht, die Restitution zu erschweren. Grama berichtet von gefälschten oder verlorenen Dokumenten und von privaten Firmen, die die Restitutionsrechte von den Alteigentümer*innen billig kauften, um die Restitution danach selbst zu beantragen und daraus Profit zu schlagen.

Auch an den Rändern der rumänischen Hauptstadt prägte die Frage der Restitution die räumliche Entwicklung. Allerdings stand im suburbanen Raum ein anderes Gesetz im Zentrum der Auseinandersetzung, wie ein Team von rumänischen Geograph*innen herausfand.: das Gesetz zur Restitution des landwirtschaftlichen Bodens aus dem Jahr 1991. Es sah die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die Rückgabe des Bodens an die vorherigen Eigentümer*innen oder deren Nachfahren vor und ließ auch die Umwandlung von Agrarland in Bauland zu.



Häuser im ländlichen Rumänien. Foto: Joadl, Wiki Commons, Lizenz: CC BY SA 3.0

In den folgenden Jahren bauten daher viele Menschen auf den von ihnen zurückgewonnenen Ackerflächen in der Umgebung von Bukarest Häuser, oder sie verkauften die Flächen. Nachdem die Stadtplanungsgesetze aus der kommunistischen Zeit aufgehoben wurden, dauerte es über zehn Jahre, bis neue erlassen wurden. Es kam deshalb nicht selten vor, dass auf den neu erhaltenen Grundstücken auch ohne Baugenehmigung gebaut wurde, was die überforderten lokalen Behörden nachträglich akzeptierten. Die Autor*innen weisen außerdem auf strukturelle Probleme hin, wie die ungenügend entwickelten Versorgungs- und Verkehrsnetze, die dem Tempo der Suburbanisierung nicht standhielten. Das Privatinteresse der neuen (und zugleich alten) Eigentümer*innen an Wohnraum oder einem profitträchtigen Verkauf führte also zu einer Änderung der Bodennutzung und letztlich einer Ausdehnung der Stadt zu Lasten der landwirtschaftlichen Fläche. Die Abwesenheit einer handlungsfähigen Planung führte dazu, dass dies ungeordnet geschah.

Ausgesprochen konfliktreich und langwierig gestaltete sich die (Rück-)Übertragung von Grundstücken der aufgelösten LPGs dagegen in abgelegenen Dörfern. In ihren historisch-anthropologischen Forschungen untersuchten Katherine Verdery und Stefan Dorondel die Auswirkungen des Gesetzes zur Verteilung des landwirtschaftlichen Bodens von 1991 für abgelegene Dörfer. Entschied hier also dieselbe Rechtsgrundlage über die neue Landverteilung wie im suburbanen Raum, so waren die Konsequenzen in einem eindeutig ländlichen Setting andere: Den einfachen Weg zur Verwertung durch Verstädterung gab es nicht. Stattdessen kam es zur Fragmentierung des landwirtschaftlichen Bodens. Obwohl sie die Parzellen zurückbekamen, konnten die Landwirt*innen oft nicht gewinnbringend auf ihnen anbauen. Ihnen fehlten die finanziellen und technischen Ressourcen.

In diesen politisch-gesellschaftlichen Kontext fügen sich die Entwicklungen ein, die in Radu Judes Film Kontinental `25 dargestellt werden. Die Hauptfigur Orsolya wohnt am Rand von Cluj, im Vorort Florești, – eine der sich am rasantesten entwickelnden Vorstadtsiedlungen Rumäniens. Wohnten hier in den 1990er-Jahren weniger als 10.000 Menschen, so hatte sich Anfang der 2010er-Jahre die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt. Heute haben über 50.000 Menschen ihren Wohnsitz in Florești. Die damit einhergehenden Probleme, wie hohe Dichte bei gleichzeitig schwachen Infrastrukturen, werden auch im Film beschrieben und gezeigt. Außerdem unterstreicht die Gerichtsvollzieherin mehrmals, sie lebe nicht im neu erschlossenen Neubauviertel von Florești, wo man so viel und eng aneinandergebaut hat, dass es erdrückend und unerträglich wirkt. Stattdessen besitze sie ein Eigenheim mit Garten im „schönen“ Florești. Diese Situation beschreibt auch der Soziologe Gabriel Troc in einer Studie, in der er den wachsenden Stadtrand von Cluj anhand von Interviews erforschte und die Entstehung von zwei suburbanen Stadtteilen beschreibt, darunter Florești. Den Gegensatz zwischen geräumigen Häusern mit Garten und den dicht aneinander liegenden Neubauwohnungen erklärt der Soziologe folgendermaßen: Die erstgenannten hätten zunächst



Verdery, Katherine (2003).

The Vanishing Hectare. Property and Value in Postsocialist Transylvania.

Cornell University Press, Ithaca / New York / London.

Dorondel, Stefan (2016).

Disrupted Landscapes. State, Peasants and the Politics of Land in Postsocialist Romania.

berghahn books, New York / Oxford.



Dumitrache, Liliana; Zamfir, Daniela; Nae, Mariana; Simion, Gabriel; Stoica, Ilinca-Valentina (2016).

The Urban Nexus: Contradictions and Dilemmas of (Post)Communist (Sub)Urbanization in Romania.

In: Human Geographies – Journal of Studies and Research in Human Geography.



Troc, Gabriel (2019).

Suburbanisation and Middle Class Imaginaires in the Post-Socialist City. A Romanian Case Study.

In: Studia Universitatis Babes-Bolyai Sociologia.

Privatpersonen gebaut, während die zweitgenannten etwas später von profitorientierten Firmen und Investoren geplant worden seien. Auch betont er, dass alle Gebäude auf ehemaligen landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet wurden. Troc begründet das Interesse der Bevölkerung an diesen neuen Wohnmöglichkeiten mit dem Wunsch, sich von sozialistischen Wohnvierteln zu distanzieren. Dies stehe in Verbindung mit dem Entstehen einer neuen Mittelschicht als Ausdruck des postsozialistischen, neoliberalen Wandels.

Antworten und Fragen

Die vorgestellten Forschungsarbeiten weisen darauf hin, dass es im Wesentlichen drei große Einflussfaktoren auf die sich wandelnden Eigentumsverhältnisse bei Grund und Wohngebäuden ab 1989/90 gab: sich verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen, Auseinandersetzungen zwischen Mieter*innen und Alteigentümer*innen sowie eine korrupte staatliche Elite. Und doch bleiben viele Fragen unbeantwortet. Für meine weitere Forschung sind die folgenden besonders wichtig. Erstens gibt es zwar Studien zu städtischen, suburbanen und ländlichen Räumen. Doch es fehlen weitere Differenzierungen. Wie genau verlief die Privatisierung des landwirtschaftlichen Bodens etwa am Rand großer und mittelgroßer Städte? Bisher wurden nur wenige, große Städte untersucht.

Zweitens ist es bemerkenswert, dass bisherige Studien kaum auf die Rolle des Bodenevidenzsystems – also der Dokumentation von Eigentumsverhältnissen – bei der Rückübertragung oder Verteilung von Flächen eingehen. Ebenfalls wird die Entscheidung in den 1990er-Jahren, das Grundbuch und Katastersystem für das gesamte Rumänien zu vereinheitlichen, nicht thematisiert. Dies ist für den Fall Rumäniens besonders relevant, wenn man etwas weiter in die Geschichte zurückschaut. In den Regionen des 1918 entstandenen „Großrumänien“ existierten unterschiedliche Systeme der Bodenevidenz: In Siebenbürgen und der Bukowina , die neu hinzukamen, wurden unter habsburgischer Herrschaft das Kataster und das Grundbuch eingeführt. Im „Altreich“, also der Walachei und der Moldau, wurde ein Bodenevidenzsystem nach französischem Vorbild verwendet. Es gelang nicht, sie bis zur Errichtung des kommunistischen Systems Ende der 1940er-Jahre zu vereinheitlichen. Nach 1945 wurden Eigentumsverhältnisse nur unzuverlässig aufgezeichnet. Das bietet die Gelegenheit, die Rolle von Bodenevidenzsystemen in sich wandelnden Eigentumsverhältnissen, gerade durch historische Zäsuren, genauer zu betrachten.

Drittens scheint der Boden durch die Umwandlung von Agrar- in Bauland seine Bedeutung als physisches Substrat zu verlieren: Ist Fruchtbarkeit für die Landwirtschaft bedeutend, geht es in der Suburbanisierung nur noch um Lage und Flächengröße. Aber ist das wirklich so? Oder haben Privateigentümer*innen und staatliche Behörden vielleicht doch die physischen Eigenschaften des Bodens beachtet, als sie Entscheidung über künftige Nutzung von Flächen trafen?

Und viertens schließlich fehlt es an einer Perspektive, die die suburbanen Entwicklungen Rumäniens international einordnet. Zwar sollten die Transformationsprozesse in postsozialistischen Ländern differenziert betrachten werden, doch könnte ein Vergleich – etwa mit Ostdeutschland – das Phänomen besser kontextualisieren. Mit dem Einigungsvertrag und dem Vermögensgesetz von 1990 wurde hier das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ verankert und konsequenter als in Rumänien durchgesetzt. Dabei kam es zu zahlreichen Konflikten zwischen ostdeutschen Nutzer*innen und westdeutschen Alteigentümer*innen, wie die Historikerinnen Kerstin Brückweh und Anke Kaprol-Gebhardt anhand des Berliner Umlands zeigen. Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Rumänien und Ostdeutschland hinsichtlich des Verlaufs von Restitutionskonflikten und der beteiligten Gruppen? Die Politikwissenschaftlerin Lavinia Stan schreibt, der Umgang Deutschlands mit dem sozialistischen Erbe sei in Rumänien positiv aufgenommen worden. Und eines haben Rumänien und Ostdeutschland nachgewiesenermaßen gemeinsam: die „lange Dauer von Mentalitäten“ (Kerstin Brückweh), also das Festhalten der Menschen am Privateigentum auch über Jahrzehnte des Volkseigentums hinweg.



Brückweh, Kerstin (2021).

Der Alltag des Systemwechsels vor, während und nach 1989.

In: Enders, Judith C. et al. (Hrsg.). Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung.

campus, Frankfurt/ New York, 439 – 548.

Kaprol-Gebhardt, Anke (2018).

Geben oder Nehmen: Zwei Jahrzehnte Rückübertragungsverfahren von Immobilien im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg.

BeBra Wissenschaft Verlag, Berlin.



Stan, Lavnia (2024).

Deutsche Einflüsse auf die Transitional Justice in Mittel- und Osteuropa.

In: Böick, Marcus et al. (Hrsg.). Jahrbuch Deutsche Einheit 2024.

Ch. Links Verlag, Berlin.

Autorin

Ana Clementina Iriminã ist Historikerin und Doktorandin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie erforscht den Wandel von Bodennutzung und Bodeneigentum im Spät- und Postsozialismus.





Grundstück mit Villa zu verkaufen

Text von Eva Maria Gajek und Stefanie Brünenberg

Ab 1990 hofften westdeutsche Investoren auf lukrative Geschäfte im ostdeutschen Immobilienmarkt. Doch der musste erst von Grund auf neu aufgebaut werden. Mittendrin: Die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG). Sie kreierte Prozesse für Grundstücksverkäufe, kooperierte mit Maklern und vermarktete unter anderem Hochwertimmobilien. Wert versprachen dabei nicht so sehr die Gebäude selbst – sondern der Boden, auf dem sie standen.



1992 investierte der westdeutsche Immobilienmakler Uwe Sander aus Stuttgart 1,5 Millionen D-Mark in ein rund 250 Quadratmeter großes neues Büro in Chemnitz. Dieses Büro sollte ein Ort des Austauschs werden, in dem Sander westdeutsche Kaufinteressierte mit neuen Geschäftspartnern aus Ostdeutschland zusammenbringen wollte. Die Idee war einfach: Sander brachte sein „Know-how“ und die (westdeutschen) Kontakte mit, die ostdeutschen Geschäftspartner die Ortskenntnis und ihre lokalen Beziehungen. So wie Sander dachten viele Anfang der 1990er-Jahre. In dieser Zeit eröffneten auch andere westdeutsche Immobilienbüros Standorte in ostdeutschen Städten. Denn bald war klar, dass ostdeutsche Immobilien nicht aus Frankfurt, Stuttgart oder München heraus vermarktet werden konnten, sondern man musste vor Ort sein – nah an den Objekten, den Behörden und den entstehenden Märkten. In branchen-eigenen Zeitschriften inszenierten sich viele Maklerinnen und Makler, darunter auch Sander, als „Pioniere aus dem Westen“, die nun „die Ärmel hochkrempelten“. Mitunter war sogar von „Aufbau Ost“ oder „Entwicklungsarbeit“ die Rede. Förderprogramme zur vergünstigten Kreditvergabe, finanzielle und fachliche Hilfe bei notwendigen Sanierungen, steuerliche Anreize in Form von Sonderabschreibungen und nicht zuletzt die Aussicht auf erhebliche Wertsteigerungen machten den in Fachmedien so titulierten „Immobilien-Markt Ost“ besonders attraktiv.

Doch die Freude währte nicht lange. Im Jahr 1994 kehrte Uwe Sander, wie viele seiner Kolleg*innen, frustriert nach Stuttgart zurück. Er verkündete sogar in dem branchen-eigenen Magazin *Immobilienmanager*: „Nie mehr mit den Ossis“. Enttäuscht war Sander nicht nur über fehlende Gewinne, sondern auch über den ostdeutschen Markt an sich. Der sei „intransparent“ und von „ostdeutschen Seilschaften“ dominiert, attestierte der Makler. Was war passiert? Einen Hinweis auf die Antwort liefert der Stadtforscher Hartmut Häußermann im Buch „Stadtentwicklung in Ostdeutschland“. Darin schreibt er, der ostdeutsche Immobilienmarkt sei nach 1990 „aus dem Nichts“ entstanden. Und dieses „Nichts“ führte nicht nur zu Chancen, sondern auch zu Problemen, die die Chancen deutlich überschatteten. Diese Herausforderungen hatten ihren Ursprung weit vor 1989.

Ein Markt aus dem Nichts

Rückblende: Von 1945 bis 1948 setzte die SMAD, die Militäradministration der Sowjetischen Besatzungszone, auf dem Gebiet der künftigen DDR eine Bodenreform um. Unter dem Slogan „Junkerland in Bauernhand“ kollektivierte sie das Land von Großgrundbesitzenden, die mehr als 100 Hektar besaßen, sowie das Eigentum von Personen, die als Kriegsverbrecher oder Faschisten eingestuft wurden. In den Folgejahren kamen in der DDR weitere Wellen der Verstaatlichung dazu sowie die sukzessive Enteignung von Menschen, die in den Westen geflohen waren.

Diese Maßnahmen dienten vor allem einem Ziel: Grund und Boden sollten in der DDR eine andere ökonomische Bedeutung haben als in Westdeutschland. Der Sozialismus sah keine individuelle Wohlstandsvermehrung in Form steigender Bodenwerte vor. Boden wurde deshalb nicht als eigenständiges Wertobjekt behandelt, sondern sollte als „Volkseigentum“ allen gehören. Grund und Boden waren eingebunden in Planwirtschaft und staatlich organisierte Grundversorgung. Fragen von Lage, Größe oder Entwicklungspotenzial hatten zwar eine Bedeutung, jedoch nur insoweit, als sie für die staatliche Wirtschaftslenkung und die Umsetzung sozialistischer Raum- und Gesellschaftsvorstellungen relevant waren. Immobilien, verstanden nicht allein als Gebäude, sondern als spezifische Verbindung von Bausubstanz, Grundstück, Lage und erwarteter künftiger Verwertbarkeit, fungierten deswegen auch nicht als Anlageobjekte. Ihr Wert bestimmte sich nicht über Angebot und Nachfrage, es gab auch kein Verkehrswertermittlungsverfahren. Der Geldwert von Immobilien war weitestgehend suspendiert, übrig blieb ihr Gebrauchswert.

Vollständig realisiert wurde das Ideal des Volkseigentums allerdings nicht. Verschiedene Erhebungen kamen nach 1989 zu unterschiedlichen Ergebnissen, wie hoch die Quote von Boden und Immobilien in Privateigentum in der DDR zuletzt war. Sie schwanken je nach Quelle, Bezugsgröße (Bodenfläche, Zahl der Immobilien) und Methode um die 50-Prozent-Marke, teils sogar höher. Unvollständige Grundbuchführung und uneinheitliche statistische Abgrenzungen in der DDR trugen dazu bei, dass wir heute keine verlässlichen Zahlen über das Verhältnis von Privat- und Volkseigentum in der DDR haben. Klar ist nur: Es gab sehr wohl Privatbesitz an Immobilien. Doch dieser Umstand allein macht noch keinen Immobilienmarkt.

Bis aus einem vordergründig staatlich organisierten System ein Markt werden konnte, auf dem Boden, Gebäude und Lagen plötzlich wieder bewertet, verkauft und gehandelt werden, waren noch etliche Hürden zu überwinden.

Da waren zum einen die zahlreichen ungeklärten Eigentumsverhältnisse und Restitutionsansprüche. Wer demnach bereits früh investierte, nahm das Risiko in Kauf, gar nicht Eigentümer der zukünftigen Immobilie zu sein. Unsicherheiten griffen aber auch bei den Preisen selbst, die für die Immobilien bezahlt werden sollten. Denn Preise für Grund und Boden mussten nun erst einmal neu bestimmt werden. Es fehlte an belastbaren Vergleichswerten. Die Daten, die vorhanden waren, stammten teilweise aus den 1930er-Jahren. In der Branche sprach man deswegen auch davon, dass die Preise eher von möglichen Entwicklungsszenarien bestimmt wurden als von stabilen Wertbemessungen. Schließlich waren die Immobilien selbst, die es nun zu verkaufen gab, in einem vielfach schlechten Zustand – besonders der Altbaubestand. Ende der 1980er-Jahre überstieg die Verfallsrate teils die Neubaurate. Es kam zu Leerstand, weil Wohnungen unbewohnbar geworden waren. Die Ausstattung in den Gründerzeithäusern lag deutlich unter westdeutschem Niveau, insbesondere bei Bad, WC und Heizung. Der Fotograf Harald Hauswald hat die bröckelnden Fassaden der „grauen DDR“ eindrücklich eingefangen. Auch das Planungsrecht war einer der Unsicherheitsfaktoren: Im Bauwesen der DDR gab es keine Flächennutzungspläne wie in der Bundesrepublik üblich. Diese legen fest, wie sich Wohn-, Gewerbe- oder Industrieflächen in einer Stadt verteilen. Auch unmittelbar nach 1990 hatten die meisten Orte in Ostdeutschland noch keine Flächennutzungsplanung. Künftige Nutzungsmöglichkeiten sind jedoch entscheidend für den Wert eines Grundstücks. Das alles bildete das „Nichts“ von dem Häußermann spricht.

Treuhand, aber anders

Wie wurden Boden und Gebäude in den frühen 1990er-Jahren wieder zu bewertbaren, handelbaren Marktobjekten gemacht? Welche Institutionen waren daran beteiligt und wie gingen sie vor? Bei der Suche nach der Antwort begegnen wir schnell einer alten Bekannten: der Treuhandanstalt; genauer gesagt ihrer Immobilientochter, der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG). Sie war die Weichenstellerin für den ostdeutschen Immobilienmarkt. Bei ihr lag die Aufgabe der Erfassung, Verwaltung und Verwertung eines beträchtlichen Teils der Immobilien und Grundstücke des ehemaligen Volkseigentums. Sie brachte insbesondere die „nicht betriebsnotwendigen“ Immobilien (also etwa ein betriebliches Kulturhaus im Unterschied zum Fabrikationsgebäude) sowie die Gebäude und Grundstücke aus dem Vermögen der Parteien- und Massenorganisationen (wie etwa die Ferienheime des FDGB) auf den Markt. Damit war sie verfügungsberechtigt über Milliarden Quadratmeter an Grund und Boden und organisierte Tausende Verkäufe. Sie strukturierte maßgeblich, wo, wie und auch wann der ostdeutsche Immobilienmarkt entstand.

Der Politik- und Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel hat einmal festgehalten, dass sich die TLG von der Logik der Treuhandanstalt insbesondere darin unterschied, unter welchem Tempo die Objekte auf den Markt gelangten. Während die Treuhandanstalt eine schnelle Privatisierung anstrebte, war es explizites Ziel der TLG, den Markt nicht durch zu rasante Verkäufe zu überhitzen. Dies hätte nicht nur den Immobilienmarkt, sondern auch den Kapitalmarkt belasten können, etwa durch eine Immobilienblase. Deswegen hatte die TLG auch eine „infrastrukturpolitische Aufgabe“, die über den eigentlichen Privatisierungsauftrag hinausging. Sie kam diesem Auftrag auf eine Weise nach, die auf den ersten Blick seltsam anmutet, aber auf den zweiten Blick logisch ist: Wer einen Markt neu erschaffen will, muss zunächst mit anderen Mechanismen arbeiten – mit neuen kooperativen Arrangements, oft noch mit ungeklärten Rollen und mit viel Aushandlung.

Wegen des akuten Handlungsdrucks entwickelte sich in der Berliner Niederlassung der TLG ein besonderes Verfahren für den Umgang mit Immobilien: das „Berliner Modell“. Kern des Modells war eine Steuerungsgruppe – ein informelles Gremium, in dem die TLG mit Vertreter*innen der Treuhandanstalt sowie der kommunalen Verwaltung zusammenarbeitete. Da häufig wie bereits erwähnt noch keine Flächennutzungspläne vorlagen,

legte die Steuerungsgruppe zunächst die Nutzung eines Grundstücks fest – und traf damit eine weitreichende Richtungsentscheidung über dessen Beitrag zur künftigen Stadtentwicklung. Anschließend schrieb die TLG die Immobilien in der Regel öffentlich aus. Über die Vergabe entschied wiederum die Steuerungsgruppe, die dazu noch um Vertreter*innen der Industrie-, Handels- und Handwerkskammer ergänzt wurde. Dieses Vergabemodell verband immobilienwirtschaftlichen Sachverstand mit öffentlicher Kontrolle, verlangsamte dafür aber die Verwertungsprozesse deutlich. Das Berliner Modell, später als TLG-Modell bezeichnet, fand schließlich in allen Niederlassungen der TLG Anwendung, um die Verwertung zu bewältigen.

Dabei ist wichtig zu verstehen, dass die Niederlassungen der TLG allein die Masse der Immobilienverkäufe – von Wertermittlungsverfahren über Begehungen und Vertragsaushandlung – nicht alleine stemmen konnten. Also suchten sie sich Hilfe bei Immobilienmaklern. Dazu gehörten etablierte westdeutsche sowie internationale Unternehmen aber auch Einzelpersonen aus der Branche, die sich in Ostdeutschland einen blühenden Markt versprachen. Deswegen galt die TLG nicht nur als Bremse im neu entstehenden Immobilienmarkt, sondern bald auch als Umsatzgarant. Laut dem *Immobilienmanager* konnte etwa die Kölner Firma Aengevelt ihren Umsatz allein durch Treuhandtransaktionen sprunghaft steigern; in ihrer Berliner Niederlassung auf 500 Millionen D-Mark im Jahr 1990 und insgesamt auf knapp 2 Milliarden im Jahr 1992. Ungleichheiten in der Branche waren damit vorprogrammiert. Es ist nicht überliefert, ob es dieses Verfahren war, das der Immobilienmakler Uwe Sander als besonders intransparent wahrnahm. Sicher entsprach es nicht den Gepflogenheiten auf dem westdeutschen Immobilienmarkt, dass ein Akteur wie die TLG die Marktstrukturen so tiefgreifend beeinflussen konnte.

„Abriss problemlos möglich“

Die Bewertung der zum Verkauf stehenden Objekte selbst folgte einer grundlegend anderen Logik, als es in einem reifen Immobilienmarkt der Fall gewesen wäre: Nicht die Qualitäten der Gebäude standen im Vordergrund, sondern fast ausschließlich die der Grundstücke – ihre Größe, ihre Lage und die Möglichkeiten der künftigen Nutzung. Besonders gut lässt sich das an Objekten im Hochpreissegment zeigen; an Villengrundstücken zum Beispiel. Eine eigene Abteilung der Treuhandanstalt hatte für die Jahre 1991 bis 1994 eine umfassende Dokumentation von Pressebeiträgen mit Bezug zu ihren Tätigkeiten erstellt. 1995 wurde diese im offiziellen Abschlussbericht der Organisation veröffentlicht. Darin finden sich auch Hunderte Verkaufsinserate für Immobilien, die die TLG selbst geschaltet hatte – auch für Villengrundstücke. Für uns war dieser Anzeigenbestand eine Fundgrube, denn an ihm lässt sich zeigen, wie die TLG den Wert von Objekten „erzählte“, in einem Marktsegment, das viele potenzielle Marker von Wert bietet.



Oderbergerstrasse 3-4 im April 1989, Foto: Aad van der Drift, Wiki Commons, Lizenz: CC BY 2.0

Wir werteten 142 Anzeigen unter dieser Fragestellung aus. Die meisten stammen aus dem Jahr 1992. Wir erklären uns das damit, dass der erste große, teils in Frustration endende Käuferansturm zu diesem Zeitpunkt vorbei war und die TLG nun mit der gezielten Vermarktung begann. Die beworbenen Objekte liegen zur Hälfte in Sachsen, darauf folgen Brandenburg, Thüringen und Berlin. Das liegt nicht zuletzt an der Konzentration von ostdeutschen Villengrundstücken in wenigen urbanen Räumen: vor allem in Dresden und seinem Umland, insbesondere Radebeul, in Leipzig, besonders Gohils, und in Chemnitz. In Brandenburg ist es der Potsdamer Raum,



Demonstration gegen die Treuhandanstalt im März 1991, Berlin Alexanderplatz, Bundesstiftung Aufarbeitung, Ann-Christine Jansson, Bild DDR Demo Arbeitslossigkeit Treuhand 00931003

speziell Babelsberg und die Berliner Vorstadt – historisch gewachsene, bürgerliche, großstadtnahe Villenviertel also. Dass das ebenfalls villenreiche Mecklenburg-Vorpommern kaum vertreten ist, mag verwundern. Viele der betreffenden Objekte waren aber vom FDGB als Ferienobjekte genutzt worden. Sie sollten weiterhin als Beherbergungsobjekte genutzt werden und hatten damit eine andere Käuferzielgruppe als die Villen in den großbürgerlichen Vororten von Potsdam oder Dresden.

Kaufinteressierten aus Westdeutschland versprachen diese Lagen viele attraktive Qualitäten. Anders als in vielen westdeutschen Städten waren die Flächen in ostdeutschen Villenvierteln kaum nachverdichtet worden. Entsprechend finden sich in unserem Datensatz hauptsächlich sehr große Grundstücke von etwa 10.000 Quadratmetern und Häuser mit einer Grundfläche von 400 bis 600 Quadratmetern. In gewisser Weise hatten sich hier räumliche Strukturen erhalten, die im Westen längst verschwunden waren. Zudem boten die Villenviertel eine spezielle Kombination aus Verfügbarkeit und Exklusivität. Viele der großen Wohnhäuser waren nach 1945 enteignet, umgenutzt oder in mehrere Wohneinheiten aufgeteilt worden. Sie wurden zu Kindertagesstätten, Schulungszentren und Erholungsheimen oder zum Sitz von staatlichen Institutionen – und wurden deshalb nun als „Sondervermögen der Parteien und Massenorganisationen“ von der TLG auf den Markt gebracht. Zugleich fungierten einige dieser Viertel auch in der DDR weiterhin als privilegierte Wohnorte. Bestimmte Häuser wurden gezielt an Funktionsträger, Künstler oder Wissenschaftler vergeben. So behielten sie auch im Sozialismus und darüber hinaus das Flair von „guten Adressen“.

In ihren Anzeigen stellte die TLG die Qualitäten der Flächen weitaus stärker heraus als die Qualitäten der Gebäude. Zwar werden die Villen auch als „herrschaftlich“ oder „repräsentativ“ gelabelt, sehr viel häufiger sind aber Beschreibungen der Grundstücke: ihre Größe oder ihre Lage „in guter Wohngegend“, „am Wasser“ oder „am Stadtrand mit parkähnlicher Anlage“. Angaben zur Wohnfläche und anderen Wertmerkmalen der Villen selbst treten in den Hintergrund. Hier zeigt sich, dass es offenbar leichter war, Wert als Bodenwert zu kommunizieren. Es mag zu schwierig gewesen sein, die bauliche Qualität der Villen richtig zu erfassen, genauso fehlten aber auch die passenden Bewertungsmaßstäbe dafür. Bei den Immobilien selbst fällt auf, dass die Veränderungsmöglichkeiten stärker hervorgehoben werden als bauliche Qualität und Ausstattung. Viele der Objekte wurden als sanierungsbedürftig markiert – nicht im Sinn eines wertmindernden Nachteils, sondern als Botschaft an

die wohlhabende Käuferklientel: „Hier kann umgestaltet, abgerissen oder (potenziell mit Fördergeldern) saniert werden“. Damit ging es folglich bei der Bewerbung in den Anzeigen weniger um den aktuellen Zustand als vielmehr darum, was man aus den Grundstücken machen konnte. So wird ein Villengrundstück am Berliner Orankesee als „Entwicklungsgrundstück“ bezeichnet. Bei anderen Anzeigen finden sich immer wieder Hinweise auf die Lage des Grundstücks in einem bestimmten Sanierungsgebiet, auf die „Möglichkeit des Abrisses“ oder auf einen Bebauungsplan, der am betreffenden Ort Neubau vorsieht.

Auch der Denkmalschutz wurde explizit benannt. Allerdings wurden nur in 26 von 142 Anzeigen Gebäude als denkmalgeschützt gekennzeichnet. Bei der Mehrzahl wurde hingegen explizit betont, dass sie nicht denkmalgeschützt und flexible Veränderungen des Gebäudes entsprechend möglich seien. Selbst wenn die Villa selbst erhalten werden musste, wurden die Grundstücksgrößen hervorgehoben, die Raum für Neubauten im Garten boten. Auch Nebengebäude wie Garagen, Saunahäuser oder Bürotrakte wurden in den Angeboten aufgezählt – entweder als Zusatznutzen oder eben gerade als Objekte, die man „problemlos abreißen“ könne.

Beim Kauf keine Chance

Wie wenig ostdeutsche Netzwerke den Verlauf der Immobilienverkäufe tatsächlich bestimmen konnten, zeigen die Ergebnisse der meisten Immobilienverkäufe. Die Kaufkraft vor Ort in den neuen Bundesländern war begrenzt, viele ostdeutsche Haushalte konnten als Teilnehmende auf dem neuen Immobilienmarkt kaum auftreten. Besonders im Hochpreissegment hatten die ostdeutschen Bürger*innen aufgrund fehlenden Eigenkapitels kaum eine Chance beim Erwerb von Grund und Boden. Sie konnten hier nicht mit den westdeutschen Käufern mithalten, selbst dann nicht, wenn sie ein Vorkaufsrecht hatten – die Preise waren schlichtweg zu hoch. Heute liegt die Eigentümerquote bei Wohnimmobilien in Ostdeutschland etwa zehn Prozentpunkte unter der in Westdeutschland: 35 zu 46 Prozent. Schätzungsweise 60 Prozent der ostdeutschen Mietshäuser gehören Westdeutschen. Noch werden in Ostdeutschland auch deutlich weniger Immobilien vererbt als in Ostdeutschland. Im Mai 2026 veröffentlichte Zahlen verdeutlichen dies: Zwei Prozent des Erbschaftsteueraufkommens bringen Ostdeutsche auf. In einem im Mai 2026 veröffentlichten Artikel der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Erben? Was denn?“ forderte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck die Lesenden dazu auf, sich vorzustellen, wo Sachsen und Thüringen heute wären, wenn sie die „Zerstörung in der DDR“ nicht erlebt hätten. Seine Vermutung: „Auf Augenhöhe wären sie – mit Ostwestfalen, mit Baden-Württemberg und Bayern.“ Die von Gauck beschriebenen Ungleichheitsstrukturen gehen allerdings nicht allein auf das die anderen Eigentumsordnungen der DDR zurück. Sie sind ebenso Ergebnis des Einigungs- und Transformationsprozesses, in dessen Verlauf bestehende Unterschiede nicht aufgehoben, sondern vielfach verfestigt wurden. Denn der in den 1990er-Jahren „aus dem Nichts“ entstandene Immobilienmarkt schuf langlebige Vermögenswerte, deren Wertsteigerungen die Vermögensungleichheit bis heute fortschreiben.

Autorinnen

PD Dr. Eva Gajek ist Projektleiterin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie erforscht Villenviertel und die Geschichte sozialer Ungleichheiten, insbesondere des Reichtums in Deutschland.



Dr.-Ing. Stefanie Brünenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Zugleich forscht sie im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ zum baulichen Erbe der DDR.



Zum Weiterlesen

Brünenberg, Stefanie (2025).

Verkauft, vergessen, vermisst? Wie die Treuhand mit DDR-Architektur umging.

Leibniz-Lab „Umbrüche und Transformationen“.

Gajek, Eva Maria (2025).

Ostdeutsche Villenviertel in der Transformation: Eine sozialräumliche Spurensuche.

In: Böick, Marcus et al. (Hrsg.). Jahrbuch Deutsche Einheit 2025 Ch. Ch. Links Verlag, Berlin, 197–218.

Seibel, Wolfgang (2005).

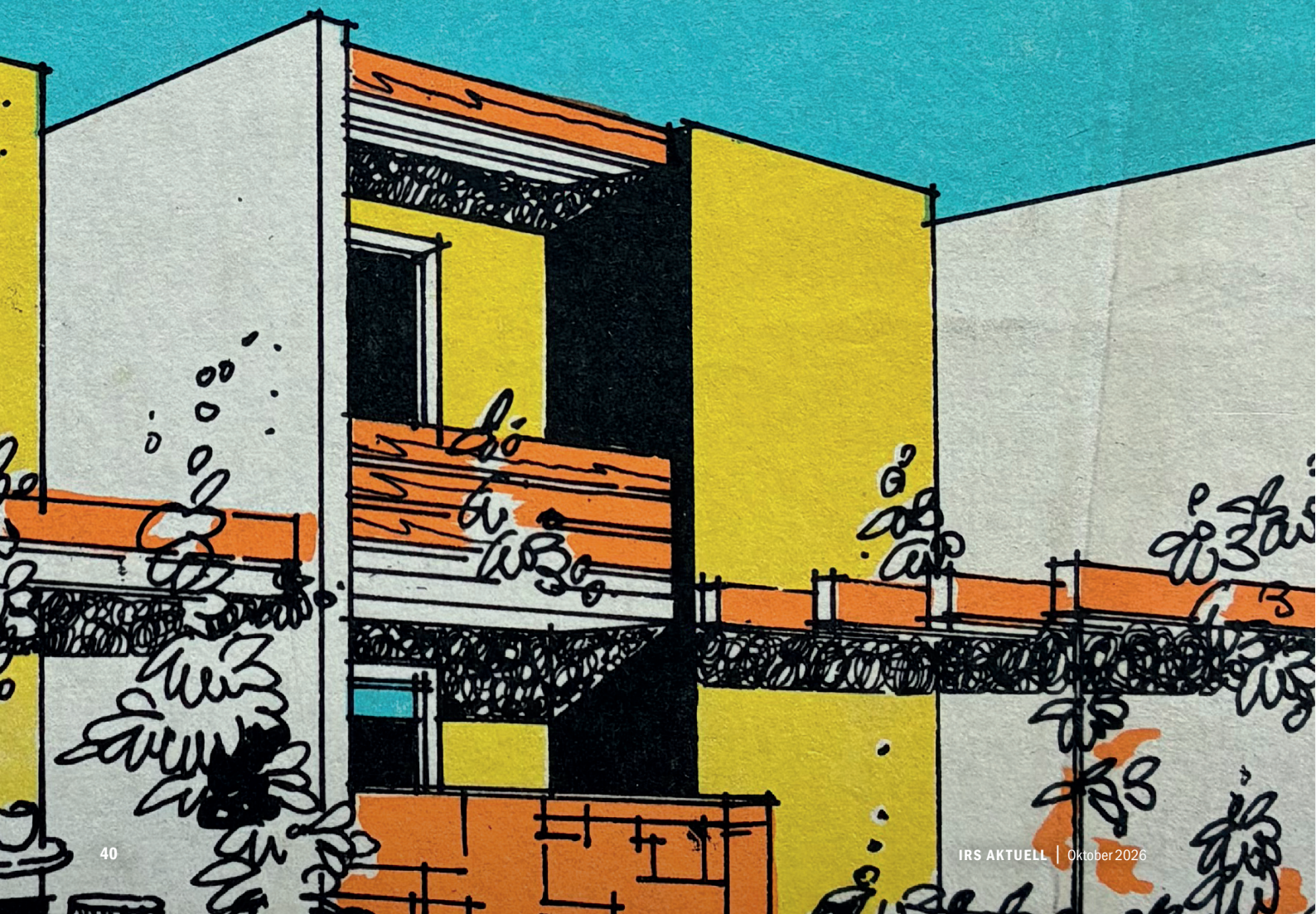
Verwaltete Illusionen: Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000.

Campus Verlag, Weinheim.

Haus ohne Grund

Text von Kerstin Brückweh

Die DDR und Großbritannien – vor allem unter Margaret Thatcher – hatten eine verblüffende Gemeinsamkeit: Sie vertraten auf ganz unterschiedliche Art eine radikale Idee von Wohneigentum. Damit verbanden sie jeweils zugleich ein großes Versprechen auf Teilhabe und Demokratisierung – mit problematischen Folgen. Wie kam es dazu? Und was tragen diese gegensätzlichen Fälle zum Verständnis unserer Gegenwart bei?



Am 25. April 1993 um fünf Uhr sechzehn rissen Sirenen die Menschen im sachsen-anhaltischen Barby aus dem Schlaf. Der Nordflügel der Schlossanlage brannte lichterloh und damit das Grundbucharchiv für die ostdeutschen Bundesländer. Bei der Brandermittlung wurden vier von Hand und vier elektronisch gezündete Brandsätze gefunden. Die Magdeburger Volksstimme vermutete Täter mit hervorragender Ortskenntnis. Sie waren entkommen. Zum Anschlag bekannte sich schließlich eine „ostelbische autonome Gruppe“. Wie konnte etwas so Unspektakuläres wie ein Grundbucharchiv im Jahr 1993 zum Ziel eines Brandanschlages werden? Bis heute ist das ungeklärt. Zugleich steht die Vermutung des damals zuständigen CDU-Justizministers Walter Remmers im Raum: „Vielleicht war es jemand, der gegen das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung ist.“ Mit diesen Worten zitierte ihn die Volksstimme in einem Artikel zum Jahrestag des Brandanschlags im Jahr 2013. Die Süddeutsche Zeitung nannte das Grundbucharchiv eine „Schatzkammer für Alteigentümer“. Um das wiederum zu verstehen, braucht es den Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Rechtssicherheit und Politikum

In Deutschland sind das Grundbuch und die Geschichte des Eigentums an Haus und Boden unmittelbar miteinander verbunden. Das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) regelte im Sachenrecht Grundsätzliches zum Grundbuch. Zusammen mit der Grundbuchordnung von 1897 bildet es die zentralen Rechtstexte. Mit der Verzeichnung von Eigentum im Grundbuch sollten eindeutige Eigentumsverhältnisse geschaffen und dadurch Sicherheit gegeben werden – dies gilt auch heute. Allerdings wurde das in der Geschichte des 20. Jahrhunderts von unterschiedlichen Regimen in Deutschland nicht immer so gehandhabt. Insbesondere in der DDR fand man, dass es sich beim Grundbuch um ein Relikt bürgerlicher Lebensweisen handelte, die nicht der sozialistischen Idee des Volkseigentums entsprach. Das Grundbuch wurde deshalb nur nachlässig geführt.

Als mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Eigentumsverhältnisse neu oder, besser gesagt, wieder nach bürgerlich-westlichem Vorbild geordnet werden sollten, wurde das Grundbuch als Entscheidungsbasis zentral. Wo immer möglich, sollte Eigentum an die alten Eigentümer*innen zurückgegeben werden. Das war mit



Feuerwehrmänner stärken sich auf geretteten Grundbüchern,
Foto: Thomas Linßner für die Magdeburger Volksstimme

„Rückgabe vor Entschädigung“ gemeint, und damit war Streit mit den aktuellen Besitzer*innen und Bewohner*innen vorprogrammiert. Denn die Orientierung am Grundbuch benachteiligte diejenigen, die sich als redliche Erwerber*innen von Eigentum in der DDR verstanden, weil sie Häuser gekauft, umfangreich um- oder angebaut hatten, aber nur manchmal ins Grundbuch eingetragen wurden – und manchmal eben nicht.

Die „ostelbische autonome Gruppe“, die ein Bekennerschreiben zum Brandanschlag vom 25. April 1993 schickte, war allerdings nicht daran interessiert, (Klein-) Bürger zu schützen. Ihr ging es ums große Ganze, und die DDR lag ihr eigentumspolitisch näher als das vereinigte Deutschland der 1990er: „Daß heute, statt den Opfern, das Land wieder Junkern und Nazis zugestanden wird, rechtfertigt den Versuch, das Schloß samt allen Grundbüchern niederzubrennen.“ Damit geriet auch die „Schatzkammer für die Alteigentümer“ in Gefahr, denn die Grundbücher bildeten die maßgebliche Entscheidungsgrundlage, wer nun Haus und Grund erhalten sollte: die Bewohner*innen aus der ehemaligen DDR oder die meist schon lange in der alten Bundesrepublik wohnenden sogenannten Alteigentümer.

Hier zeigt sich der Wandel von der Rechtssicherheit zum Politikum. Ob und wie Grundbesitz dokumentiert und wie mit entsprechenden Dokumenten umgegangen wird, das verrät einerseits etwas über politische Ideen und Ideologien und andererseits etwas über den Alltag von Menschen und ihre Mentalitäten. Zugleich können Grundbücher als materielle Objekte politische Systeme überdauern und so zum Werkzeug von deren Rückab-

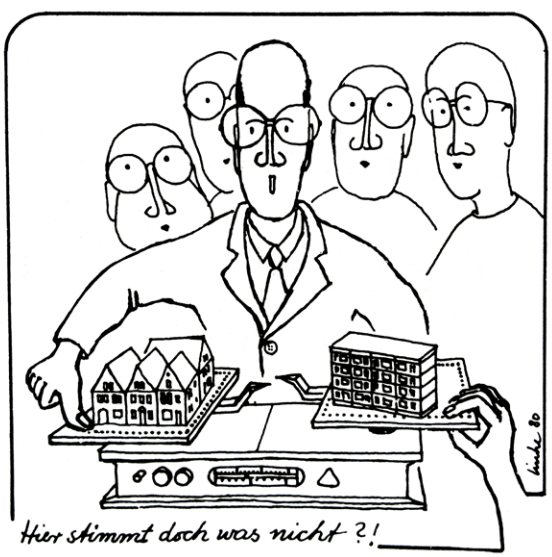
Bild links: Titel der Broschüre „Eigenheime Selbstgebaut“

wicklung werden. Ihre Sprengkraft erhält die Grundbuchfrage aus der besonderen Verbindung zwischen Wohnen, Wohneigentum und Grundeigentum.

Eine besondere Beziehung

Beim Eigentum geht es gleichermaßen um ideologische Großfragen und um alltägliche Praktiken rund um Haus und Hof. Denn das Wohnen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Die Beziehung zum Wohnraum ist gleichermaßen existentiell und persönlich. Gleichwohl wurde sie mehrfach durchtrennt. Ein Grund dafür ist die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. „Die Häuser sind gekennzeichnet durch die Abwesenheit derer, die sie errichtet, derer, die darin gelebt haben: Sie sind ermordet, vertrieben, andere sind eingezogen“, so formulierte es der Historiker Karl Schlögel. Er fügte hinzu, dass sich in diesen Häusern „Rechtsverhältnisse, Geschichte der Gefühle und Leidenschaften, Erziehungsgeschichte, Biographien, die gebaute Geschichte von Orten, Gewaltgeschichte“ verschränken.

Doch in der jüngeren Geschichte findet sich auch eine subtilere Form der Trennung, die gravierend in das Verhältnis der Menschen zu ihrem Wohnraum eingreift: die zwischen Wohneigentum und Grundeigentum. Und damit kommen wir zu einem Vergleich, der per se nicht auf der Hand liegt – dem zwischen Ostdeutschland vor, während und nach dem Ende der DDR und Großbritannien seit der Thatcher-Ära. In beiden Räumen zeigt sich ein ähnliches Phänomen: In erheblichem Umfang wurde das Eigentum an Häusern und Wohnungen vom Grundeigentum getrennt. Anders formuliert: Jemand war zwar Haus- oder Wohnungseigentümer*in, aber besaß nicht den Boden, auf dem das Haus stand. Manchmal wussten die Haus- oder Wohnungseigentümer*innen nicht einmal, wem das dazugehörige Grundstück gehörte. Daraus entstanden Abhängigkeiten, Ungleichheiten und Konflikte.



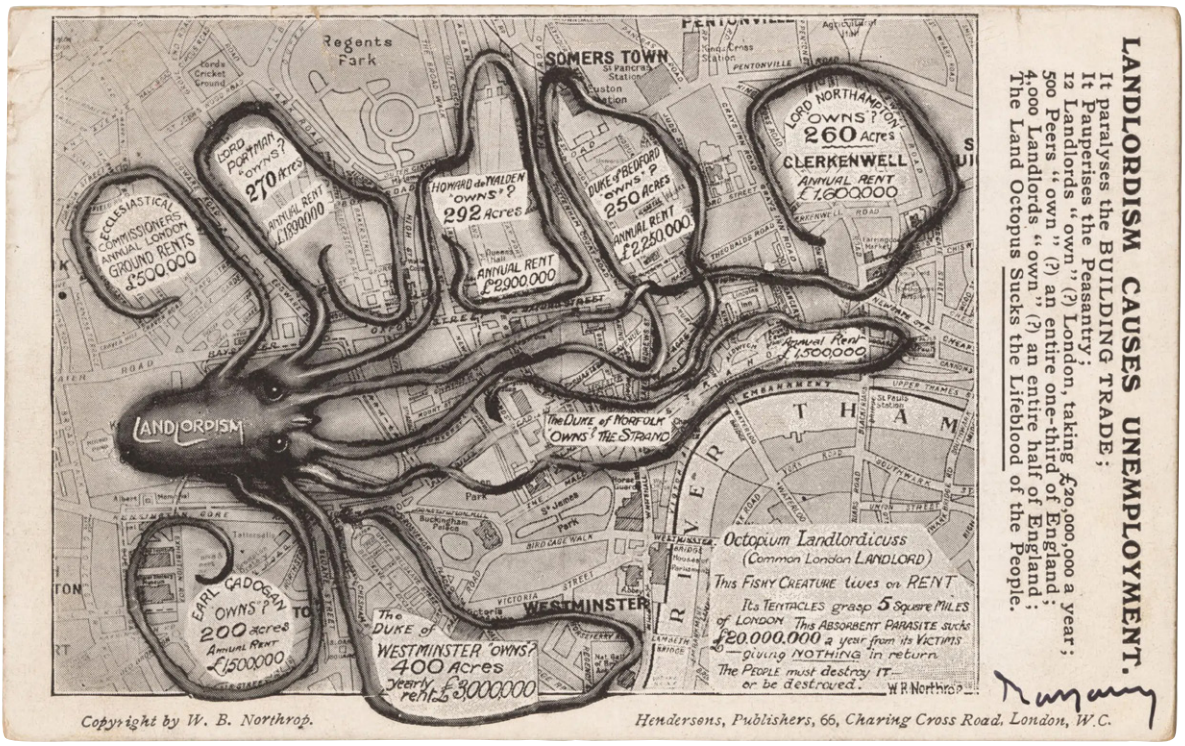
Karrikatur aus „Kleinstädte. Vorschläge zur städtebaulichen Umgestaltung“, 1981

Erstaunlich ist dabei, dass zwei gegensätzliche Ideen von Wohneigentum – Volkseigentum auf der einen, Privateigentum auf der anderen – mit einem Teilhabe-, vielleicht sogar Demokratisierungsversprechen verbunden waren. Und doch war in beiden Fällen eine problematische Trennung von Haus und Grund das Resultat.. Wie konnten die privateigentumsfördernde britische Politik, vor allem unter Margaret Thatcher, und die privateigentumsstörende DDR-Politik zu ähnlichen Effekten führen? Macht ein solcher, eher unkonventioneller Vergleich überhaupt Sinn? Und was verrät uns das über die Bedeutung von verbrieftem Grundbesitz, vor allem dann, wenn mit Eigentum Gesellschaftspolitik gemacht wird?

Eigentum ja, Rechtssicherheit nein

Für die ostmitteleuropäischen Regionen, die durch das Habsburgerreich und seine Tradition mit Kataster- und Grundbuchsystemen geprägt waren, hat die Forschung eine zentrale staatssozialistische Eigentumsstrategie herausgearbeitet: Eigentum wurde großzügig verteilt, während gleichzeitig das Grundbuch und damit die Rechtssicherheit systematisch zurückgedrängt wurde. Diese Strategie lässt sich auch in der DDR erkennen. Durch die Verteilung von Eigentum ohne verlässliche Verzeichnung im Grundbuch wurde eine Abhängigkeit vom Regime erzeugt, die zwar innerhalb des Staatssozialismus zu funktionieren schien, nicht aber nach dessen Ende. Nun wurde nach westlichem Vorbild neu geordnet. Das verdeutlicht das folgende Beispiel: Im Jahr 1969 bezog der 17-jährige Peter Busch eine verlassene Datsche auf einem Grundstück am Berliner Stadtrand. Einige Jahre später erhielt er offiziell von der Gemeinde einen Überlassungsvertrag und eine Baugenehmigung. Den Eintrag ins Grundbuchblatt strebte er vergeblich an. Dort blieb der alte, nun in Westdeutschland lebende Eigentümer stehen. Busch baute also ein Haus auf einem Grundstück, das ihm laut Grundbuch nicht gehörte. Er steht damit stellvertretend für eine ganze Reihe Ostdeutscher, denen in der DDR Eigenheime zur Selbstnutzung vom Staat überlassen oder verkauft wurden.

Das war eine seit den 1950er-Jahren bekannte Form der Nutzung und des Erwerbs von Wohneigentum. Viele DDR-Käufer*innen versuchten, das Wohneigentum in den Grundbuchblättern verzeichnen zu lassen. Falls ihnen der DDR-Staat die Eintragung verwehrte oder zu



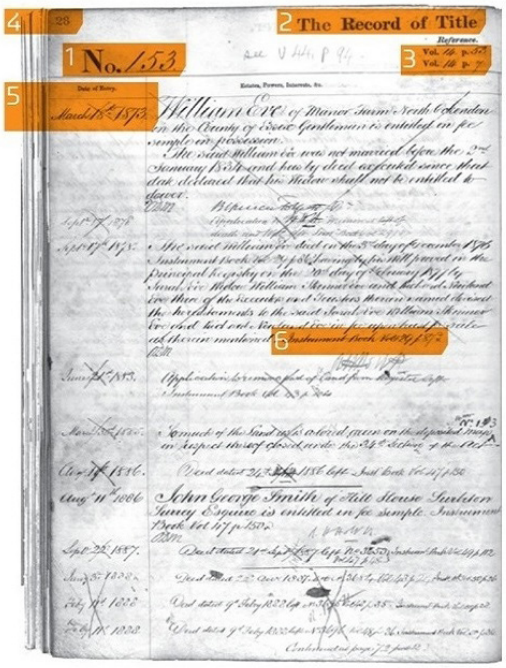
„Ungezügelter Grundbesitz verursacht Arbeitslosigkeit", satirische Propagandakarte, W.B. Northrop,1909

lange dafür brauchte, schrieben die Betroffenen Eingaben. Der Glaube an die Verbindlichkeit des Grundbuchs beziehungsweise der Grundbuchblätter war in der DDR – zumindest im Eigenheimbereich – weit verbreitet. Auch im praktischen Umgang mit Immobilien verhielten sich die Käufer*innen wie Eigentümer*innen. Sie hielten ihr Eigentum in Stand, renovierten, reparierten, bauten an und um. Für die Pflege des Eigentums und somit seine materielle Werterhaltung investierten DDR-Bewohner*innen Zeit und Ressourcen. Zugleich betrachteten sie die Häuser als ihr Zuhause, ihren Rückzugsort. Das Wohneigentum hatte also einen ideellen und einen materiellen Wert. Meine Forschungen (siehe Lektüretipps) lassen im Bereich der selbstgenutzten DDR-Eigenheime keine Anzeichnen erkennen, dass die offizielle Eigentumspolitik bis in die Eigentumsideen und -praktiken der Ostdeutschen durchgedrungen wäre. Wann immer sich ein Zeitfenster bot – so auch noch im Umbruch von 1989/90 – versuchten die Quasi-Eigentümer*innen auch im Grundbuch verzeichnete Eigentümer*innen zu werden.

Vom right to buy zur Wohnungskrise

Während in der DDR ein sozialistisches Eigentumssystem propagiert und mit unterschiedlicher Intensität in verschiedenen Bereichen eingeführt wurde, sahen in Großbritannien Konservative schon in den 1920er-Jahren Eigentum als eine Möglichkeit, sozialistische Ideen zurückzudrängen: Aus allen Menschen über das Wohneigentum Kapitalisten zu machen, wurde als ideale Basis für den Kampf gegen den Sozialismus angesehen. Der konservative Politiker Noel Skelton schrieb darüber im Jahr 1924 in einer Artikelserie im Spectator unter der Überschrift „Constructive Conservatism". Darin findet sich auch die Idee der *property-owning democracy*, die als Gegenentwurf zur sozialistischen Eigentumsidee in Großbritannien also schon früh im 20. Jahrhundert entwickelt und zunehmend umgesetzt wurde. Nicht zuletzt Margaret Thatcher sorgte für eine weitere Verbreitung. Im Jahr 1986 fasste sie ihre Vision in einer Rede auf der Conservative Party Conference in Bournemouth zusammen (der Volltext findet sich auf margaretthatcher.org):

„We Conservatives believe in popular capitalism – believe in a property-owning democracy. And it works! […] The great political reform of the last century was to enable more and more people to have a vote. Now the great Tory reform of this century is to enable more and more people to own property. Popular capitalism is nothing less than a crusade to enfranchise the many in the economic life of the nation."



Sechs Erfassungsmerkmale des englischen Land Registry Act von 1862, Wikimedia Commons, Open Government Licence v3.0

Thatchers Idee war es, über Eigentum an Wohnraum und Industrieaktien möglichst vielen („the many") ein weiteres „Wahlrecht" zuzugestehen. Ihr Plan, der vor allem den Verkauf von Sozialwohnungen an die Mieter*innen – das sogenannte *right to buy* – forcierte, schien zunächst gut zu funktionieren. Erst seit einiger Zeit liest man beispielsweise in Zeitungsberichten, dass die *property-owning democracy* tot sei. Als Grund wird eine schwere Krise der Wohnraumversorgung genannt. Diese Krise hat wirtschaftliche, rechtliche und auch kulturelle Dimensionen: Es geht um die immens hohen und weiter steigenden Immobilienpreise, die für viele den Einstieg in den und den Aufstieg auf dem Wohnungsmarkt unmöglich machen. Zudem wird im aufgeheizten Immobilienmarkt eine Differenz der Eigentumskonzepte sichtbar: Ein langfristiges Ergebnis der Thatcher'schen Politik war das vornehmlich als sogenanntes leasehold erworbene Privateigentum. Leasehold bedeutet, dass nur der Wohnraum für eine begrenzte Zeit gekauft wurde, während das dazugehörige Grundstück einem anderen Eigentümer gehörte. „The many" konnten aufgrund der hohen Immobilienpreise vielfach nur auf diesem Weg Wohnungseigentum erwerben.

Wohnungseigentümer*innen in Großbritannien betrachten ihren Wohnraum wesentlich stärker als Investitionsgut als ihre deutschen Nachbarn, die – wenn überhaupt – für gewöhnlich nur einmal im Leben ein Eigenheim erwerben. Zugleich sind sie mit dem Umstand konfrontiert, dass diejenigen, denen die Grundstücke gehören, ihrerseits den Grund als reines Investitionsobjekt sehen. Die Reduzierung des Eigentums auf seinen materiellen Wert hat eine Praxis etabliert, in der vermehrt Firmen als Grundstückseigentümer auftreten, die ihren Sitz in Steueroasen haben. Sie folgen gerade nicht dem Eigentumskonzept, das politische und gesellschaftliche Partizipation und wirtschaftliches Handeln miteinander verbindet. Das hat auch Konsequenzen für die Hausbesitzer*innen: Sie wissen nicht mehr, wem der Grund und Boden gehört, auf dem ihr Haus steht. Zugleich müssen sie aber über Hausverwaltungen undurchsichtig festgesetzte Verwaltungsgebühren an diese Eigentümerfirmen zahlen.

Wenn auch aus einer anderen nationalen Geschichte, so ist auch hier wie in der DDR die Trennung von Haus und Grund das zentrale Problem. Welche Möglichkeiten hatten beziehungsweise haben die beiden Staaten, um dieses Problem zu lösen?

Neuordnung in Ostdeutschland

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden die Regelungen der sogenannten offenen Vermögensfragen zu einem der wichtigsten gesellschaftspolitischen und sozialen Konfliktfelder. Ostdeutsche wehrten sich vehement und oft erfolgreich gegen die praktische Umsetzung des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung und drängten auf die Berücksichtigung ihrer in der DDR entstandenen Eigentumsverhältnisse. Dafür verwiesen sie vor allem auf ihre Pflege des Eigentums. Dagegen hätten die Alteigentümer*innen durch das Verlassen des Grundstücks moralisch das Recht daran verloren. Das Argument wurde in Teilen berücksichtigt. Insbesondere Hausbauer wie Peter Busch mussten ihre Häuser nicht räumen.

Zugleich blieb das Grundbuch, das in der Bundesrepublik galt, nach 1990 im Grundsatz unangetastet. Wieso hätte es auch geändert werden sollen? Die damit verbundenen Eigentumskonzepte bestanden ebenso bei den Wohnungseigentümer*innen in der DDR. Die staatssozialistische Eigentumspolitik hatte lediglich den Eintrag ins Grundbuch vielfach verhindert oder willkürlich (nicht) durchgeführt. Diese Praxis sorgte für die Zuordnungsprobleme nach 1990, nicht die Orientierung am Grundbuch an sich. Darin stimmten ost- und westdeutsche Haus- und Grundeigentümer*innen wie auch die Besitzer*innen (auch Quasi-Eigentümer*innen genannt) der Immobilien überein. Die Ordnung wurde deshalb mit dem und im Grundbuch nach 1990 wiederhergestellt.

Wissen von unten

Ganz anders ist die Situation in Großbritannien. Hier war die Wohnungskrise langsam gewachsen. Auf ein verlässliches System der Landregistrierung, das Wissen über Eigentum zur Verfügung stellen könnte, konnten sich die Briten aus vielfältigen Gründen lange nicht einigen. Während einige in den Diskussionen um die Einführung der Landregistrierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen Missbrauch durch den Staat fürchteten, hat sich dies heute gewandelt: Nun geht die Initiative von den Bürger*innen aus und wird von Initiativen geprägt, die ich als „Domesday from below" bezeichne.

Das *Domesday Book* ist ein unter Wilhelm dem Eroberer im 11. Jahrhundert erstelltes Reichsgrundbuch der englischen Krone. Es stellte eine wichtige Herrschaftsgrundlage dar (auch mit Blick auf Besteuerung und Wehrpflicht) und veränderte die Machtstrukturen zwischen Adeligen und dem Königshaus. Dagegen wird Landregistrierung heute weniger als Unterdrückung verstanden, sondern vielmehr als Empowerment genutzt – nach dem Motto: Nur wer weiß, wem das Land gehört, kann auch die Kontrolle über Großbritannien haben. Ein schönes Beispiel bietet der Blog „Who owns England?" Er wird von Guy Shrubsole (Aktivist und Campaigner bei Friends of the Earth) und Anna Powell-Smith (Programmiererin und Datenanalystin) betrieben. Ihr Ziel ist es, die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden in England transparent zu machen und die bislang umfassendste öffentliche Karte des Landbesitzes in England zu erstellen – quasi ein digitales *Domesday Book*.

Warum sich der Vergleich lohnt

Der Vergleich zwischen der DDR und Großbritannien lenkt den Blick auf das Eigentum als zentrales politisches wie gesellschaftliches Steuerungselement – egal ob im Kommunismus oder im Kapitalismus. Eigentum beinhaltet in modernen Gesellschaften häufig ein Versprechen auf Teilhabe oder Demokratisierung. Das kann aber nur eingelöst werden, wenn es eindeutig und rechtssicher dokumentiert ist und auch Grundbesitz umfasst. Wenn dies nicht der Fall ist, so führt es Bürger*innen in eine Abhängigkeit vom politischen Regime oder von profitmaximierenden Wirtschaftsakteuren. Das wird in der spät- und postsozialistischen Transformationszeit in (Ost-)Deutschland ebenso erkennbar wie in der sich langsam anbahnenden Wohnungskrise in Großbritannien. In beiden Fällen wurde das Eigentum an Haus und Grund vielfach getrennt. Der Vergleich zeigt: Problematisch wird Eigentumspolitik, wenn Intransparenz und bzw. oder Willkür im Spiel sind.

Dieser Text basiert in Teilen auf dem Beitrag „Haus ohne Grund. Wo ‚der Westen' und ‚der Osten' sich treffen", den die Autorin am 18. März 2019 im Geschichtsblog zeitgeschichte | online veröffentlichte.

Autorin

Prof. Dr. Kerstin Brückweh ist Historikerin und leitet den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv". Sie forscht vor allem zur Geschichte des Wohneigentums, des Bodens und sozialer Ungleichheit sowie zur Geschichte statistischer Selbstbeobachtungen von Gesellschaften.



Publikationen

Brückweh, Kerstin (2019).

My Home Is My Castle. Immobilien und die Kulturgeschichte des Vermögens im 19. und 20. Jahrhundert.

In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11/12 2019, 624-641.

Brückweh, Kerstin (2021).

Der Alltag des Systemwechsels vor, während und nach 1989.

In: Enders, Judith C.; Kollmorgen, Raj & Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hrsg.). Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York. Open Access. 439-548.

Zum Weiterlesen

Leuze, Kathrin; Puttkamer, Joachim von; Reiser, Marion & Scholz, Sylka (Hrsg.) (2025).

Eigentumskonflikte. Konzeptionelle und empirische Perspektiven.

Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York.

Shrubsole, Guy & Powell-Smist, Anna (eds.):

Who Owns England? Blog.

whoownsengland.org.

Siegrist, Hannes & Müller, Dietmar (eds.) (2015).

Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century.

Berghahn Books, New York, Oxford.

Wem gehört die Niederlausitz?

Text von Rita Gudermann



Wanderer erobern die bizarren Tagebaulandschaften – allerdings nur in fachkundlicher Begleitung, denn die Gefahr von Bodenrutschungen ist allgegenwärtig.
Foto: Detlef A. Hecht, 2000

In einer zerklüfteten Kraterlandschaft kommt eine Gruppe von Wandernden gefährlich nah an eine tiefe Bodenspalte. Sie begehen bis dato verbotenes Land. Das Bild stammt aus einem Braunkohletagebau in der Niederlausitz, aufgenommen im Jahr 2000. Welche Geschichten stecken hinter Bildern wie diesen? Was musste mit dem Boden geschehen, um zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein solches Foto zu ermöglichen? Wer und was hat den Weg dahin geebnet?



Schaufelrad eines gigantischen Baggers im Tagebau Welzow. Foto: Staubi59, Wiki Commons, Lizenz: CC BY SA 4.0

Die Geschichte des Bodens in der Niederlausitz seit dem 19. Jahrhundert ist eine Geschichte von tiefgreifenden Transformationen und radikalen Besitzwechseln.

Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand der überwiegende Teil der Flächen der Niederlausitz aus Agrarland und kleinen, locker verteilten Dörfern. Das änderte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als umfangreiche Braunkohlevorkommen entdeckt und abgebaut wurden. Zunächst geschah das noch kleinräumig oder durch in den Boden hineingetriebene Stollen, schließlich aber mit immer größeren Baggern, die die Braunkohle direkt von der Oberfläche mit Schaufelrädern abbauten. Mit der Nutzungsänderung ging in der Regel eine Besitzänderung einher: Lag im frühen 19. Jahrhundert das Land zumeist in der Hand von Gutsherren, Bauern oder Gemeinden, wurden Bergwerksrechte im 19. Jahrhundert zunehmend von spezialisierten Bergbaugesellschaften erworben oder gepachtet. Um zusammenhängende Tagebaufelder zu schaffen, kauften sie landwirtschaftliche Flächen auf, legten Parzellen zusammen und zogen Wege, Wasserläufe und Dorfgrenzen neu.

Nach 1945 wurde die Braunkohleförderung im Tagebau massiv ausgeweitet, denn die Gewinnung von Energie hatte enorme wirtschaftspolitische Bedeutung für die DDR. Zeitgleich wurde privater Besitz (nicht nur) im Bereich geplanter Tagebaue durch Enteignung weitgehend in Volkseigentum überführt. Tatsächlich ermöglichte erst der ungehinderte staatliche Zugriff auf die heimische Braunkohle den Ausbau der großen Plattenbau-Wohngebiete und Industrieanlagen der umliegenden Städte wie auch der Hauptstadt Berlin. Die Lausitz trug zeitweise bis zu 87 Prozent zur Stromerzeugung der DDR bei. Rund



Blick in den Tagebau Nochten, 2008: Gigantische Schaufelradbagger tragen den Boden Schicht für Schicht ab. Aus der Luft wird nicht nur der technische Prozess der Extraktion deutlich, sondern auch die räumliche Logik einer industriellen Aneignung, die alles andere – Dörfer, Äcker, Wälder – nachrangig macht. SPBer, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

86.000 Hektar nahm das Niederlausitzer Braunkohlerevier schließlich ein, davon der überwiegende Teil im Süden Brandenburgs. Der Boden wurde zur wichtigsten Ressource der Energieversorgung, deren Spuren erst aus der Distanz – räumlich wie zeitlich – in ihrem vollen Umfang sichtbar werden.

Die Entstehung einer Mondlandschaft

Die planwirtschaftliche Intensivierung des Tagebaus wurde nahezu unbehelligt von Umweltauflagen umgesetzt. Kritik an der damit einhergehenden Vernichtung von Acker-, Weide- und Waldflächen war nicht erwünscht. Denn mit um 1989 fast 80.000 Beschäftigten bildete der Lausitzer Braunkohlebergbau eine wichtige Stütze der regionalen Wirtschaft. Hinzu kamen Zehntausende Menschen in den Betrieben der Zulieferer, in Transport und Maschinenbau sowie bei Bau und Dienstleistungen.

Die landschaftlichen und ökologischen Folgen dieses ungebremsten Flächenverbrauchs waren weithin sichtbar: Es entstand eine typische Bergbaufolgelandschaft – jene „Mondlandschaft“ mit Tagebaurestlöchern, Kippen und Abraumhalden sowie ausgeprägter Bodendegradation und Erosion. Nicht nur die Tagebaue selbst, auch in ihrem weiteren Umfeld wurden große Gebiete durch die Rodung von Wäldern, die Umleitung von Flüssen und die Absenkung des Grundwasserspiegels beeinträchtigt. Feinstaub und die darin enthaltenen Schwermetalle und radioaktiven Elemente, die Abgase der dieselbetriebenen Bagger, Förder- und Transportfahrzeuge sowie Emissionen der nahegelegenen Kohlekraftwerke belasteten die Luft zum Teil ganz erheblich. Damit einher ging die



weiträumige Zerstörung natürlicher Lebensräume: der Verlust von Feuchtgebieten und Auwäldern mit ihrer besonderen Bedeutung für Wasserhaushalt und Klima. Zu den langfristigen ökologischen Beeinträchtigungen gehörte die Veränderung des Mikroklimas auf regionaler Ebene wie auch die Zunahme von CO_2-Emissionen durch Kohleverstromung und damit ein Beitrag zur Klimakrise mit ihren Rückkopplungseffekten auf globaler Ebene. Die Abbaggerung der Braunkohle führte nicht nur zum Verschwinden fruchtbarer Böden und zur Zerstörung historisch gewachsener Kulturlandschaften. In Kauf genommen wurde auch der Verlust von insgesamt über 130 oft jahrhundertealten Dörfern. 27.500 Menschen wurden unter staatlicher Leitung ohne Mitbestimmungsrechte umgesiedelt und verloren einen Teil ihrer Heimat und Kultur.

Rekultivierung und Renaturierung

Maßnahmen zur Rekultivierung der Flächen, wie beispielsweise Aufforstungen, hatten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt. Als einer der Pioniere gilt der Förster Rudolf Heuson, der in den 1920er-Jahren in der Niederlausitz eine systematische, beobachtungsgestützte Wiederaufforstung der Braunkohlenkippen begründete. Darauf aufbauend führten der Garten- und Landschaftsarchitekt Reinhold Lingner und andere von 1950 bis 1952 im Staatsauftrag eine Landschaftsdiagnose durch: eine Kartierung von menschlich verursachten Landschaftsschäden auf dem Gebiet der DDR – deren Ergebnisse allerdings unter Verschluss gehalten wurden. Die so entwickelten methodischen Ansätze verbanden sie mit den Zielen einer „sozialistischen



Was kommt nach dem Tagebau in der Niederlausitz? Blick auf den halbgefüllten Ilse-See im ehemaligen Tagebau Meuro. Foto: Detlef A. Hecht, 2000

Landeskultur“, also der zweckmäßigen, ästhetischen Gestaltung und Nutzung der Landschaft als Grundlage für die Produktion und den Erhalt menschlicher Arbeitskraft. Otto Rindt, der zuvor als Landschaftsarchitekt am Reichsautobahnbau beteiligt gewesen war, wirkte darauf hin, dass bereits seit dem Ende der 1950er-Jahre bei der technischen Sicherung stillgelegter Braunkohlegruben eine Folgenutzung für Naturschutz und Naherholung mitbedacht wurde. Dazu gehörte etwa die Schaffung flacher Böschungen und der Voraussetzungen für die Entwicklung einer zusammenhängenden Seenkette. Diese sollte in den Tagebaurestlöchern zunächst durch den Anstieg des Grundwassers und schließlich durch Flutung entstehen. Zugleich drückte Rindt mit seinen Planungen der neuen Landschaft seinen Stempel auf, indem er versuchte, die nacheiszeitlichen Landschaften der Lausitz mit ihren von den Gletschern hinterlassenen Moränen nachzustellen. Zu den von ihm mit Vorliebe herangezogenen Gestaltungselementen gehörten abwechslungsreich gestaltete Ufer mit Buchten, Halbinseln und Inseln, Strandbereiche und separate naturnahe Uferzonen, sanft modellierte Kippenreliefs, Terrassen, Böschungen und immer wieder Findlinge. Letztere ließ er aus den in den Tagebauen freigelegten großen Geschieben herantransportieren.

Mit dem Landeskulturgesetz von 1970, das frühere Naturschutzgesetze zusammenfasste, gehörte die DDR zumindest auf dem Papier zu den Vorreitern der internationalen Naturschutzgesetzgebung. Allerdings blieben die bei der Wiederherstellung der ehemaligen Tagebauflächen tatsächlich erreichten Ziele weit hinter den Ansprüchen zurück.



Renaturierte Landschaft mit herbeigeschafftem Findling in einer Drohnenaufnahme, Drohnenfoto: Michael Sonntag, IRS, 2024



Industriedenkmal Biotürme in Lauchhammer-West, Relikt der ehemaligen Koksproduktion, Foto: Detlef A. Hecht, 2009

Braunkohletagebau in der Transformation

Der Umbruch der Jahre 1989/90 ließ die Nachfrage nach Braunkohle aus der Lausitz abrupt wegbrechen: Industriebetriebe wurden geschlossen, Privathaushalte stellten von Braunkohle-Briketts auf Öl- und Gasheizungen um, und westdeutsche Energieunternehmen drangen auf den Markt, vor allem über Beteiligungen an den ostdeutschen Stromversorgern. Der Braunkohlesektor in der Lausitz schrumpfte schnell und drastisch, was zu massiven Arbeitsplatzverlusten, zur Schließung vieler Tagebaue und zu einem tiefgreifenden Strukturbruch in der gesamten Region führte. Übrig blieben bis heute nur vier aktive Tagebaue in Jänschwalde, Welzow Süd, Nochten und Reichwalde, jeweils mit zugehörigen Kraftwerken. Auch zahlreiche Veredlungsbetriebe wie etwa die Kraftwerke des Gaskombinats Schwarze Pumpe und das Lautawerk wurden wegen hoher Emissionen und mangelnder Wirtschaftlichkeit aufgegeben.

Zwar gab es – besonders nach 1989 – zunehmend mehr Widerstand aus der Bevölkerung gegen die Abbaggerung von Dörfern und die Erweiterung von Tagebauen. Er blieb aber weiterhin oft vergeblich. Trotz des deutlichen Rückgangs der Förderung kam es nicht zur völligen Aufgabe des oberflächennahen Braunkohleabbaus. Die Braunkohle blieb auch nach 1990 ein strategisch wichtiger Energieträger mit großer Bedeutung für die Versorgungssicherheit. Ihr Abbau behielt seine Rolle als großer Arbeitgeber im Raum und als Basis für regionale Sanierungsvorhaben. Der vollständige Kohleausstieg ist erst für 2038 geplant.



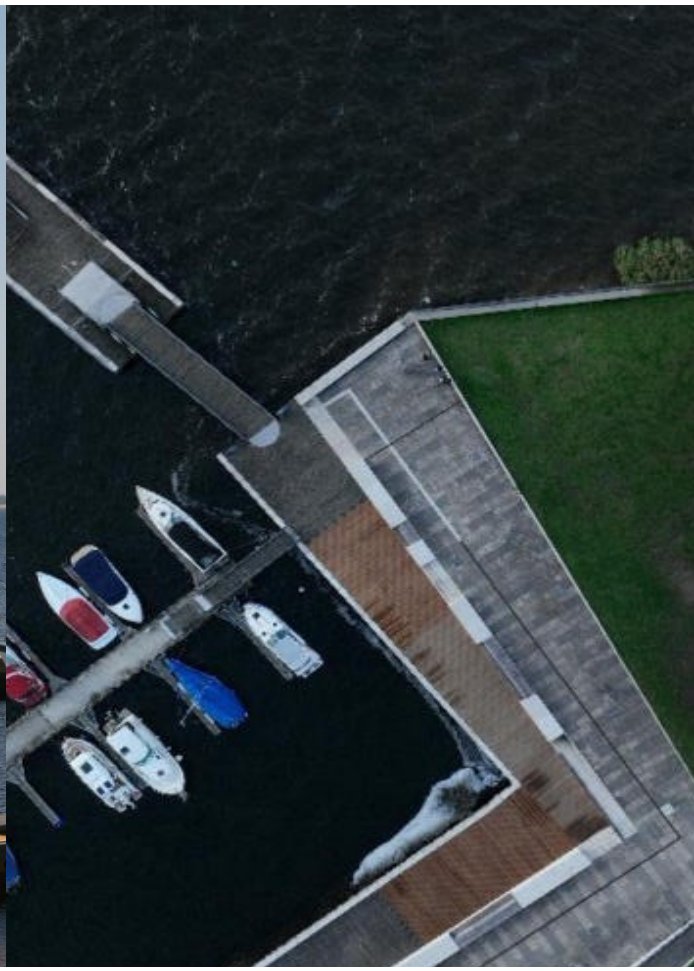
Künstliche Seenlandschaft – aus den ehemaligen Mondlandschaften sind Erholungslandschaften mit schiffbaren Kanälen, Inseln und Stränden geworden. Drohnenfoto: Michael Sonntag, IRS, 2024

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts nahmen allerdings Maßnahmen zur Wiederherstellung des Wasserhaushalts, zur Schaffung von Flächen für Land- und Forstwirtschaft sowie zur Renaturierung, Rekultivierung und Naherholung zu, häufig mit hohem technischem Einsatz. Umfangreiche Förderung erhielt die Region auch durch die zwischen 2000 und 2010 durchgeführte Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land, die in 30 Einzelprojekten versuchte, der Region innovative ökonomische, soziale und künstlerische Impulse zu geben.

Mit der Privatisierung nach 1990 waren große Teile der ehemaligen volkseigenen Flächen im Braunkohlerevier an die Nachfolge Energieunternehmen wie die Vereinigten Energiewerke AG (VEAG) und die Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) übergegangen, die seit 2000 wiederum von Vattenfall übernommen wurden und ab 2016 in die LEAG (Lausitz Energie) übergingen. Parallel dazu übernahm die bundeseigene Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau Verwaltungsgesellschaft (LMBV) seit Mitte der 1990er-Jahre große Rekultivierungsflächen. Damit liegt heute ein erheblicher Teil der ehemaligen Tagebaugebiete in der Hand von Energieunternehmen, der LMBV oder öffentlichen Trägern. Die Niederlausitz durchlief damit eine weitere Phase der (Wieder-)Aneignung von Boden und Landschaft, hin zu einer Mischung aus privatwirtschaftlichem, bundeseigenem und kommunalem Besitz, in der Energieunternehmen, Sanierungsträger und Gemeinden um Einfluss ringen.



Schwimmendes Ferienhaus auf dem Tagebausee. Für einige Tage im Jahr gehört es allen, die dafür bezahlen. Foto: Detlef A. Hecht, 2006



Der Stadthafen Senftenberg erscheint aus der Luft als neuer Knotenpunkt einer postindustriellen Freizeitlandschaft. Drohnenfoto: Michael Sonntag, IRS, 2024

Lost Landscapes und fragile Idyllen

Bevor sie unter mehr als einer Milliarde Kubikmetern Wasser versanken, entwickelten sich die Tagebaulandschaften – gewissermaßen als gigantische Lost Places – für eine begrenzte Zeit zu einem Eldorado für Abenteuertouren und Fotowettbewerbe. Beeindruckende Fotografien zeigen zerklüftete und bizarre Landschaften, vergleichbar den großen Canyons und Wüsten der Welt. Doch durften die Begehungen nur mit Hilfe erfahrener Tourguides erfolgen. Zu hoch war die Gefahr von abrutschenden Bodenmassen begraben zu werden. Immer wieder belasteten auch Kohlenstaub- und Sandstürme die umgebenden Ortschaften.

Doch eine Generation später ist vielerorts von den bizarren Interimslandschaften nichts mehr zu sehen. Stattdessen erstreckt sich eine Seenlandschaft soweit das Auge reicht. Die von Otto Rindt als „Lausitzer Seenland“ angedachte Seenkette vom Senftenberger See über den Geierswalder, Partwitzer, Sedlitzer und Großräschener See wurde mit der Öffnung schiffbarer Kanäle zwischen den Seen am 29. Juni 2026 vollends realisiert.

Allerdings trügt mancherorts der schöne Schein. Immer wieder mussten und müssen Strandabschnitte am Cottbuser Ostsee, dem Senftenberger See oder dem Helenesee wegen der Gefahr von Uferabbrüchen gesperrt werden. Steigt oder sinkt der Stand des Wassers im Boden oder in den Seen, wirkt sich dies auch auf die Festigkeit der Böschungen und Ufer aus. Auch die Kippen- und Böschungsbereiche vieler nicht gefluteter Tagebaue sind Sperrgebiete. Ganz so einfach lässt sich eine über Jahrtausende, wenn nicht Hunderttausende von Jahren



Der von Strandurlaubern „tätowierte“ Baum am Südufer des Senftenberger Sees steht für die Aneignung der Landschaft im Kleinen: Zusammen mit Sitzplätzen und Trampelpfaden verdeutlicht er, wie sich individuelle Erinnerungen und Alltagsnutzungen in die rekultivierte Landschaft einschreiben. Foto: Rita Gudermann



Naturparadies Grünhaus der NABU Stiftung Nationales Naturerbe im ehemaligen Braunkohletagebau Grünhaus in der Lausitz; das 2000 Hektar große Gebiet der Stiftung soll sich zur Wildnis entwickeln. Foto: Bodow, Wiki Commons, Lizenz: CC BY SA 4.0

gewachsene Bodenstruktur eben nicht in eine gänzlich anders strukturierte Landschaft umwandeln.

Auch eine ökologisch intakte „Ersatznatur“ lässt sich nur unter Schwierigkeiten herstellen. Die ehemaligen Braunkohleabbaugebiete haben weiterhin mit massiven Umweltproblemen zu kämpfen, wie etwa der Versauerung der Tagebauseen und des Grundwassers durch Oxidation von Pyrit im Kippenmaterial oder hohe Gehalte an Eisen und Sulfat in den abfließenden Wässern. Die Einträge belasten die Flüsse und Seen der Region und erschweren die Trinkwasseraufbereitung. Damit verbunden sind gewaltige finanzielle Belastungen durch die langfristigen Nachsorgeverpflichtungen, vor allem angesichts der Gefahr des lebensgefährlichen Abrutschens der Steilküsten. Seit 1991 saniert die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau Verwaltungsgesellschaft (LMBV) im Auftrag von Bund und Braunkohleländern die Landschaften des DDR Braunkohlenbergbaus in der Lausitz. Seit diesem Zeitpunkt wurden dafür über 11 Milliarden Euro eingesetzt. Gewissheit, dass die Folgekosten auch weiterhin getragen werden können, gibt es nicht.

Urlauber und Vogelschwärme

Doch in der warmen Jahreszeit prägen heute Motor- und Segelboote das Bild. Kilometerlange Strände an den künstlichen Seen locken Urlauber in Scharen an den Cottbuser Ostsee oder den Seestrand Südsee am Senftenberger See. Die neu entstandenen Erholungslandschaften finden bei der Bevölkerung eine große Akzeptanz, was nicht zuletzt die ansteigenden jährlichen Besucherzahlen zeigen: Im Jahr 2024 lag die Zahl touris-





Ganz neue Eindrücke und Stimmungen locken Touristen in die Niederlausitz: Steg am Gräbendorfer See. Foto: Detlef A. Hecht, 2006

tischer Übernachtungen im Lausitzer Seenland bei fast einer Million. Ausgedehnte Vogelschutzgebiete wie im Senftenberger See ziehen rastende Vogelschwärme an. Seit 2021 gibt es Bemühungen um die Eintragung der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft als UNESCO-Welterbe. Haben sie Erfolg, gehen die Tagebaulandschaften der Niederlausitz – symbolisch – in das Eigentum der gesamten Menschheit über.

Die Drohnenfotos aus dem Gebiet des Senftenberger Sees entstanden im Rahmen des im Jahr 2024 geförderten Projektes „Geodaten als Sozialdaten für die historische Längsschnittanalyse?“, das als NFDI4memory Incubator-Vorhaben experimentell die Nutzung von Drohnen und Deep Mapping in der Zeitgeschichte erprobte.

Autorin

Dr. Rita Gudermann ist Wissenschaftlerin im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie forscht zur Agrar-, Umwelt-, Raum- und Digitalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.



Woran arbeitest Du gerade, Isabel?



Isabel Rosa Marie Herrle verfolgt am IRS ihr Promotionsprojekt zur Bedeutung künstlicher Intelligenz in Digitalisierungsstrategien der Raumentwicklung.

Sie machte 2024 ihren Masterabschluss in Urban Design an der HafenCity Universität Hamburg und forschte bisher über partizipative Stadtentwicklung.

....und was fasziniert Dich daran?

*Mich interessiert, wie KI nicht nur gesellschaftliche Prozesse, sondern auch Räume gestaltet, und wie sich dies konkret in ländlichen Gebieten zeigt. Ich untersuche, wie KI in Planungs- und Arbeitsprozessen eingesetzt wird und welche neuen räumlichen Konstellationen dabei entstehen – am Beispiel ländlicher Regionen im zentralen Süden Chiles. Dafür führe ich Gespräche mit Behörden, Planungsbüros, lokalen Institutionen und Vereinen sowie mit Landwirt*innen und Anwohner*innen. Besonders fasziniert mich, wie sich eine globale Technologie in ganz konkreten lokalen Räumen niederschlägt und welche Erwartungen und Zukunftsvorstellungen damit verbunden sind.*

Welches gesellschaftliche Problem berührt Deine Forschung?

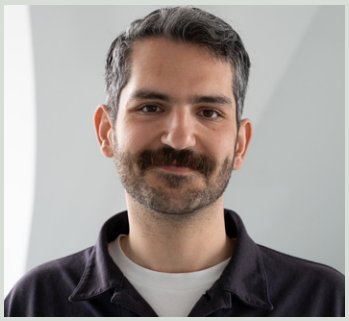
KI ist keine neutrale oder immaterielle Technologie. Sie ist eingebettet in politische Entscheidungen, wirtschaftliche Interessen, materielle Infrastrukturen und menschliche Arbeit. Mit ihrer Entwicklung und ihrem Betrieb sind zahlreiche Herausforderungen verbunden: Umweltbelastungen, Ressourcenextraktion oder prekäre Arbeitsbedingungen – oft im Globalen Süden lokalisiert. Gleichzeitig kann generative KI Arbeitsprozesse erleichtern und neue Möglichkeiten für die Planung schaffen. Ich denke, es ist wichtig zu betrachten, wie sich technologische Innovation zwischen gesellschaftlichem Nutzen und sozialen sowie ökologischen Risiken entwickelt.

Was hat Dich zu diesem Forschungsthema gebracht?

Seit dem Studium interessiert mich die Frage, wie Technologien gesellschaftliche Veränderungen anstoßen und wie sich Ungleichheiten in Räumen zeigen. Seit meinem Auslandssemester in Buenos Aires interessiert mich Lateinamerika als Forschungsregion. Diese Interessen kommen in meiner Dissertation zusammen. Ich will verstehen, wie KI in lokalen Kontexten antizipiert, genutzt und verhandelt wird und wie sich Räume dadurch verändern.

Wenn Deine Forschung in fünf oder zehn Jahren Wirkung entfaltet: Was sollte sich idealerweise verändert haben?

Dass wir KI differenzierter betrachten: nicht als technologisch vorgezeichnete Entwicklung, sondern als Technologie, die in gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und eben auch räumlichen Verhältnissen verflochten ist. Für ländliche Räume wünsche ich mir, dass generative KI zur Verbesserung der Lebensbedingungen eingesetzt wird, um zum Beispiel mögliche Umweltschäden vorzudenken. Meine Forschung wird zeigen, wie wichtig dafür politische Rahmenbedingungen sind, die lokale, nachhaltige Lösungen stärken und die Konzentration von Marktmacht bei großen Technologiekonzernen begrenzen.



Dr. Yorgos Paschos

Seit März 2026 ist **Dr. Yorgos Paschos** Postdoktorand im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Im Rahmen des Leitprojekts „Caring – Valuating – Transitioning“ untersucht er, wie Organisationen mit sozialen Missionen zu Transformationsprozessen beitragen. Der Soziologe promovierte an der University of York über die Bedeutung von Grassroots-Musikspielstätten für lokale Identitäten in Nordengland.

Jonas Bleckmann ist seit April 2026 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Im Verbundprojekt „Auto(im)mobile Infrastrukturen in der Bundesrepublik und Westeuropa in der Great Acceleration“ bearbeitet er das am IRS angesiedelte Teilprojekt zur Geschichte von Brücken als Bestandteil automobiler Infrastrukturen. Jonas Bleckmann studierte Geschichte, Judaistik und Historische Urbanistik in Berlin und forscht zu nachhaltiger urbaner Mobilität.



Jonas Bleckmann



Alice Dornbusch

Alice Dornbusch ist seit August 2026 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Seit Mai 2026 ist sie zudem akademische Mitarbeiterin am Fachgebiet Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Alice Dornbusch studierte Stadt- und Regionalplanung. Sie forscht über die Bedeutung von Governance-Strukturen und -prozessen für die Gestaltung transformativer Innovationsprozesse.

Der Historiker **Dr. Clemens Villinger** ist seit August 2026 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Er forscht im DFG-geförderten Projekt „Der Wert der DDR-Architektur“ über das Handeln der Treuhandanstalt und dessen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung des baulichen Erbes der DDR. Neben der Geschichte der DDR und der deutsch-deutschen Transformation hat er insbesondere zur Wissens- und Ideengeschichte von Normalität im 20. Jahrhundert gearbeitet.



Dr. Clemens Villinger

Neue Leitungspersonen



Julia Warmers

Julia Warmers ist seit Juni 2026 Administrative Direktorin des IRS. Sie trägt die Verantwortung für den administrativen Geschäftsbereich und fungiert als Beauftragte für den Haushalt. Gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Direktor Prof. Dr. Oliver Ibert bildet sie den Vorstand des Instituts und gestaltet die Strategie des IRS mit. Julia Warmers verfügt über langjährige Erfahrung als Führungskraft im Wissenschafts-, Hochschul- und Kunstmanagement. Zuletzt leitete sie an der Universität der Künste Berlin das Referat für Fördermittel und Kooperationen.

Prof. Dr. Jonathan Friedrich leitet seit September 2026 die Nachwuchsforschungsgruppe „Wert und Bewertung im Strukturwandel“ des IRS und ist zugleich Juniorprofessor für Stadt- und Regionalsoziologie an der BTU Cottbus-Senftenberg. Er forscht über die Geographie von Nachhaltigkeitstransformationen, insbesondere mit ihrer räumlichen Organisation, Aushandlung und Wirksamkeit. Im Jahr 2023 schloss er seine Promotion zu Nachhaltigkeitstransformationen in der deutschen Tierhaltung an der Universität Göttingen ab.



Prof. Dr. Jonathan Friedrich

Promotionen



Jae-Young Lee

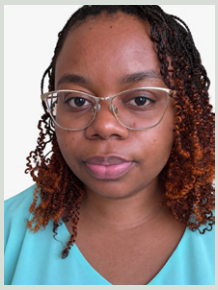
Im Juni 2026 verteidigte **Jae-Young Lee** an der TU Berlin erfolgreich ihre im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ erarbeitete Dissertation. Ihr Promotionsvorhaben im Rahmen des DFG-Sonderforschungsbereichs „Re-Figuration von Räumen“ untersuchte, wie Digitalisierungsprozesse das Handeln von Landbewohner*innen wie auch die räumlichen Arrangements ihrer Häuser und ganzer Dörfer verändern. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. Gabriela Christmann betreut. Jae ist inzwischen Postdoktorandin im SFB.

Ebenfalls im Juni 2026 verteidigte **Chen Gao** an der HU Berlin erfolgreich seine im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ erarbeitete Dissertation. In seinem Promotionsprojekt untersuchte er das wirtschaftliche Umfeld für soziale Unternehmen in ländlichen Regionen sowie die Rolle von kollaborativen Arbeitsorten bei ihrer Unterstützung. Die Dissertation entstand im Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Network „Coral“ und wurde von Prof. Dr. Suntje Schmidt und Prof. Dr. Elmar Kulke betreut. Chen hat bereits eine Postdoktorandenstelle angetreten.



Chen Gao

Im Juni 2026 war die Historikerin **Dr. Nicole Sithole**, künftig Postdoc an der University of Pretoria, im Forschungsschwerpunt „Zeitgeschichte und Archiv" zu Gast. Sie arbeitete dabei mit der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt" zusammen. In einem IRS Seminar präsentierte sie ihre Forschung über den normierenden Einfluss kolonialer Institutionen auf Gendernormen, Haushalte und lokale Gemeinschaften in Afrika am Beispiel von Eisenbahngesellschaften und ihren Beschäftigten.



Dr. Nicole Sithole



Dr. Terezie Lokšová

Im Juni 2026 war die Soziologin **Dr. Terezie Lokšová**, Postdoktorandin an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, im Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung" zu Gast. Sie forscht zum Wandel der Stadtplanung in postsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas. Während ihres Aufenthalts vertiefe sie ihre Forschung zu partizipativer Stadtplanung und der Rolle von Beratungsinstituten in der Stadtplanung.

Im Juni 2026 war **Dr. Yassie Samie**, Postdoctoral Fellow an der RMIT School of Fashion and Textiles in Melbourne im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft" zu Gast. Sie forscht zu Kreislaufwirtschaft und Abfallverhinderung in der Mode, speziell in urbanen Kontexten. Im Rahmen eines IRS Seminars präsentierte sie ihre Forschung zu handmade fashion ecologies in Melbourne und Brisbane, die vom Australian Research Council gefördert wird.



Dr. Yassie Samie



Dr. Mildred Endam Acha

Die Geographin und Planungsforscherin **Dr. Mildred Endam Acha** von der University of Bamenda in Kamerun ist von September bis Ende November 2026 am Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung" zu Gast. Ihr Aufenthalt wird durch ein Stipendium im Rahmen des TWAS-DFG Cooperation Visits Programme gefördert. Der Fokus ihrer Forschung liegt auf dem Zusammenhang zwischen Urbanisierung, Gentrifizierung und Klimawandel.

Von Mitte September bis Mitte Dezember 2026 ist der Stadtforscher und Geograph **Dr. David Gogishvili** von der Universität Lausanne im Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung" zu Gast. Er erforscht den Einfluss von Mega-Events und kulturellen *flagship institutions* auf Stadtentwicklung und Stadtpolitik, hauptsächlich in Zentralasien, dem Kaukasus und der Golfregion. Derzeit untersucht er die Entwicklung von Nachhaltigkeitspolitiken großer Sportevents wie der Olympischen Spiele und der Fußballweltmeisterschaft.



Dr. David Gogishvili

Nach einem kompetitiven Verfahren wurde **Prof. Dr. Kerstin Brückweh,** Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“, der DAAD-Hannah-Arendt-Chair an der renommierten University of Toronto/MUNK School of Global Affairs & Public Policy sowie am dortigen Department of History angeboten. Von September 2026 bis Juni 2027 ist sie in Toronto tätig. Sie wird von PD Dr. Eva Gajek vertreten.



Prof. Dr. Kerstin Brückweh



Dr. Anna Oechslen

Dr. Anna Oechslen war von Januar bis April 2026 als Visiting Researcher am Institute for Advanced Studies in the Humanities (IASH) der University of Edinburgh zu Gast. Dort arbeitete sie mit Forschenden vor Ort an der Interpretation der im Projekt „REMAKING“ erhobenen Daten zu Remote Work.

Dr. Andreas Kuebart verbrachte im Februar und März 2026 einen fünfwöchigen, von der Joachim-Herz-Stiftung geförderten Forschungsaufenthalt an der University of Tokyo (Tōdai). Während seines Aufenthalts führte er Feldforschung zur Geographie von Startup-Finanzierungen in Japan durch und konnte dabei wertvolle Kontakte zu Wissenschaftler*innen der Tōdai sowie des Deutschen Instituts für Japan-studien (DIJ) knüpfen.



Dr. Andreas Kuebart



Dr. Harald Engler

Auf Einladung der Tschechischen Akademie der Wissenschaften hielt sich **Dr. Harald Engler** zu einem zweiwöchigen Forschungsaufenthalt in Prag auf. Er organisierte und moderierte dort die Tagung „After Industry“, hielt eine Lecture zu „Experiences of Transformation. New Research Approaches to Upheavals in Everyday and Social Life“ und entwickelte zusammen mit den tschechischen Kolleg*innen weitere Möglichkeiten der Forschungskooperation mit der Akademie.

Nachgefragt bei IRS-Alumnus Peter Eckersley

Womit beschäftigst Du Dich gerade?

Wir haben in Großbritannien einen neuen Premier, Andy Burnham. Als Bürgermeister von Greater Manchester hat er viel Erfahrung in kommunaler und regionaler Verwaltung gesammelt – außerhalb der üblichen politischen Zirkel in London. Er hat versprochen, in England die regionale Ebene zu stärken und die Macht gleichmäßiger zu verteilen. Und er will seine Politik „place-based" machen. All das berührt meine Themen, und das bedeutet: Mehr Forschungsanträge, Publikationen, Politikberatung und Medienpräsenz. Ein Dauerthema ist außerdem der Klimawandel. Gerade hat Europa einen Rekord-Hitzesommer erlebt, aber die Verantwortlichen handeln immer noch zaghaft oder lehnen Klimaschutz ganz ab. Das liegt an der Macht einiger Großkonzerne, aber auch am Populismus. Deswegen ist mein wichtigstes aktuelles Projekt die Herausgabe eines Handbuchs zu „The Politics of Net Zero", das 2027 erscheint.



Dr. Peter Eckersley ist Associate Professor für Public Policy and Management an der Business School der Nottingham Trent University. Von 2019 bis 2024 war er Postdoc in der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen" des IRS. Er forscht zu kommunaler Klimapolitik, kommunalen Finanzen und Nachhaltigkeit.

Was möchtest Du mit deiner Arbeit in der Gesellschaft bewirken?

*Der Staat mit seinen Institutionen ist meist der beste Mechanismus, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Solange Bürger*innen an Entscheidungen beteiligt werden, ist er auch der legitimste. Dafür braucht er aber Ressourcen, Koordination zwischen Behörden und Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren. Das gilt besonders für sogenannte „wicked problems" wie den Klimawandel, deren Ursachen, Auswirkungen und potenzielle Lösungen so viele verschiedene Facetten des menschlichen Lebens betreffen. Ich will dazu beitragen, dass die Gesellschaft diese Zusammenhänge besser verstehen kann.*

Was hast Du in Deiner Zeit am IRS gelernt?

*Leider war ich während der COVID-Pandemie am IRS tätig und konnte wenig Zeit in Erkner mit Kolleg*innen verbringen. Trotzdem fand ich die Interdisziplinarität des IRS, die Zusammenarbeit zwischen Geographie, Soziologie, Politikwissenschaft und Planung sehr anregend. Meine vorherige Forschung war schon interdisziplinär, aber meine Zeit am IRS hat mir bestätigt: Nur durch verschiedene Perspektive kann man gesellschaftliche Phänomene verstehen. Und an Universitäten gibt es kein so breit aufgestelltes sozialwissenschaftliches Studium.*

Welche Botschaft hast Du für die Raumwissenschaft?

Bleibt dran mit eurer wichtigen Forschung! In Städten und Regionen werden die spannendsten und meist wichtigsten gesellschaftlichen Debatten geführt und Entscheidungen getroffen. Je mehr eure Ergebnisse verbreitet werden, desto besser können Politik, Verwaltung und Menschen gesellschaftliche Probleme lösen.

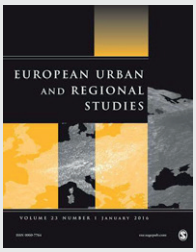
Finanzialisierung des Wohnens

Wie ist das Verhältnis zwischen Staat und institutionellen Investoren auf dem Wohnungsmarkt? Vielfältiger und dynamischer als bisher bekannt. Das zeigt ein neues Sonderheft von *European Urban and Regional Studies*, mitherausgegeben von IRS-Forscher Matthias Bernt. Die Beiträge beschreiben, wie Regulierung, Lobbying und Konflikt in verschiedenen europäischen Großstädten zusammenwirken und oft auf Umwegen den Einfluss von Finanzinvestoren und Kapitalmarktlogiken im Wohnungsmarkt stärken. Sie gehören bisher zu den meistgelesenen Artikeln der Zeitschrift im Jahr 2026.

Alexandri, Georgia; Aalbers, Manuel B.; Bernt, Matthias & Holm, Andrej (eds.) (2026).

Institutional Investment in Urban Housing Markets: Global Trends, Local Manifestations and the State.

Special Issue. European Urban and Regional Studies, 33 (1). (OPEN ACCESS)



Bessere Orte für Sozialunternehmen

Sozialunternehmen leisten viel für ländliche Räume. Dabei helfen ihnen Orte, die Platz für Arbeit und Angebote für Kollaboration und Kreativität verbinden. Chen Gao hat solche Collaborative Workspaces (CWS) in Deutschland und Österreich untersucht und festgestellt: Die Erwartungen von CWS-Betreiber*innen und Sozialunternehmer*innen passen nicht immer zusammen. Letztere wünschen sich beispielsweise spezifischer ausgestattete Arbeitsräumlichkeiten, Kontakte zu potenziellen Partnern an anderen Orten und mehr Hilfe bei lokaler Vermarktung. CWS-Betreibende sollten ihre Angebote nachschärfen, schreibt Chen Gao.

Gao, Chen (2026).

Mismatch in perceptions and knowledge? Prominent entrepreneurial resources through collaborative workspaces for social entrepreneurs.

In: Journal of Innovation and Knowledge, 14. (OPEN ACCESS)



Neue Regeln fürs Welterbe gesucht

Denkmalgeschützte Gebäude dürfen kaum verändert werden – ein Problem für die lokale Klimapolitik. IRS-Forscher Wolfgang Haupt und sein Kollege Konstantinos Chatziandreou (Universität Bremen) haben mit Lübeck, Bamberg und Regensburg drei UNESCO-Welterbestädte untersucht. Deren geschützte historische Innenstädte sind besonders anfällig für Klimagefahren wie Hitze und Überflutungen. Die Regeln der UNESCO gehen darauf aber nur punktuell und symbolisch ein; Denkmalschutz liegt im Dauerkonflikt mit Klimaschutz und -anpassung. Es gibt viel Potenzial für Synergien, so die Autoren. Doch dafür müsste die UNESCO ihre Welterbe-Regeln dringend und grundlegend überarbeiten.

Chatziandreou, Konstantinos & Haupt, Wolfgang (2026).

Integrating Cultural Heritage and Climate Policy? Insights from UNESCO World Heritage Cities.

In: European Planning Studies, 34 (5), 1022-1044. (OPEN ACCESS)



Absehbare Konflikte in der Arktis

In der Arktis treffen gegensätzliche Ansprüche aufeinander: sensible Ökosysteme, die sich durch die Erderwärmung drastisch verändern; Siedlungsgebiete indigener Gruppen und ein Großteil der unerschlossenen fossilen Energiereserven. Mit sechs Co-Autor*innen hat Federica Ammaturo erstmals alle frei verfügbaren Datenbestände zu diesen drei Sektoren zusammengetragen und in einem Geoinformationssystem kartiert. Ergebnis: Die geplanten Erschließungsgebiete sind so groß wie Spanien und überlappen sich deutlich mit geschützten Ökosystemen und indigenen Siedlungsräumen. Die Autor*innen schlagen ein erschließungsfreie Zone vor.

Codato Danile; Vezzelli, Daniele; Ammaturo, Federica; Lazazzera Giorgia; Stralla Andrea; Pappalardo, Salvatore E. et al. (2026).

Unburnable carbon in the rapidly warming Arctic: Mapping spatial relationships among oil and gas development, ecologically sensitive areas and Indigenous Peoples' lands.

In: PLoS One, 21 (4). (OPEN ACCESS)

Citizen Science ist anspruchsvoll

Citizen Science soll die Wissenschaft öffnen und Vertrauen in die Forschung stärken. Darin steckt viel Potenzial, doch die Herausforderungen werden oft übersehen. Die IRS-Historikerinnen Kerstin Brückweh und Svetlana Burmistr haben ein Dossier zu Citizen Science auf dem Portal *zeitgeschichte | online* herausgegeben. Zehn Berichte von partizipativen, disziplinübergreifenden Projekten zeigen: Citizen Science bringt Erwartungskonflikte, erfordert besondere Kompetenzen und viele Ressourcen, wirft ethische Fragen auf – und gibt doch wichtige neue Impulse für eine Wissenschaft, die mit der Gesellschaft arbeitet.

Brückweh, Kerstin & Burmistr, Svetlana (Hrsg.) (2026).

Citizen Science. Wissen generieren, Wissenschaft verkaufen, Gesellschaft leisten.

In: zeitgeschichte | online (Dossier), 6. Juli 2026. (OPEN ACCESS)



Grenzerfahrungen

Welche Rolle spielen Erinnerungen an Grenzen für die heutige Praxis eines grenzüberschreitenden Alltags? Die Soziologinnen Vivien Sommer und Veronika Warzycha sind dieser Frage am Beispiel der Doppelstädte Guben/Gubin (Grenze Deutschland-Polen) und Rheinfelden/Rheinfelden (Deutschland-Schweiz) nachgegangen. In beiden Fällen ist wirtschaftliche Kooperation für das heutige Funktionieren der Städte besonders wichtig – und Geschichte wird in diesem Sinn selektiv erinnert. Die gemeinsame industrielle Vergangenheit (Guben/Gubin) und gemeinsame Energiegewinnung (Rheinfelden) werden hervorgehoben, Gewalterfahrungen dagegen ausgeklammert.

Sommer, Vivien & Warzycha, Veronika (2026).

Border Memories and the Refiguration of Economic Relations. A Comparative Study of Two Twin Cities in Europe.

In: Historical Social Research, 51 (1), 286–310.



Zukunft wird gemacht

Die Zukunft ist düster geworden. Stellte man sich früher fliegende Autos vor, so sehen wir heute KI-gesteuerten Autoritarismus und autonome Killerdrohnen. Ein neuer Band, mitherausgegeben von Anna Oechslen, thematisiert das digitale Future-Making in drei gedanklichen Schritten: Imaginationen über digitale Zukünfte, praktische Nutzung von Technologien sowie Politik und Ethik digitaler Zukunft. Die Beiträge berichten aus diversen Feldern wie Museumsarbeit, Militärrobotik und Gesundheit und zeigen: Die digitale Zukunft wird alltäglichen Leben von Menschen verhandelt und hergestellt – wo sie auch gestaltbar ist.

Lutz, Samantha; Oechslen, Anna; Tran, Quoc-Tan & Koch, Gertraud (eds.) (2026).

Digital Futures in the Making: Ethnographies of Anticipation, Infrastructures, and the Politics of Everyday Life.

Routledge, London.



Hoffnung für den Checkpoint Charlie

Als „Touri-Ort" abgeschrieben und nicht über den Status eines Möglichkeitsraums hinausgekommen – das wäre die verkürzte Beschreibung des Berliner Checkpoint Charlie. Bislang besteht dort kein dauerhafter Bildungs- und Erinnerungsort des Kalten Krieges. Jedoch gibt es Pläne, einen solchen auf öffentlichem Grund und Boden zu etablieren. Christoph Sommer hat am IRS Konflikte in der Planung erforscht. Für die Zeitschrift dérive hat er den Planungsprozess und den Ankauf zweier Teilflächen durch das Land Berlin rekonstruiert – und gezeigt, wie wichtig eine konfliktoffene Beteiligungspraxis für diesen Teilerfolg war.

Sommer, Christoph (2026).

Gemeinbedarf am Checkpoint Charlie. Eigentumswirksame Planung und widerständige Partizipation.

In: dérive, 102, 37–43.



Workshop

Mapping Time and Space

23. März 2026, Berlin

Im September 2026 beschloss die UN-Vollversammlung eine neue Weltkarte, die die Größenverhältnisse von Ländern realistisch darstellt – und nicht mehr den Eindruck erweckt, Grönland sei so groß wie Afrika. Das Beispiel zeigt: Karten bilden Räume nicht einfach ab, schon gar nicht objektiv. Sie ordnen die Welt im Auge der Betrachtenden, stabilisieren Perspektiven und wirken damit politisch. Zugleich laufen sie Gefahr, dynamische Prozesse in einer statischen Darstellung einzufrieren. Gerade deshalb gewinnt die Frage an Bedeutung, wie sich die Zeitlichkeit räumlicher Prozesse angemessen erfassen und darstellen lässt. Diese drängende Frage verbindet unterschiedliche raumwissenschaftliche Disziplinen, die auch am IRS vertreten sind. Die Soziologin Vivien Sommer und die Historikerin Eva Gajek organisierten gemeinsam einen Workshop, auf dem Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen wie Soziologie, Design, Geschichtswissenschaft, Geographie, Kunst- und Kulturwissenschaft neue Ansätze des Mappings diskutierten. Im Mittelpunkt stand das sogenannte Hybrid Mapping: ein breites Feld von Kartierungsmethoden, die unterschiedliche Datenquellen und Informationsformen in eine Visualisierung integrieren. Digitale Kartenformate eignen sich dafür besonders.

IRS Lecture mit Prof. Dr. Dariusz Wójcik

Society, Space, and Money

29. Juni 2026, Erkner

In der Finanzökonomie heißt es „There is no such thing as a free lunch". Gemeint ist: Wer mehr Gewinn will, muss mehr Risiko ertragen. Dariusz Wójcik, Professor für Finanzgeographie an der National University of Singapore, entgegnete diesem ökonomischen Glaubenssatz nun mit einem „Stimmt nicht!". Anhand einer Visualisierung aus dem von ihm veröffentlichten Atlas of Finance argumentierte Wójcik: Der Zusammenhang zwischen Risiko und Rendite sei nicht so eindeutig, wie gemeinhin angenommen. Hohe Renditen könnten auch erzielt werden, ohne hohe Volatilität in Kauf nehmen zu müssen – durch Immobilienbesitz und Vermietung. Dies blieb nicht die einzige weit verbreitete Annahme, die Dariusz Wójcik in seinem Vortrag in Frage stellte. Sind die etablierten Bankenzentren in Zeiten von Fintech überflüssig? Was bestimmt den Wert von Finanzanlagen? Wie und wo entstand Geld wirklich? Die Finanzgeographie und der Atlas der Finanzen halten auch für diese Fragen überraschende Antworten bereit.



Spring Academy 2026

Urban Scholarship and Activism

9. bis 12. Juni 2026, Erkner und Berlin

Lassen sich glaubwürdige Wissenschaft und Aktivismus miteinander vereinbaren? Diese Frage haben 25 internationale Promovierende und Postdocs gemeinsam mit Forschenden des IRS und internationalen Gastdozent*innen bearbeitet – bei Keynote-Vorträgen, Paper-Pitches, Workshops und einer Paneldiskussion. Sie lernten Beispiele für wissenschaftlichen Aktivismus kennen, tauschten Erfahrungen aus und erlebten bei einem geführten Spaziergang durch Kreuzberg Schauplätze von Aktivismus rund um das Thema Wohnen. Ein Ergebnis vieler Gespräche: Aktivistische Wissenschaft hat ihren Platz. Wer beispielsweise die Verdrängung von Einwohner*innen aus ihren Stadtvierteln erforscht, hat es schwer, „objektiv“ zu bleiben. Einige wissenschaftliche Denkschulen betrachten Engagement als integralen Bestandteil der Forschung. Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen können zudem voneinander lernen. Genau das fordert aber auch heraus: In der Praxis ist es oft sehr schwierig, die Kluft zwischen beiden Welten zu überbrücken. Andererseits braucht es die Fähigkeit sich abzugrenzen. Und unter dem Druck einer zunehmend autoritären Politik müssen Wissenschaftler*innen vorsichtig und strategisch vorgehen, wenn sie Stellung beziehen.









Brandenburger Regionalgespräch

Orte des Wandels in ländlichen Regionen

7. Mai 2026, Beeskow

Was passiert, wenn im Dorf die Kneipe schließt und andere Treffpunkte verschwinden? Wo können Menschen zusammenkommen, Ideen entwickeln und gemeinsam den Wandel gestalten? Beim Brandenburger Regionalgespräch auf Burg Beeskow wurde deutlich: Orte der Gemeinschaft sind für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume unverzichtbar – doch sie entstehen nicht von allein. Entscheidend ist langfristiges Engagement. Eine „Handvoll Menschen“, die Verantwortung übernimmt, kann zum Anker für einen Ort werden und Generationen und Gruppen zusammenbringen. Gerade für junge Menschen ist die Offenheit von Orten wichtig. Neue Ideen brauchen Räume und Ressourcen, komplexe Prozeduren schrecken dabei ab. Doch Offenheit allein reicht nicht. Angesichts knapper öffentlicher Kassen und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung müssen Gemeinschaftsorte auch Resilienz entwickeln. Sie brauchen eine klare Bindung an demokratische Grundwerte und Einnahmequellen, die sie von staatlicher Förderung möglichst unabhängig machen.





Fotos: Alexander Rentsch

Moving Lab

Die Zukunft der Großwohnsiedlungen

28. Mai 2026, Schwerin



Foto: ZZF/Miriam Pütz

Ab 2015 zogen Tausende Geflüchtete in ostdeutsche Großwohnsiedlungen in den meist schrumpfenden Städten, in denen Wohnraum zur Verfügung stand. Das Projekt „StadtumMig“ hat die Integrationsarbeit in Großwohnsiedlungen erforscht und gemeinsam mit Akteur*innen aus der Praxis an Lösungen gearbeitet – unter anderem in Neu Zippendorf und Mueßer Holz in Schwerin. Jetzt, fast zwei Jahre nach Projektende, hat die Stadtverwaltung zusammen mit dem Leibniz-Lab „Umbrüche und Transformationen“ einen öffentlichen Fachtag in Schwerin als „Moving Lab“ organisiert und das Projektteam eingeladen. Das Event war hervorragend besucht – von Mitarbeitenden der Schweriner Stadtverwaltung, der Politik und sozialer Träger wie auch von interessierten Bürger*innen. Viele Projekt-Mitwirkende sind heute noch vor Ort aktiv, neue Engagierte kamen hinzu. Das Team konnte auf der Grundlage seiner Forschungen neue Impulse in die auch mit Angst beladene lokale Debatte um die Zukunft der Großsiedlungen einbringen, wie IRS-Forscherin Madlen Pilz resümiert.

Tagung

Boden, Bauten, Grenzen. Die Materialität städtischer Ungleichheit

12.–13. November 2026, Erkner

Villen und Zäune, Müll und Überwachungskameras – Ungleichheit ist in der Stadt sicht- und spürbar, an Kontrasten, Übergängen und manchmal harten Brüchen. Karten, Pläne und Einkommensstatistiken machen verborgene Ungleichheiten greifbar, tragen aber auch dazu bei, dass sie legitimiert und aufrechterhalten werden. Den Kontinuitäten, Brüchen und Transformationen städtischer Ungleichheit widmet sich diese wissenschaftliche Tagung. Sie will eine Brücke zwischen Armuts- und Reichtumsforschung schlagen und dabei geschichts- sozial- und kulturwissenschaftliche Fach-Communities in Dialog bringen.

Brandenburger Regionalgespräch

Klimaanpassung in Kleinstädten: Wie gelingt sie sozial gerecht?

3. Dezember 2026, 14–17 Uhr, Erkner

Die Folgen des Klimawandels treffen nicht alle gleich. Manche können in klimatisierten Büros arbeiten, andere sind im Job Extremhitze ausgeliefert. Klimaanpassung ist immer auch eine sozialpolitische Frage. Für Kommunen ist sie damit eine besonders herausfordernde Querschnittsaufgabe: Verschiedene Ämter müssen zusammenarbeiten, und das bei zunehmend klammen Kassen. Gerade Kleinstädte – wie Erkner, die Sitzstadt des IRS – kommen dabei an ihre Grenzen. Wie Klimaanpassung trotzdem sozial gerecht gelingen kann, diskutieren wir beim nächsten Regionalgespräch.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie laufend unter leibniz-irs.de/veranstaltungen.

Symposium

Sichtbarwerden. Josef Kaiser und die Architekturen der DDR

22. Januar 2027, Berlinische Galerie

Das Symposium vertieft die Ausstellung „Josef Kaiser. Bauen für die DDR“ (siehe Seite 9). Es beleuchtet Kaisers Werk architekturhistorisch und kulturpolitisch, fragt nach dem Verhältnis von kollektiven Planungsstrukturen und künstlerischem Anspruch und untersucht, wie DDR-Architektur seit 1989 wahrgenommen und erinnert wird.

Mehr Information: berlinischegalerie.de

In eigener Sache

IRS Aktuell Ausgabe 106 „Kommunen unter Druck“

Wärmewende, Wohnungsmangel, Integration, Klimaanpassung: Auf den Kommunen lastet ein enormer und immer weiterwachsender Handlungsdruck. Gleichzeitig ist die Kassenlage vielerorts so angespannt, dass selbst die Erfüllung der Pflichtaufgaben in Gefahr gerät. Wie gehen Kommunen damit um und welche Perspektiven gibt es? In der nächsten Ausgabe unseres Magazins, die im Frühjahr 2027 erscheint, werden wir aus unserer Forschung dazu berichten.



Sie wollen IRS Aktuell regelmäßig lesen?

Unser Magazin erscheint zweimal im Jahr. Sie können es als Print- oder Onlineausgabe kostenfrei abonnieren unter kontakt@leibniz-irs.de.

IRS